

Völlig isoliert, die deutsche Bundesregierung. Mehr als sechs Millionen Menschen haben am Wochenende vom 15./16. Februar in Europa gegen einen Krieg im Irak protestiert.

»In mehreren europäischen Hauptstädten«, schrieb die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG »kam es zu den größten Friedensdemonstrationen seit Jahrzehnten«. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen setzen sich (vorerst) Paris, Berlin und Moskau durch, was durch Condoleezza Rice allerdings scharf kommentiert wurde: »Der Sicherheitsrat hat wiederholt bewiesen, dass er unfähig zur Reaktion ist«. Wenn diese März-Ausgabe in die Hände unserer Leser kommt, wird vielleicht schon klar sein, dass all der Volkszorn von New York bis Athen und all die Cleverness der französischen Diplomatie nichts geholfen haben. Aber wir wollen das nicht vorwegnehmen. Uns bleibt nur die Analyse, zum Beispiel die Überlegungen von Jochen Thies über die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

In der März-Ausgabe bemühen wir uns noch, so zu tun, als gäbe es keinen alles überschattenden Krieg. Deutschland muss seine Sozialsysteme reformieren. Eines der wichtigsten Themen ist dabei die Familienpolitik. Wir drucken herausfordernde Debattenbeiträge. Weder Paul Kirchhof, der langjährige Verfassungsrichter und engagierte Steuerexperte, noch Konrad Adam, der liberal-konservative Publizist mit seinen kontroversen Ansichten zur Bildungs- und Sozialpolitik, gehören ins linksliberal-sozialdemokratische Milieu, das in diesem Blatt in der Regel miteinander kommuniziert. Aber das Thema ist wichtig genug, um die ganze Breite der politischen Debatte abzubilden. An Kirchhofs apodiktischem Satz »Die Menschen in Deutschland haben den Willen zum Kind« kann man zweifeln. Seine Vorschläge zum Einkommenssteuerrecht sind aber trotzdem (oder gerade

deshalb) diskutabel. Vielleicht wirkt auch der Streit aufklärend, der zwischen Adam und Wieland Freund ausgetragen wird. Adam spricht von »Gesellschafts- und Familienbegriffen, die solange erweitert wurden, bis sie rein gar nichts mehr zu bedeuten hatten«. Freund ist so ein Erweiterer: Das Ende des Scheidungsverbots und der langsame Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen hätten »Patchwork-Gemeinschaften« entstehen lassen. Wir laden zur Fortführung dieser Debatte ein, die Renate Schmidt für die Bundesregierung klug moderiert.

Im Übrigen darf man die große Oppositionspartei CDU/CSU, welche die Wahl nur knapp verloren hat, nicht vergessen. Joachim Riecker hält mit ihr sogar eine »informelle Koalition« für nötig. Wir werden sehen, ob solch eine Konzentration auf die Sache für ein paar entscheidende Monate möglich wird. Denn natürlich werden Parteien in der Opposition von Machtkämpfen zerrissen. Opposition regeneriert nicht, Opposition verschleißt. Norbert Seitz hat die Union nach ihrem »Doppelsieg« in Hessen und Niedersachsen analysiert. Er hält es sogar für möglich, dass Angela Merkel, welche die Kanzlerkandidatur 2002 bei einem Frühstück in Wolfratshausen bei den Stoibers drangeben musste, irgendwann zu einem Nachtessen nach Eschborn eingeladen wird – zu den Kochs.

PETER GLOTZ

Editorial

Der Essay

- 4 SUSANNE GASCHKE
Erziehung und Gerechtigkeit

Aktuelles

a. Nach dem Wahldebakel

- 7 JOACHIM RIECKER
Prinzip Lahnstein
- 10 KLAUS HARPPRECHT
Die Glosse:
Reformkanzler – jetzt oder nie
- 13 NORBERT SEITZ
Vom Wolfratshauer Frühstück
zum Eschborner Nachtmahl?

b. Irak und die Folgen

- 17 JOCHEN THIES
Die Zukunft der deutschen
Außen- und Sicherheitspolitik
- 20 PETER GLOTZ
Atlantiker
- 21 CHRISTOPH ZÖPEL
Diskurs über den Krieg –
demokratisch und global

Konvent kontrovers

- 23 MICHAEL ROTH/ANGELICA SCHWALL-DÜREN
Die EU-Verfassung ist mehr als eine Vision

Das Thema: Familie und Moderne

a. Familienpolitik

- 27 PAUL KIRCHHOF
Eine im Kind vitale Gesellschaft
- 31 FRANK BERTSCH
Quantitative oder qualitative Familienpolitik
- 38 MALTE RISTAU
»Gedöns« als Chefsache

b. Ehe-Familie-Generationen

- 41 WIELAND FREUND
Die flexible Familie



Foto: Jöker

- 44 KLAUS HARPPRECHT
Die Ehe –
»Anfang und Gipfel der Kultur«
- 45 KONRAD ADAM
Generation Ikarus
- 48 DIETER RULFF
Wo von Generationen die Rede ist, sollte
man über Gerechtigkeit lieber schweigen

Kultur

- 51 MARKUS HERBERT SCHMID
Nachruf des Hofdichters
Johannes R. Becher auf Stalin
- 53 BERND BUCHNER
Wagner-Kontroverse in Israel
- 55 CHRISTIAN SAEHRENDT
Sanierung des Berliner Olympiageländes

Kogon 100 (II)

- 59 MICHAEL KOGON
Kurze Geschichte der
Erinnerung an meinen Vater
- 64 ROMAN PLISKE
Sieben Wege zu konvertieren

Kritik

- 69 NORBERT SEITZ
Deutsche Opfergeschichte
- 72 DIETER RULFF
Schwierige Beziehungskiste
- 74 JOACHIM PERELS
Zur intellektuellen Biografie
Wolfgang Abendroths
- 75 ULRICH BARON
Edward O. Wilson über
die Zukunft des Lebens
- 77 JUDITH KLEIN
J.-C. Kaufmanns Studie
über die alleinstehende Frau

79 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN

80 IMPRESSUM

Titelfoto: Voller Ernst / Rainer Kitte

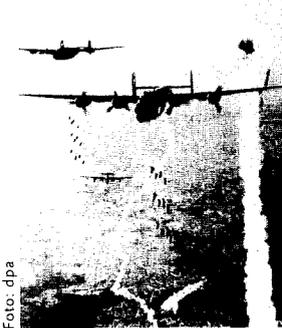


Foto: dpa

Wir rezensieren Jörg Friedrichs »Der Brand«, das an den alliierten Luftkrieg erinnert.

SUSANNE GASCHKE Erziehung und Gerechtigkeit



»Als Erziehender«, hat der Psychologe und Philosoph Karl Jaspers einmal geschrieben, »übersehe ich die Situation und Seele des anderen, bin ich der Überlegene, habe ich Macht, stehe ich nicht gleich auf gleich, bin ich nicht absolut offen auf Gegenseitigkeit, habe ich Pläne, die ich dem, auf den sie gerichtet sind, so nicht sage«. Dieser Satz ist wahr. Und diese Wahrheit dürfte zugleich das größte Tabu, das schärfste Feindbild der pädagogischen Linken in den letzten dreißig Jahren, ja der Linken überhaupt gewesen sein. Unsere PISA-dokumentierte Schulumisere, die fast schon ruinierte große Bildungsreform der 60er Jahre, die aktuelle private Erziehungskrise und die Heillosigkeit der öffentlichen Jugendhilfe gründen letztlich in der Leugnung dieser einfachen Einsicht: dass Kinder am Anfang klein sind und erst langsam größer werden; dass sie nicht selbst am besten wissen, was gut für sie ist; dass sie gefährliche, schädliche oder dumme Dinge tun wollen, vor deren Folgen Erwachsene sie zu schützen haben. Dass Verantwortung für ein Kind mithin eine mühsame, konfliktreiche Sache ist, für die man als Erzieher von keiner Seite besonders viel Lob und Anerkennung erhält.

Natürlich geht es bei der Erziehung im Jasper'schen Sinne nicht um willkürliche Unterdrückung, nicht um Rohrstockpädagogik und Elternabsolutismus. Das Ziel aller erzieherischen Bemühungen muss der freie, entscheidungsfähige Mensch sein – und dieses Ziel muss selbstverständlich in jedem pädagogischen Mittel aufgehoben sein. Aber das heißt keineswegs, dass man die Gesetzmäßigkeiten der kindlichen Entwicklung missachten könnte: Einsichtsfähigkeit wächst mit der Zeit und mit liebevoller Zuwendung. Dreijährige können noch nicht darüber diskutieren, ob sie müde sind, besonders nicht nach 19 Uhr.

Kinder suchen Vorbilder

Doch vulgarisierte Restbestände der anti-autoritären Pädagogik sind in unserer Gesellschaft allgegenwärtig. Sie kommen als anbiedernde Kumpanei daher: Wenn gelangweilte Jugendliche durch offenkundig sinnlose Graffiti-Sprüherei ästhetische Verwüstungen und Schäden in Millionenhöhe verursachen, erleben sie nicht, dass die Erwachsenen dieses Verhalten ächten: Immer findet sich noch ein Jugendkultursachverständiger, der diese Art Sachbeschädigung zu einer Kunstform adeln will – und sich rührende Gedanken um »legale Sprayerflächen« macht. Als ob es um legales Spraying ginge. Wenn Jugendliche, Kinder zum Teil, sich durch Glatzenhaarschnitte, *Piercings*, Ghetto-Klamotten und Tätö-

wierungen selbst stigmatisieren wollen, stoßen sie kaum auf Erwachsene, die darüber mit ihnen streiten: Das sei schließlich *ihr* Geschmack, entlasten sich die Eltern. Langfristig hat die Gesellschaft allerdings eiskalte Methoden, zwischen gutem und schlechtem Geschmack zu unterscheiden: Sie sortiert aus. Vielleicht kann man das mit zwölf Jahren noch nicht wissen. Vielleicht hat man als Kind aber auch ein Recht darauf, dass die eigenen Eltern sich so sehr für einen interessieren, dass sie es mitteilen.

Kinder suchen Vorbilder, und sie bekommen Eltern, die sich wie eine *peer group* auführen. Sie wollen es sich erkämpfen, bis zehn Uhr abends wegbleiben zu dürfen – und haben ohnehin Ausgang bis Mitternacht. Sie möchten allein im Schreibwarengeschäft an der übernächsten Ecke einkaufen – und dürfen mit dem Bus quer durch die Stadt ins Erlebnis-Einkaufszentrum fahren. Vielleicht würden sie sogar bei einem Tobsuchtsanfall an der Supermarktkasse lieber erleben, dass ihre Mutter sich davon nicht im geringsten beeindruckt ließe – statt den hundertsten Cola-Brause-Lolli auch noch zu bekommen.

Indem die Erwachsenen jede Inszenierung ihrer faktischen Überlegenheit aufgegeben haben, haben sie erstens ihren Kindern den Widerpart genommen, mit dem zu messen es sich lohnt; sie haben zweitens auf ein Reservoir, einen Hintergrund an Autorität verzichtet, der in kritischen Situationen nun schmerzlich fehlt. Warum sollte ein Jugendlicher seinen Eltern in existenziellen Krisen plötzlich eine Art überschießendes Vertrauen, oder auch nur Respekt, entgegenbringen, wenn sie in kleinen, alltäglichen Dingen nie erkennen ließen, dass sie sich ernsthaft und glaubwürdig für seine Zukunft verantwortlich fühlten? Die hilflosen Eltern greifen unter solchen Umständen dann wieder zu Methoden, die noch vor jeder »autoritären« Erziehung liegen: Sie suchen die Probleme mit Gewalt, mit Brutalität zu lösen. Es mag in der Bundesrepublik tendenziell keine Kinder mehr geben, die eine allgemeine Ehrfurcht für ihre Eltern empfinden. Es gibt aber mehr als genug, die deren Schläge, Tritte und tagelanges Schweigen fürchten müssen. Mit Erziehung hat das nichts zu tun.

»Nur hilflose Eltern greifen zu autoritären Erziehungs-methoden«.

Jugendhilfe muss anregen und beraten

Das schamhafte, politisch korrekte Leugnen der erwachsenen Überlegenheit nimmt Kindern allenthalben die Chancen auf Auseinandersetzung, auf die sie ein Recht hätten. In den Schulen ist »Frontalunterricht« heute verpönt – angesagt sind Teamarbeit, Projekte, Internet-Recherche. Alles schön und gut: für Menschen, die schon etwas wissen, die über Maßstäbe verfügen, um vergleichen zu können. Aber es ist doch eine irrsinnige Annahme, ein Lehrer, der sehr viel mehr gelernt hat als seine Schüler, sei für erfolgreichen Unterricht gar nicht nötig. Die Präsentation von gut sortierten Informationen ist notwendig frontal: Von einem Menschen zum anderen. Viel Polemik richtet sich bis heute gegen das »sture Auswendiglernen« – unter Verkennung der Tatsache, dass Urteilsfähigkeit sich nur an einem Gegenstand bilden kann, der

»Urteilsfähigkeit kann sich nur an einem Gegenstand bilden, der wirklich beherrscht wird«.

wirklich beherrscht wird. Und nicht im luftleeren Raum. Schließlich hat man den Schulen fast alle Mittel zur Disziplinierung schlecht oder gar nicht erzogener Schüler genommen: Seltsamerweise ohne dass die Disziplinprobleme dadurch verschwunden wären. Die »innere Schulreform«, über Jahre der besondere Stolz linker Pädagogik, dürfte in einem nicht unerheblichen Maße dazu beigetragen haben, gerade den benachteiligten Kindern, die sie bräuchten, jene innere Struktur und Lernhaltung zu nehmen, ohne die sie von den Chancen des vollausgebauten, durchlässigen Bildungssystems nicht profitieren können.

Denn Kinder, denen man die Anstrengung des richtigen Lernens und der Konzentration auf nicht unmittelbar und augenblicklich »nützliche« Bildungsgegenstände nicht mehr zumuten wollte, sind schlecht gewappnet, wenn sie von anderer Seite als durch die jahrelang denunzierte »Paukschule« unter Druck geraten. Die, die nichts wissen und nichts können, werden heute mit großer Brutalität zurückgelassen, egal, welchen formalen Schulabschluss man ihnen freundlicherweise bescheinigt hat. Dementsprechend unsinnig ist die Forderung nach einer höheren Abiturienten- und Studentenquote, die im Gefolge von PISA angekommen ist: Ihr liegt die Unterstellung zugrunde, dass wirklich noch Bildungsreserven auszuschöpfen seien. Aber ist das der Fall? Das bloße Etikett »Abitur« erhöht die Chancen des Absolventen auf dem Arbeitsmarkt nicht, wenn ihm entsprechende Fähigkeiten fehlen.

»Hilfreicher als Jugendhilfe durch Sozialarbeiter wäre vermutlich der charismatische Familienbeistand«.

In der Jugendhilfe sieht es nicht anders aus: Das Herumhängen auf Sperrmüllsofas gilt in vielen Jugendtreffs freier Träger als selbstbestimmte Freizeitgestaltung – was die Jugendlichen wirklich bräuchten, wären nachdrückliche Anregung und Beratung bis hin zum sofort vollzogenen Basketballtraining, Chorsingen oder Campingaufenthalt. Das Kinder- und Jugendhilfegesetz, in den neunziger Jahren im Geist der Siebziger reformiert, setzt auf die Mitwirkung der Betroffenen – in vielen Fällen also auf die Einsicht offenkundig nicht einsichtsfähiger Eltern und Jugendlicher. Die Sozialarbeiter, die mit diesem Gesetz täglich arbeiten, sind schlicht gezwungen, ihre Klientel zu manipulieren – unendlich viel hilfreicher wäre vermutlich der charismatische Familienbeistand, der durch Vorbild wirken kann und darf. Durchaus in dem Bewusstsein, dass sogar manche Erwachsenen vorübergehend nicht wissen, was gut für sie ist – oder für ihre Kinder.

So betrachtet, kann »Erziehung« zu einem interessanten Begriff für die notwendige Neuorientierung der Linken in der Frage werden, wie man heute Gerechtigkeit herstellt: Vermutlich nicht durch ein weiteres *Feintuning* von Finanztransfers, sondern durch eine breitere Verteilung von vernünftigen Verhaltensweisen. Dazu braucht es, neben intakten Familien, auch einen selbstbewussten, eingriffsbereiten Staat, dessen Agenten – Kindergärtnerinnen, Lehrer, Erzieher, Sozialpädagoginnen – sich freilich nicht wolkig-ideologischen Annahmen über die Natur des Menschen verpflichtet fühlen sollten. Sondern einem radikalen Empirismus. Im Dienste, natürlich, der Freiheit, der Urteilsfähigkeit – und des Glücks.

a. Nach dem Wahldebakel

JOACHIM RIECKER

Prinzip Lahnstein

Nur eine informelle Große Koalition kann die SPD noch retten

Wohl nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik stand ein Kanzler von so vielen Seiten unter Druck wie Anfang dieses Jahres Gerhard Schröder. Die Wähler haben ihm das Vertrauen entzogen und strafen seine Partei bei Landtagswahlen gnadenlos ab. Er hat innerhalb weniger Monate dramatisch an Popularität verloren und liegt mit seinen Umfragewerten weit hinter den Oppositionsführern. Die Wirtschaft lahmt und lässt immer mehr Menschen arbeitslos werden. Die EU-Kommission hat ein Strafverfahren wegen des zu hohen Staatsdefizits eingeleitet und fordert ultimativ harte Einsparungen. Die Opposition triumphiert und kann im Bundesrat fast jedes wichtige Gesetz verhindern. Schließlich droht Deutschland eine außenpolitische Krise, wie es sie seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hat. Was tun?

In einer diskussionsfreudigen Partei wie der SPD fehlt es gerade in schwierigen Zeiten nicht an Vorschlägen, wie die Lage zu meistern wäre. Die Forderungen der Parteilinken lassen sich im Grunde auf einen Nenner bringen: Die Regierung und die Bürger müssen wieder mehr Geld ausgeben. Den Hinweis auf die Defizit-Quote des Maastricht-Vertrages umschiffen der linke Flügel mit dem bemerkenswerten Argument, die Drei-Prozent-Grenze werde in diesem Jahr selbst bei restriktiver Haushaltspolitik überschritten; daher lohne es sich auch gar nicht mehr, sparsam mit den Steuergeldern umzugehen. Ein wenig er-

innert dies an einen Übergewichtigen, der den vom Arzt verordneten Diätplan nicht einzuhalten vermag und deshalb zu dem Schluss kommt, er könne dann ja auch gleich ungehemmt weiter schlemmen. Man mag der rot-grünen Bundesregierung viele Vorwürfe machen. Dass sie bei einer Defizitquote von 3,8 Prozent im vergangenen Jahr – der zweithöchsten in der EURO-Zone! – die Maastrichter Kriterien übertrieben ernst genommen und damit die Wirtschaft stranguliert habe, lässt sich allerdings kaum behaupten.

Wo in der SPD so viel diskutiert wird, kann einer natürlich auch nicht schweigen: Oskar Lafontaine. In der Talkshow Michel Friedmans benannte der amtsflüchtige ehemalige SPD-Chef und gescheiterte Weltökonom die Lösung aller wirtschaftlichen und politischen Probleme im Stil eines Automechanikers. Wenn der Motor stocke, habe es keinen Sinn, immer nur am Vergaser oder den Zündkerzen »rumzufummeln«, gab der BILD-Kolumnist zu später Stunde dem Publikum zu wissen. Stattdessen brauche die Kiste endlich wieder Sprit. »Die Deutschen stehen aber auf dem Schlauch, deshalb kommt kein Benzin in den Motor«. Ah ja, und Strom kommt bekanntlich aus der Steckdose. Etwas rätselhaft bleibt schon, dass einige in der SPD offenbar noch immer eine gewisse Angst davor haben, dass ein Mann, der solche Weisheiten von sich gibt, eines Tages noch einmal einen Parteitag für sich begeistern könnte.

Gerhard Schröder hat nur eine einzige Chance, wieder in die Offensive zu kommen: Er muss den Menschen erneut das Gefühl geben, dass er der Mann ist, der in

Deutschland effektive und sozial gerechte Reformen auf den Weg bringt. Und nach Lage der Dinge geht dies auf absehbare Zeit nur gemeinsam mit CDU und CSU, denn ein Ende der Unionsmehrheit im Bundesrat ist frühestens im Herbst 2004 denkbar. Und bis dahin kann Schröder nicht warten. Sozialdemokratische Programmatik in Reinkultur – falls es so etwas überhaupt noch gibt – lässt sich angesichts der Verhältnisse im Bundesrat in absehbarer Zeit nicht mehr durchsetzen. Schon das neue Mini-Job-Programm fand dort nur eine Mehrheit, weil Wirtschaftsminister Wolfgang Clement fast alle CDU-Forderungen vollständig übernahm.

Im ungünstigsten Fall könnte das politische Patt zwischen SPD und Union zu jahrelangem Stillstand führen wie am Ende von Helmut Schmidts und Helmut Kohls Kanzlerschaft – diesmal allerdings unter einem dramatisch verschärften Problemdruck. Im günstigsten Fall kehren beide Parteien zu der jahrzehntelangen Tradition zurück, große Reformen bei Rente und Gesundheit gemeinsam zu beschließen. Dies würde am Ende auch dem Kanzler nützen.

Schröder selbst hat für dieses Ziel auch schon das Stichwort genannt: Lahnstein. Gemeint war damit nicht Helmut Schmidts letzter Finanzminister Manfred Lahnstein, sondern jenes beschauliche Städtchen am Rande des Westerwalds, wo sich Union, SPD und FDP 1992 auf eine grundlegende Reform des Gesundheitswesens einigten. Der Versuch einer Wiederholung scheiterte 1996 übrigens an der FDP und ihrem damaligen Gesundheitsexperten Jürgen Möllemann – Kohls kleiner Koalitionspartner hatte nach 1992 einen regelrechten »Lahnstein-Komplex« entwickelt und fürchtete, zwischen den großen Lagern zerrieben zu werden. Die Rolle des Verhinderers kann die FDP nun nicht mehr spielen.

Was 1992 bei der Gesundheitspolitik klappte, hat bei der Rente eine noch viel längere Tradition. Seit Adenauers Zeiten wur-

den alle Reformen der Alterssicherung von allen großen Parteien gemeinsam getragen. Erst 1997 kündigte die SPD diesen Konsens auf, als sie in der Spätphase von Kohls Dauerkanzlerschaft Norbert Blüms demografischen Faktor ablehnte. Die Freude darüber allerdings währte nicht lange, musste die rot-grüne Bundesregierung doch 1999 die Nettolohnanpassung der Rente aussetzen und dafür eine Reihe herber Wahl Niederlagen kassieren. Und mit der 2001 verabschiedeten Riester-Rente erlebte der Blüm-Faktor ohnehin in veränderter Form seine Wiederauferstehung.

Programmatisch dürfte es Schröder nicht schwer fallen, sich auf die Union zu bewegen. Inhalte sind für ihn schließlich vor allem ein Mittel zur Machtgewinnung oder zum Machterhalt, jedoch nur selten ein Zweck an sich.

Ein Beispiel mag das illustrieren: Ließ sich Schröder vom Sinn der Homo-Ehe erst durch das gute Zureden seiner Ehefrau Doris Schröder-Köpf überzeugen, erkannte er danach schnell die identitätsstiftende Rolle dieses Projekts für das rot-grüne Bündnis und nannte es in Krisenzeiten – etwa vor der Vertrauensfrage im November 2001 – immer wieder als Beispiel dafür, dass es sich lohne, diese Koalition fortzuführen.

Die jetzt geforderte programmatische Anpassung an die Union dürfte Schröder umso leichter fallen, als zumindest der *mainstream* von SPD und Union in den entscheidenden Zukunftsfragen der sozialen Sicherungssysteme nicht weit auseinanderliegen. Ein gewerkschaftsfeindlicher *Tory*-Kurs, wie ihn Fraktionsvize Friedrich Merz durchsetzen will – »dann lassen wir den eisigen Wind wehen« – scheint in CDU und CSU nicht mehrheitsfähig zu sein.

Will er mit der Union vernünftige Kompromisse erreichen, muss Schröder allerdings nicht nur die eigenen Reihen und die Gewerkschaften mit auf die Reise nehmen, sondern auch seinen Politikstil ändern. Denn Politik war für Schröder immer



Foto: dpa/Ralf Hirschberger

»Allianz der Erneuerung«. Superminister Clement und CDU-Finanzexperte Friedrich Merz wollen künftig mehr kooperieren.

ein Spiel, bei dem es vor allem auf eines ankommt: zu kämpfen und zu gewinnen. »Der kommt hier nicht rein«, sagte er wenige Wochen vor der Bundestagswahl im Kanzleramt grimmig über Edmund Stoiber – und dies war für ihn auch die entscheidende Motivation, am Ende noch einmal alle Kräfte für einen Wahlsieg von Rot-Grün zu mobilisieren. Und als er im Oktober im Bundestag lustlos seine Regierungserklärung verlas, hob er nur einmal seine Stimme: »Sie alle haben sich schon auf der Regierungsbank sitzen sehen und nun ist es wieder nichts geworden«, hielt er der Union höhnisch vor. »Wenn Sie so weitermachen, wird es auch so bleiben; seien Sie sich dessen ganz sicher«.

In der vergangenen Legislaturperiode war vor allem der Bundesrat die Bühne, auf der Schröder seine größten Erfolge errang. Im Juli 2000 trickste er die Unionsblockade gegen die rot-grüne Steuerreform erfolgreich aus und blamierte das neue CDU-Füh-

rungsduo Merkel & Merz bis auf die Knochen. Im Mai 2001 leistete die Union bei der Rentenreform schon gar keine Gegenwehr mehr. Und auch die Abstimmung über das Zuwanderungsgesetz im März 2002 endete dank Stolpe und Wowereit mit einem Sieg von Rot-Grün, den der Schiedsrichter in Gestalt des Bundesverfassungsgerichts nach der Wahl allerdings für ungültig erklärte. Alle seine wichtigen Erfolge hat Schröder nicht mit der Opposition, sondern meist trickreich gegen sie errungen – und der Groll über einige Demütigungen sitzt bei vielen in CDU und CSU noch immer tief. Insofern dürfte zumindest bei manchem die Versuchung groß sein, es Schröder nun heimzuzahlen.

Der Veränderungsdruck auch auf die Landesregierungen ist jedoch so groß, dass auch die Ministerpräsidenten von CDU und CSU kaum eine Alternative zu einer Reformpolitik haben. Und zwar mit Schröder und nicht gegen ihn.

Die Glosse: Reformkanzler – jetzt oder nie

Er mag sie sich in einem Winkel – nein, nicht seines Herzens, aber seiner politischen Gangliengänge immer herbeigewünscht haben, doch so, wie sie ihm durch das Doppeldebakel in Hessen und Niedersachsen beschert wurde, ganz gewiss nicht. Unverdient – man sagt es nicht leichten Sinnes – war das Fiasko keineswegs: Er schulterte, wie es sein muss, ohne Fackeln die Hauptverantwortung. Zu lange hat der Kanzler geduldet, was er selber als »Kakophonie« im Kabinett, in der Partei und der Koalition karierte. Es mangelte nicht nur an der Disziplin, die eine Grundvoraussetzung der Regierungsfähigkeit ist, sondern vor allem an der klaren Orientierung, am großen Wurf, an einem erkennbaren Konzept: Hartz – korrigiert, reduziert, nachgebessert und von neuem variiert – konnte nicht die ganze Antwort sein, und die Rürup-Reformkommission für den Sozialstaat verlor ihre Konturen im dissonanten Gewirr der Stimmen, noch ehe sie zum ersten Mal getagt hatte. Es fehlte, nach einem aufreibenden Wahlkampf, der Elan, der die Partei nach vorn gerissen hätte, zumal in der Regierungserklärung, die nicht viel mehr als Routine mit einigen artigen Reverenzen an die überglänzte Tradition bot.

Bis diese Zeilen gedruckt werden, haben wir uns – murrend und seufzend – daran gewöhnt, dass Roland Koch, der intelligente Brutalnik, dass Edmund Stoiber, die machtgestählte Büroklammer, und *last not least* die genau kalkulierende Angela Merkel sich als die stillen (und manchmal allzu lauten) Mitregenten in Berlin etabliert haben. Mit taktischer Virtuosität, die Gerhard Schröder so oft demonstrierte, werden sie nicht an die Wand zu spielen sein. Vermutlich sind sie auch zu gewitzt, um Oskar Lafontaines durchtriebenen Generaltrick der verbalen Kooperationsbereitschaft und faktischen

Blockade zu imitieren. Sie haben nicht nur ihren Ruf bei den ungeduldigen Regenten der Arbeitgeberverbände zu riskieren. Vielmehr sind sie allesamt nicht vernagelt genug, um nicht zähneknirschend zu begreifen, dass der Notstand des Nullwachstums der Wirtschaft, der beunruhigend steigenden Arbeitslosenziffern, der angstvollen Konsumentenhaltung und – dies zuerst und zuletzt – der depressiven Verdüsterung des Gemüts der Deutschen keine Querschüsse, keine eiteln Egotrips, kein Gerangel um Prozentpunkte in den Meinungsumfragen und erst recht keine heimlichen oder offensichtlichen Sabotageakte im Bremserhäuschen duldet.

Die Mehrzahl der Bürger hat schlecht gelaunt, doch unmissverständlich gezeigt, dass sie unsere Zukunft nicht parteipolitisch plündern lassen will, von niemandem, von den Siegern des 2. Februar so wenig wie von den Gewerkschaftsbossen, die gelegentlich zu vergessen scheinen, dass sie nur eine Minorität der Bevölkerung repräsentieren – wie sich übrigens auch der sogenannte linke Flügel der Sozialdemokratie daran erinnern sollte, dass er nur minoritäre Positionen in der Partei vertritt. Seit Menschengedenken ist es ihm nur einmal gelungen, Stimmung und Stimmen der Majorität zu erobern: im Streit um den NATO-Doppelbeschluss. Dies war denn auch für sechzehn bittere Jahre das Ende ihrer Teilhabe an der Verantwortung und an der Macht. Der Parteivorsitzende Willy Brandt, der seinem Nachfolger im Kanzleramt loyal und mit ausgleichender Umsicht den Rücken frei gehalten hatte, war damals – Charisma hin oder her – nicht länger dazu fähig, die aufschäumenden pazifistischen Passionen zu besänftigen.

Helmut Schmidt trat ab. Doch lange Jahre hatte er mit eindrucksvoller und manchmal auch hochfahrender Bravour demonstriert, dass ein pflichtbewusster und weitsichtiger Regierungschef in der Lage sein muss, sich den Wallungen im Gemüt der Partei entgegenzustemmen, dass er



Foto: Reuters/Arnd Wiegmann

Wahltag in Hannover. Gerhard Schröder und sein Kronprinz Sigmar Gabriel mussten einen herben Rückschlag hinnehmen.

Konflikte mit allen ihren Gruppen, Kreisen und Cliques zu riskieren, dass er irrealen Forderungen der Gewerkschaften zu dämpfen und im Ernstfall niederzukämpfen hat. Die Lohnsteigerungen, die von der Sammelgewerkschaft VER.DI den verarmten Kommunen, den belasteten Ländern und dem jenseits der europäischen Normen verschuldeten Bund abzapfen vermochten, mögen sich halbwegs bescheiden ausnehmen. Dennoch sind die vier Prozent, die VER.DI für die sichersten Arbeitsplätze der Republik herauszuschinden vermochte, ein fatales Signal. Die Bundesregierung hätte keiner Regelung ihren Segen geben dürfen, der sich ausgerechnet die rot-rote Koalition in Berlin entzog, weil sie die neuen Lasten nicht tragen kann: In Wirklichkeit müsste sie ein Viertel der öffentlich Bediensteten entlassen, wenn sie die heillose Überschuldung des Stadtstaates eindämmen – und ihre kulturellen und ihre wissenschaftlichen Institutionen retten wollte (die einzige wahr-

re Attraktion, *notabene*, unserer alt-neuen Hauptstadt).

Die Kunst des Krötenschluckens

Helmut Schmidt ist das Beispiel hartköpfiger Resistenz, das Gerhard Schröder ermutigen sollte. Hätte sich der Kanzler beizeiten seinen Rat geholt, dann hätte ihm der vitale alte Herr ganz gewiss dringend ans Herz gelegt, bei jeder der entscheidenden außenpolitischen Entscheidungen den Schulterchluss mit Frankreich zu suchen. Das hätte ihn vor der fatalen Formel vom »deutschen Weg« und vor dem prinzipiellen Nein gegenüber den Beschlüssen der Vereinten Nationen bewahrt. Hat ihn sein Instinkt nicht zur rechten Zeit vor den Pressionen weltunkundiger Opportunisten gewarnt? Eine späte Korrektur des Irrtums beweise keinen Mangel an Charakter, Haltung und Zuverlässigkeit. Im Gegenteil: Der Staatsmann zeichnet sich durch Lernwilligkeit, Flexibilität, und jene Fähigkeit zur Ein-

sicht aus, die einer, der es wissen müsste, mit dem genialen Wort von der »Kunst des Möglichen« beschrieb.

Nun aber hat Gerhard Schröder – vielleicht zum ersten Mal – die Chance, der Reformkanzler zu werden, der spätestens seit den Wahlen des vergangenen Herbstes, das große Ziel seiner Karriere sein musste. Es braucht den großen Wurf für die Deregulierung des Arbeitsmarktes, weit über die Kompromisse der Hartz-Kommission hinaus. Die Lockerung des Kündigungsschutzes in den kleinen und mittleren Unternehmen und die Korrektur des Betriebsverfassungsgesetzes scheinen wohl unumgänglich. Ferner gilt es, von den überholten und längst nicht mehr realitätsbezogenen Flächentarifen Abschied zu nehmen. Die Gewerkschaften werden es nur widerwillig zulassen. Doch sie sollten darüber nachdenken, dass eine wachsende Arbeitslosigkeit die Gewerkschaften weiter schwächen und zuletzt in ihrer Funktion aushöhlen wird.

Auch sollte es keinen Zweifel mehr geben, dass die Lohnnebenkosten – *de facto* eine Investitionsblockade – drastisch gesenkt werden müssen. Es ist ferner deutlich genug, dass eine Reform des Gesundheitswesens, die den Namen verdient, nur gemeinsam von den besten Köpfen der Regierungskoalition und der Opposition ins Werk zu setzen ist. Schließlich muss der komplexe Problemknäuel der Steuerpolitik noch einmal so unbefangen wie möglich geprüft werden. Nicht nur eine wirksame Steuer senkung – sowohl für die Konsumenten wie für die Unternehmen – muss das Ziel sein, sondern in Gottes Namen endlich eine Vereinfachung, die nicht nur den Finanzminister, nicht nur die Finanzbeamten und Steueranwälte, sondern auch jeden mittelbegabten Bürger in die Lage versetzt, den Text der Vorschriften, der Formulare und die Substanz ihrer Regeln zu verstehen.

Schließlich: Die Angleichung des Lohn- und Gehaltsniveaus in den neuen Bundesländern fordert einen längeren Atem, als es

sich die Gewerkschaften und die Politiker wünschen. Ob wir es gern hören oder nicht: die Überforderung unserer Finanzen ist eine Konsequenz der Wiedervereinigung und damit eines gewaltigen, geschichtlich beispiellosen Finanztransfers, der unser Land für eine Generation oder länger belasten wird. Das ist keine Klage. Wir wollten es so. Aber wir müssen der Wahrheit ins Gesicht sehen.

Die rot-grüne Koalition und die christlich-demokratische Opposition – die in Wahrheit nun eine Mit-Regierungspartei wider Willen im Bundesrat ist – werden Opfer bringen müssen. Wenn sie dazu nicht bereit sind, werden sie ihre Glaubwürdigkeit verlieren. Alle miteinander werden es lernen müssen, Kröten zu schlucken: auch das gehört, leider, zu den Grundpflichten der Politik, ja der menschlichen Verantwortung für den Nächsten und für die Gesellschaft. Dem Kanzler wird dies so wenig erspart bleiben wie den Konkurrenten Koch und Stoiber, Merkel und Merz.

Nur der einen Kröte sollte sich Gerhard Schröder verweigern: die arroganten Ratschläge seines innigsten Parteifreundes Oskar Lafontaine auch nur anzuhören. Sein Vorgänger im Vorsitz der SPD hat als BILD-Kolumnist seinen wahren Beruf gefunden. Er scheint sich in einer journalistischen Umgebung wohl zu fühlen, für die er einst, in saarländischen Regentenjahren, eine Formel in Umlauf gebracht hat, die wir uns nicht zu eigen machen. Im Übrigen fällt dem Makroökonom so gut wie nichts mehr ein. Im Dialog mit Friedman verwies er in der Frist von knapp dreißig Minuten mehr als ein Dutzend Mal auf den Kündigungsschutz, und gebetsmühlenhaft wiederholte er das lang schon verrostete Gleichnis vom Motor, der ohne Benzin nicht läuft. Das kannten wir schon. Dem Genossen Heiko Maas aber, der ihn zur Mitarbeit in seinem heimatlichen Landesverband einlud, wird er weniger nützlich sein, als sich's der junge Nachwuchsstar erträumen mag. Dankbarkeit war Lafontaines Tugend nie.

NORBERT SEITZ

Vom Wolfratshauer Frühstück zum Eschborner Nachtmahl?

Die Union nach ihrem Doppelsieg

Dies sei seit 60 Jahren der größte Erfolg seiner Partei, resümierte stolzgeschwellt Wahlsieger Roland Koch. Seit 60 Jahren? Folglich müsste die hessische Union noch zu Zeiten Hermann Görings entstanden sein. Doch die eigentliche Parteigründung fand weder '43 noch '45, sondern erst sehr viel später, 1967 in der Rheingau-Idylle von Eltville statt, wo sich ein schneidiger Oberbürgermeister aus dem katholischen Fulda aufschwang, der bis dato geübten »Zentrumsmentalität« der CDU im »roten Hessen« den Garaus zu machen. Unter der nationalkonservativen Fuchtel Alfred Dreggers erwarb sich die Hessen-Union den bis heute gefürchteten Ruf eines rechten Kampfverbandes, der durch eine verschworene Gemeinschaft nach innen und eine totale Konfrontation nach außen zusammen gehalten wird.

In diesem Dunstkreis aus Systemopposition und Angriffslust ist auch der junge Roland Koch groß geworden. In der Schüler-Union hatte er sich mausig gemacht gegenüber bärtigen Lehrern aus dem 68er Milieu; mächtig imponierte ihm Dreggers Basis-mobilisierung gegen Großprojekte einer sozialdemokratischen Hypertechnokratie. Im Februar '99 lieferte er als im Lande kaum bekannter Fraktionschef sein populistisches Gesellenstück mit der Unterschriftenkampagne gegen den von Rot-Grün dilettantisch eingetüteten »Doppelpass«, wohlwissend, dass dieser auch unter sozialdemokratischen Stammwählern verpönt war. Woran sich die Generation der Dregger, Wallmann und Kanther oft die Zähne ausbissen, gelang dem gelehrigen Schüler unter glücklichen Umständen: die rote Bastion Hessen endlich sturmreif zu schießen. Seitdem gilt Roland Koch als die Geheimwaffe der deutschen Rechten.

Sein deutlicher Erfolg am 2. Februar eignete sich zu einem für ihn günstigen Zeitpunkt, denn seit dem 22. September wird in der Union wild darüber spekuliert, ob der »echte«, gleichsam unge-Spreng-te Kandidat Stoiber mit kantig konservativen Positionen nicht mehr Erfolg gehabt hätte als sich für ein möglichst tolerantes Statement zur »Homo-Ehe« verbiegen zu lassen.

Kompliziertes Machtgefüge

In der Union ist das Machtgefüge seit dem 2. Februar kompliziert geworden. Zwei Flügel von unterschiedlichem Temperament und sozialer Sensibilität stehen sich gegenüber: Merkel und Wulff vs. Koch und Merz. Es ist eine neue moderne Variante des alten Dualismus, wie wir ihn schon aus den 70er Jahren kennen – zwischen einem weitgehend unkonturierten Neokonservatismus à la Kohl und Albrecht und der Sonthofen-Option von Hardlinern wie Strauss und Dregger.

Roland Koch und Friedrich Merz stehen sowohl für einen scharfen wirtschaftsliberalen Wind als auch für eine nationalkonservative Grundierung der Union, – eine thatcheristisch anmutende Mischung, die der kluge konservative Intellektuelle Alexander Gauland längst als Gift für die gute alte CDU ausgemacht hat. Denn die Gefahren der globalisierten Ökonomie für eine konservative Partei sieht er im unüberbrückbaren Auseinanderdriften des liberalen und sozialen Elements.

So balgt sich Merz mit den Gewerkschaften herum, geht aber gleichzeitig auf Clements Offerte einer »Allianz der Erneuerung« ein, weil er die Chance auf eine »Rosskur zur Gesundung Deutschlands« wittert, wie er sie in Stoibers Wahlprogramm nur allzu vage beschrieben sah. Und Roland Koch weiß, dass er neben der Schärfung seines schwachen sozialen Images auch die FDP zum Nachweis der eigenen Liberalität nötig hat. Doch wenn der Daseinszweck kleiner Parteien in der Verhinderung absoluter

Mehrheiten besteht, dann hat seine Koalitionspartnerin Ruth Wagner eine prozentual gut gepolsterte Wahlschlappe erlitten. Die »Politikerin mit Rückgrat« hatte ihrem Ministerpräsidenten während der Schwarzgeld-Affäre – in Treue fest – Persilscheine ausgestellt und darüber sogar ihren Bundesvorsitzenden Gerhardt auf einem Sonderparteitag straucheln lassen.

Zudem spürt »RoKo« sein »Sympathieproblem«. Mit der schäbigen Unterschriftenkampagne gegen den »Doppelpass«, der dubiosen Rolle als »brutalst möglicher Aufklärer« in der Schwarzgeld-Affäre, dem Rüpel-Auftritt im Bundesrat bei der umstrittenen Verhandlung des Zuwanderungsgesetzes, dem Judenstern-Vergleich vor dem Hessischen Landtag wie dem übel aufgestoßenen Telefonauftritt gegen Angela Merkel in der K-Frage hat es der ehemalige »Junge Wilde« – bis zu seinem Wahlsieg am 2. Februar – auf einen Negativwert von minus 3,1 (von möglichen minus 5,0) beim politischen Gegner gebracht, – einen Tiefstwert, den in der Vergangenheit nicht einmal Reizfiguren wie Franz Josef Strauss oder Jürgen Trittin zu provozieren verstanden.

In Niedersachsen profitierte der bislang als eher farblos gehandelte Herausforderer Christian Wulff auch vom Überdruß an jenem medial gefügigen, *Event* orientierten Verständnis politischer Selbstdarstellung, wie es Sigmar Gabriel bei seinem erfolgreichen Vorgänger abgeguckt hat. Doch in Krisensituationen wird dieser Politikstil eher als Ablenkungsmanöver denn als willkommenes Polit-Entertainment wahrgenommen. Die aussichtslos agierende SPD-Propaganda in Niedersachsen war insofern schlecht beraten, den zweimal gegen den übermächtigen Schröder unterlegenen Wulff als »Leisetreter«, »Warmduscher«, »Strohmann Kochs«, ja sogar als »Katholik« (!) zu verhöhnern und sich dabei der Vorbehalte seiner konservativen Kritiker zu bedienen. Jene stuften Wulff gern als »nicht schussfest« ein oder gaben nach der Wahl – laut

JUNGE FREIHEIT – die perfide Analyse zum besten, Koch habe wenigstens aus eigener Kraft, Wulff dagegen nur dank Schröder gewonnen.

Was aber bedeutet der 2. Februar für die Ambitionen der Partei- und Fraktionschefin Angela Merkel? Immerhin ließ die CSU nur wenige Stunden vor Schließung der Wahllokale hintersinnig verlauten, Stoiber plädierte in der Rau-Nachfolge für eine erste Bundespräsidentin. Damit wollte der bayerische Ministerpräsident offenbar das Kompliment zurückgeben, als nächster Kandidat fürs Bellevue gehandelt worden zu sein. Mehr noch: In Erwartung eines hohen Wahlsieges von Roland Koch und einer schwarz-gelben Mehrheit in der Bundesversammlung schien der gescheiterte Kanzlerkandidat vorzubeugen, um der CDU-Chefin einen kommoden Ausweg aus der Lösung der K-Frage für 2006 anzudeuten. Seitdem geistert das böse Wort von der schleichen den »Verbundespräsidentung« Angela Merckels in der Berliner Politszene herum. Anders gefragt: Folgt dem Wolfratshäuser Frühstück demnächst das Nachtmahl von Eschborn bei den Kochs?

Eine Strategiedebatte ist unausweichlich

Die Partei- und Fraktionschefin war jedoch als »Timinggenie« (*B. Ulrich*) bestens auf den doppelten Wahltriumph vorbereitet. Sie führte als »lachende Dritte« das Messer an der Siegertorte, die sich Rivale Koch mit einem bislang treuen Weggefährten Merckels teilen musste. Noch am nächsten Morgen riss sie die Initiative in Sachen »Kooperation« an sich, indem sie die Herzog-»Kommission zur Sozialen Sicherheit« vorstellte, ehe die Hessen ihren Siegesrausch ausgeschlafen hatten.

Währenddessen meldete der schwarze Haussender von SAT 1 die erste TED-Abstimmung zur K-Frage. Ob Roland Koch Kanzlerkandidat der Union werden solle, beantworteten 34 Prozent mit *Ja* und 66 Prozent mit *Nein*.

Wollte hoch hinaus und stürzte prozentual gut gepolstert ab. Der hessischen Liberalen Ruth Wagner verdankt Roland Koch sein politisches Überleben. 2000 forderten FDP-Chef Gerhardt und Möllemann vergeblich eine Koalition mit der CDU, aber ohne den in die Schwarzgeld-affäre geratenen Ministerpräsidenten. Am Ende gewann Koch die absolute Mehrheit, und Wagner verlor ihr Ministeramt.



Foto: dpa/Uwe Zuechli

Mit der »Hinrichtung« (*Kellermeier*, TAGESTHEMEN) der SPD in Hannover und Wiesbaden hat die christkonservative Opposition im Bund zum wiederholten Male dem miserablen Start einer SPD-geführten Bundesregierung eine fällige Strategiedebatte geopfert. Dies war schon zu sozialliberalen Zeiten anno 1976 so, als die Union das Rentendebakel – *vulgo*: »Wahlbetrug«! – der Regierung Schmidt mit dem Rücktritt von Sozialminister Arendt zum Anlass nahm, um aus ihren eigenen Kreuther Trennungsquerelen herauszukommen.

Ebenso waren 1999 alle inhaltlichen Neupositionierungsversuche Wolfgang Schäubles, – jene hübsch gemeinten Ratschläge, den rheinischen Kapitalismus gegen achtlose Neue-Mitte-Sozis zu verteidigen – *passé*, als Rot-Grün nach verunglücktem ersten Start Landtagswahlen in Serie verlor, die »Jungen Wilden« mit Roland Koch und Peter Müller ihren Siegeszug antraten und dabei den falschen Eindruck erweckten, die Union sei nur aus reinem Überdruß an Kohl in die Opposition geschickt worden, ansonsten könne inhaltlich

alles so bleiben wie bisher. Später deklarierte Schäuble den damals ausgebrochenen »Virus des Einlullens« zum gefährlichsten Gegner für die notwendige programmatische Erneuerung der CDU: »Wenn alles gut läuft, warum dann noch die Unbequemlichkeit schwieriger Debatten?«

Um eine äußerst unbequeme Debatte drückte sich die Union auch nach dem 22. September. Sie scheute sich, das Thema anzusprechen, mit ihrem Kandidaten nicht nur in Bayern mächtig zugelegt zu haben, sondern auch im Norden und Osten der Republik auf der Stelle getreten zu sein. So wurde Stoibers Mitschuld an der Wahlniederlage bis heute wegtabuisiert oder Michael Sprengs Strategie des »Weichspülens« zur Last gelegt. Nonnenmachers nüchternen Befund in der F.A.Z. – »Die Frage eines von der CSU gestellten Kanzlerkandidaten dürfte sich auf unabsehbare Zeit erledigt haben« – wagt in Unionskreisen noch immer keiner offen auszusprechen.

Nur zaghaft hatte Angela Merkel nach dem Wahlverlust 2002 den Mund zu einer Strategiedebatte gespitzt und auf das verkürzte Familienbild, die dürftige Akzeptanz in den Großstädten und die mangelnde Attraktivität bei Wählerinnen hingewiesen, während Peter Müller sogar riet, die Möglichkeit von schwarz-grünen Bündnissen nicht auszugrenzen. Doch die Parteirechte schlug warnend zurück, das »konservative Tafelsilber« nicht zu verscherbeln (*Schönbohm*) und dem Zeitgeist nicht hinterher zu laufen (*Merz*).

Altmeister Helmut Kohl erinnerte am Vorabend des Hannoveraner Parteitags im November als quasi papierner Gast in der F.A.Z.-Sonntagszeitung an die Redundanz von Strategiedebatten. Den Delegierten schien sein Ratschlag höchst willkommen. Denn nicht einmal Angela Merkels vollmundige Botschaft eines heraufziehenden »christdemokratischen Zeitalters« und einer »neuen bürgerlichen Gesellschaft« wollte das Parteivolk beeindruckt. Ganze 160 von

900 Delegierten sollten an der Wiederwahl ihrer Parteivorsitzenden gar nicht erst teilnehmen. Ob es nun der Heißhunger auf Würstchen oder die stille Rache der Fraktion für den geschassten Merz war, – eine Peinlichkeit war es auf jeden Fall für die säkulare Mission, der schon nach der Proklamation das Fußvolk ausgegangen war.

Nach ihren jüngsten Wahlerfolgen steht der Union freilich eine Strategiedebatte ins Haus, der sie nicht mehr ausweichen kann. Wie glaubwürdig sind etwa ihre Verantwortungsparolen? Wie weit geht ihre gesetzgeberische Kooperationsbereitschaft, mit Rot-Grün die sozialen Sicherungssysteme zu reformieren? Wie hält die Partei die Balance zwischen der Position, nicht Steigbügelhalter von Rot-Grün werden zu wollen, aber wichtige Vereinbarungen mit tragen zu müssen – wo sie doch weiß, dass es für den lagerübergreifenden Konsens höchstens Durchsetzungsboni aber keine Urheberprämien zu ernten gibt. Während Roland Kochs Ankündigung – »Die Union wird im Bundesrat keine Blockade, sondern nur Kontrolle ausüben« – viel heißen kann, hat CSU-Landesgruppenchef Michael Glos schon vor einem »Wettlauf der Grausamkeiten« gewarnt.

Ebenso schlägt die konservative Presse Alarm, als »Herz-Lungen-Maschine einer im Koma liegenden Regierung« (*Möller, DIE WELT*) dürfe sich eine gestärkte Union nicht verstehen. Die F.A.Z. zeigte sich schon im Januar enttäuscht, als Stoiber in Wildbad Kreuth erste Anzeichen von Kooperationsbereitschaft erkennen ließ.

Kein Zweifel: Während die sozial Sensibleren in der Union gerne den rot-grünen Modernisierern zunächst den gesetzgeberischen Vortritt lassen möchten, um sie parlamentarisch als Grobiane vorzuführen, wittern die Unions-*Tories* im Bundestag (*Merz*) und Bundesrat (*Koch*) ihren *Deal*, mit der Regierung neue soziale Tatsachen zu schaffen und dabei ihr unversöhnliches Image loszuwerden.

b. Irak und die Folgen

JOCHEN THIES

Kein Musterschüler Amerikas mehr Die Zukunft der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik

Gerhard Schröder hat sich dazu entschlossen, zu kämpfen – mit allen Konsequenzen. Rot-Grün benötigt in den nächsten Wochen viel Glück, weil sich die internationale Staatengemeinschaft in einer Art von *endgame* befindet, bei dem – wie immer vor militärischen Auseinandersetzungen – die Meinungen der Völker an Bedeutung verlieren und Regierungen das Sagen haben. In den USA ist keine Kriegsbegeisterung zu verspüren. Dennoch scheint die Regierung Bush dazu bereit, den Weg weiterzugehen, den sie vor etwa einem Jahr eingeschlagen hat.

Die Debatte um die deutsche Irak-Politik ist eine Stellvertreter-Diskussion. Sie zeigt an, dass seit dem Fall der Berliner Mauer, der deutschen Wiedervereinigung und dem Ende des Kalten Krieges Prozesse eingetreten sind, die man nicht aufhalten kann. Die NATO hat ihre einstige Bedeutung verloren. Die Vereinigten Staaten durchlaufen eine andere Entwicklung als Europa. Die asiatische Gegenküste wird politisch und ökonomisch für die Weltvormacht wichtiger als Europa, zu dem die Verbindung jedoch nie abreißen wird. Deutschland kann nicht länger der Musterschüler Amerikas sein. Es muss zusammen mit seinen europäischen Partnern einen eigenen Weg gehen.

Die Festlegung Gerhard Schröders im deutschen Bundestagswahlkampf auf ein Abseitsstehen der Bundesrepublik in einem Irak-Konflikt steht daher unter mittelfristigen Gesichtspunkten für diesen unvermeidlichen Emanzipationsprozess des eigenen Landes und für die Entwicklungen in Europa, welche die Attacke auf die Zwillingstürme des World Trade Centers in

New York auch ausgelöst hat. Das Nein der Bundesrepublik zu einem Engagement im Mittleren Osten reflektiert ferner, dass sich Deutschland in den letzten zehn Jahren außen- und sicherheitspolitisch eine Menge zugemutet hat. Wahrscheinlich hat eine Überdehnung der Kräfte stattgefunden. Und mit ziemlicher Sicherheit ist diese Entwicklung seit den Tagen des zweiten Golfkrieges, als sich Deutschland aus verfassungsrechtlichen Gründen an dem Konflikt nicht aktiv beteiligen konnte, schnell, zu schnell verlaufen.

Die Bevölkerung der Bundesrepublik hat die neuen Herausforderungen des Landes in einem erstaunlichen Umfang mitgetragen. Und sie verhält sich in den ersten Wochen des Jahres 2003 nicht viel anders als die Bevölkerungen unserer Nachbarländer, übrigens auch nicht anders als in Zeiten einer konservativ-liberalen Regierung. Im Vergleich zur Zeit vor zehn oder zwölf Jahren, als sich Kohl und Genscher am Vorabend des Golf-Krieges in vielerlei Hinsicht in einer ähnlichen Situation wie Schröder und Fischer befanden, ist jedoch unverkennbar ein Reifeprozess eingetreten.

Er wird nicht im erforderlichen Ausmaß deutlich, weil in großen Teilen der deutschen Presse die Schlachten von einst geschlagen werden. Die noch immer tonangebenden »Atlantiker« in Politik und Wirtschaft und an anderen Schaltstellen schlagen Alarm und verlangen unverbrüchliche Treuebekanntnisse zu Amerika. Zweifler werden verdächtigt, in das Lager der Gegner, der »Anti-Amerikaner« abgedriftet zu sein. »Gaullisten«, die es in den sechziger Jahren in der Bundesrepublik in größeren Zahlen gab, sind dagegen dünn gesät, sie können sich in außen- und sicherheitspolitischen Fragen gegenwärtig nur unzureichend artikulieren. Und es gibt kaum Nachwuchs.



Verständigungsversuche: deutsch-französisches Gipfeltreffen in Schwerin 2002.

Fast alle jüngeren deutschen Journalisten, die über Außen- und Sicherheitspolitik schreiben und arbeiten, haben eine angelsächsische Prägung.

Auch dieser Umstand spielt in der erregten Debatte: »Wie hältst Du es mit Amerika?« eine große Rolle. Die Amerikaner selbst sind in dieser Auseinandersetzung nicht gerade zimperlich. Der us-Botschafter in Berlin, Daniel Coats, ein Mann des Mittleren Westens, mit wenig *feeling* für Europa, hat mit Brachialmethoden in die innerdeutschen Diskussionen eingegriffen, wie sie seit den fünfziger, sechziger Jahren nicht üblich waren. Präsident George Bush schneidet den Kanzler in einer Weise, wie man es seit den Tagen der us-Militärregierungen in Deutschland nicht mehr erlebt hat. Aber auch die Amerikaner müssen lernen, dass die alte Faustformel nicht mehr gilt, dass in Deutschland die Partei oder Koa-

lition regiert, welche die besten Beziehungen zur us-Administration hat. Edmund Stoiber hat sich im Wahlkampf nicht getraut, eine Gegenstrategie zu Schröder zu entwickeln.

Eine europäische Armee aufbauen

Man muss wegen der gegenwärtigen »Funktillstille« in den offiziellen Beziehungen zwischen den USA und der Bundesrepublik nicht die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und ein Ende der deutsch-amerikanischen Freundschaft prognostizieren. Gewiss mag die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik in den letzten Monaten sprunghaft gewesen sein, gewiss hatten die Amerikaner andere Erwartungen, weil sie bestimmte Signale aus der deutschen Hauptstadt anders deuteten. Gewiss werden jetzt von der Regierung Schröder/Fischer Begründungen nachgereicht, die den Eindruck

erwecken sollen, als habe es sich seit August 2002 oder sogar seit Jahresbeginn 2002, als die Briten eine koordinierte Vorgehensweise der Europäer im Irak-Konflikt unmöglich machten, um eine vorausschauende Politik mit langem Atem gehandelt. Aber auch die amerikanische Politik ist sprunghaft. Eine konsistente Linie des Verhaltens gegenüber dem Irak ist während der letzten drei, vier Jahre genauso wenig erkennbar wie über längere Zeiträume hinweg. Die Europäer, so schwach sie militärisch auch sein mögen, haben für ein solches Verhalten ein feines Gespür. Und in vielen anderen Regionen der Welt, in denen die Supermacht einmal so und ein anderes Mal in völlig anderer Weise auftrat oder heute operiert, wissen die Menschen dies ebenfalls.

Aus mindestens *drei* Gründen müssen die Europäer daher die Politik ablehnen, die Amerika gegenüber dem Irak betreibt. *Erstens*: Die Vorstellung, dass es eine richtige Politik des Westens für den Rest der Welt gibt, ist falsch. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Respektierung des Individuums bleiben gewiss Exportartikel, sind aber auch Angebote, die man ausschlagen kann, nicht befolgen muss. *Zweitens*: Welche Regierungsform ein Land hat, bleibt seine eigene Angelegenheit. Nur wenn Gefahr für die Anrainer, eine ganze Weltregion droht, kann die Staatengemeinschaft in Zeiten des Näheraneinanderrückens, der Globalisierung, der Dependenz, ein Recht zur Intervention erwerben. *Drittens*: der Präventivkrieg ist keine Form der Auseinandersetzung, die zivilisierte Nationen wählen dürfen.

Für die weitere Debatte in Deutschland ergibt sich aus den Erfahrungen mit dem Irak-Konflikt mittelfristig eine relativ einfache Schlussfolgerung. Deutschland muss sein internationales Engagement auf ein realistisches Maß reduzieren. Das Nein zu einer Beteiligung bei einem Irak-Krieg hat in gewisser Weise mit dem *Ja* zum deutschen militärischen Engagement in Afghanistan zu tun. Dagegen haben die neunziger Jahre

bis zum Kosovo-Krieg vorgezeichnet, welche Rolle Deutschland aus historischen wie aktuellen Gründen realistischerweise spielen kann: die einer Stabilisierungsmacht in Südosteuropa – nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Das Verhalten der Deutschen im Irak-Konflikt ist ein Beleg für eine natürliche Scheu: in Schuhe zu schlüpfen, die einem nicht passen, die zu tragen man schon vor 100 Jahren – im deutschen Kaiserreich – seine Probleme hatte. Anders formuliert: Warum soll Deutschland nicht auch einmal Glück haben und in der Weltpolitik jenen Staaten Felder überlassen, die Kolonialmächte waren und die in gewisser Weise eine Verantwortung für jene Entwicklungen tragen, wie sie im Nahen und Mittleren Osten eingetreten sind? Historisch gesehen ergibt sich für Deutschland eine Grenzziehung des Engagements, die über die Türkei nicht hinausgreifen sollte. Deutschland sollte sich daher nach einer ersten euphorischen Phase, auch begründet durch die Afghanistan-Konferenz, die in Bonn stattfand, so bald wie möglich vom Hindukusch zurückziehen. Die Schluchten des Balkan sind abgründig genug.

Deutschland sollte aus solchen Gründen auch die Politik aufgeben, die seit Jahren darauf abzielt, einen ständigen Sitz im Weltsicherheitsrat zu erwerben. Alle anderen dort vertretenen Mächte sind Nuklearmächte. Deutschland wird nie zu dieser Gruppe von Staaten gehören. Und es sollte sich nicht nach einer Verantwortung drängen, für die vielerlei Voraussetzungen fehlen. Es ist nun einmal so, dass ehemalige Vor- und Kolonialmächte eine andere Wahrnehmung der Welt haben als ein Land, das neben Italien im 19. Jahrhundert zu den verspäteten Nationen in Europa gehörte und das die Instinkte für eine solche Rolle nicht entwickelt hat.

Die Herausforderung für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik besteht somit darin, die skizzierten Prozesse zu gestalten,

die europäischen zu beschleunigen und andere, die unvermeidlich erscheinen, den Partnern zu vermitteln. Wenn die Annahme zutrifft, dass sich Amerika von Europa entfernt, bedeutet dies aber auch, die eigenen sicherheitspolitischen Anstrengungen zu erhöhen. Da die Europäer für Verteidigung nicht das ausgeben können, was die Amerikaner machen, heißt dies in Zeiten knapper Kassen: Synergien zu schaffen und vor allem: eine europäische Armee aufzubauen.

Bis es soweit ist, hat Europa noch einen schwierigen Weg vor sich, droht der Irakkonflikt die Mächte auseinander zu dividieren, treibt Amerika Keile in einen Kontinent, der sich politisch gerade findet und keineswegs zum alten Eisen gehört. Viele Staaten – daran kann kein Zweifel bestehen – verfolgen den Kurs der rot-grünen Regierung mit Sympathie. Viele Staaten sind aber auch – so wird man sagen müssen – vorsichtig, dies den Deutschen öffentlich zu attestieren und amerikanische Pfeile auf sich zu lenken. Andere, Neulinge in der Weltpolitik, überschlagen sich mit Ergebniseadressen an die amerikanische Regierung. Berlin muss aufpassen, was gegenwärtig in Ost- und Südosteuropa passiert. Und es muss auch darauf achten, wie sich Großbritannien und Frankreich am Ende in der Irak-Angelegenheit verhalten. Berlin darf sich nicht einklemmen lassen.

Die Staatskunst wird daher in nächster Zeit darin bestehen, die europäischen Prozesse im Gang zu halten, sie sogar zu beschleunigen und im Notfall zu vermeiden, in eine isolierte Position zu geraten. Niemand will das in Deutschland. Aber es gibt Versuche im Lande und außerhalb, der Bundesrepublik eine solche Etikettierung zu verpassen. Dabei kann Deutschland nicht einmal mehr Zahlmeister sein. Ein berechtigtes Selbstbewusstsein ist seit der Wiedervereinigung herangewachsen, seine politischen Exponenten heißen Gerhard Schröder und Joseph Fischer.

PETER GLOTZ Atlantiker

Mein Leben lang hielt ich mich für einen Atlantiker. Ich war den Amerikanern dankbar, dass sie uns von Hitler befreit hatten, hielt die rechten und linken Hasstiraden gegen die amerikanische Massenkultur, den heiligen Theodor (Adorno) eingeschlossen, für überflüssige Kulturkritik und war mein ganzes politisches Leben lang gegen den Austritt aus der NATO, aus der politischen Integration der NATO *etc. pp.* Ich saß in Mutlangen nicht im nassen Gras neben Heinrich Böll. Aber jetzt, im großen Schwung der Vernichtungskritik unseres außenpolitischen Establishments gegen Schröder und Fischer lerne ich: Ich war offenbar doch halbstark, schlaff, romantisch. Ich bekenne und übe Selbstkritik: Schon seit vielen Jahren halte ich die amerikanischen Kommentatoren Charles Krauthammer und Bill Safire für elende Scharfmacher, seit vielen Jahren scheint mir die Haltung des WALL STREET JOURNAL zum Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ungerecht, und gelegentlich lehnte ich sogar die politische Grundrichtung ganzer Administrationen ab. Das galt zum Beispiel für die Administration Reagan. Inzwischen weiß ich, dass – wer so knieweich ist – Atlantiker nicht genannt werden kann.

Für den Atlantiker, lerne ich nun, ist die »deutsch-amerikanische *special relationship*« (Josef Joffe) die *priority number one*, alles andere ist »nachrangig«. Natürlich muss man nicht jede amerikanische Entscheidung enthusiastisch begrüßen. Aber Einfluss behält man nur, wenn man im Prinzip mitspielt. Wenn man dann sagt: »Aber ›Einfluss‹ würde doch bedeuten, dass man im Fall des Falles eine amerikanische Entscheidung ändern kann« bekommt man als Antwort den »milden Blick«: »Vergleichen Sie mal unser Militärpotenzial«, sagen dann unsere Fulbright- und Atlantikbrücke-Fellows und Harvard-Gastdozenten, mit dem amerikani-

schen. Einfluss heißt: Man wird gehört. Aber Einfluss heißt doch nicht, dass man auch erhört wird (»Seien Sie doch bitte nicht naiv«).

Kürzlich sprach ich mit einem echten Atlantiker, tiefkatholisch, hochehrfurchend, trocken-realistisch, sympathisch unaufgeregt. Als er das Wort nachrangig geäußert hatte, ritt mich der Teufel. Ich dachte an den krummen alten Mann im Vatikan, der so ungebeugt gegen den Irak-Krieg zu Felde zieht und sagte: »Aber es könnten 20.000 Kinder tot auf der Straße liegen bleiben«. »So viele werden es nicht«, sagte mein realistischer Freund.

Und nun wollen wir es rauslassen: Im Unterschied zu den wundervollen, von allen Deutschen verehrten Ikonen Vaclav Havel, Bronislaw Geremek und Lech Walesa habe ich noch heute Zweifel an Reagans Totrüstungspolitik. Schon richtig: Er hatte Erfolg mit seiner Gratwanderung, weil die Russen mit Gorbatschow einen Führer präsentierten, der sein Reich ohne einen Schuss Pulver preisgab. Ich sage ausdrücklich: Ich bin heilfroh, dass die sowjetische Nomenklatura solch einen *Wet* (wie Maggie Thatcher gesagt hätte) an die Spitze des Politbüros spülte. Aber war das zu erwarten? Was, wenn die noch über einen jüngeren Breschnew verfügt hätten? Die meisten von uns wären tot. Okay, was unsereinen betrifft. Aber all die Lehrmädchen im Handel, die Wirte, Elektriker, Nebenerwerbslandwirte und Software-schreiber, ob in Gütersloh, Kekcemet oder Cheb? Wollten wir das riskieren? Ich nicht!

Rumsfeld, heißt das, hat schon recht. Es gibt das »alte Europa«, vor allem die französischen Froschfresser, die wilhelminischen Deutschen, die »Pralinengroßmacht Belgien« (*Joffe*). Zugegeben, da könnten irgendwann noch ein paar hinzustoßen. Berlusconi und Aznar regieren vielleicht nicht ewig. Die Skandinavier hören sehr auf ihre Völker und die Niederländer könnten Pim Fortuyn irgendwann verdauen. Aber das »neue Europa« steht; und die NATO ist Amerika *plus* neues Europa. In dieser Situa-

tion, fragen unsere Atlantiker, macht ihr wegen höchstens 250 toter Iraki so ein Gedöns? Nachrangig!

Ich könnte jetzt noch meine Begeisterung für Berkeley und die *Fed*, die FEDERAL COMMUNICATION, Philip Roth, Bill Clinton, Diplomaten vom Schlage John Kornblums und den amerikanischen Pragmatismus seit Dewey beteuern. Aber es würde mir nicht helfen. Ich war gegen Reagan, ich bin gegen George Walker Bush. Also bin ich kein Atlantiker. *So sorry*.

CHRISTOPH ZÖPEL

Diskurs über den Krieg – demokratisch und global

Seit Gerhard Schröder im August 2002 die Position der deutschen Regierung gegen einen Krieg im Irak demonstrativ öffentlich machte, streiten die demokratischen Parteien über das Verhältnis der Demokratie zum Krieg. Dieser Diskurs steht der deutschen Politik und vor allem dem deutschen Parlament gut an, gerade auch in Berlin, der ehemals preußischen Hauptstadt. Selbstbewusste Außenpolitik muss auf das Gute in der Geschichte eines Staates stolz sein. Das Gute in der Geschichte Deutschlands ist exemplarisch die globale historische Bedeutung des Preußen Immanuel Kant. Er hat – bis heute unübertroffen – den Erhalt des Friedens in der Welt davon abhängig gemacht, dass sich demokratische Republiken im Diskurs über den Frieden befinden. Das ist die bleibende Voraussetzung für eine Vermeidung von Krieg.

Aufarbeitung von Kriegsfolgen

Wesentlicher Grund dafür, dass es dem deutschen Parlament gut ansteht, über das Verhältnis der Demokratie zum Krieg zu sprechen, ist: In Europa trägt kein anderes Land so viel Verantwortung für Kriegsverbrechen

wie Deutschland. Bis heute gehen die Deutschen damit um, das Leid und die Folgen von Krieg weiter zu bewältigen. Der deutsch-tschechische Dialog ist – nicht einseitig – immer noch bestimmt von den Folgen des Zweiten Weltkrieges. Wenn in diesen Tagen der Historiker Jörg Friedrich die Frage aufwirft, mit wie viel Berechtigung es Flächenbombardements im Zweiten Weltkrieg gab, so ist das ein guter Beitrag zur Aufarbeitung von Kriegsfolgen. Deshalb ist es auch ein Gebot für Demokratien, über Krieg zu sprechen, und zwar zu allen Zeiten, d.h. nicht nur nach Wahlen, sondern auch davor.

Vor dem 22. September 2002 gab es die Notwendigkeit, über die Kernfrage Krieg zu sprechen. Nachdem die Frage der Massenvernichtungswaffen im Irak seit dem 11. September 2001 wieder aktuell geworden ist, war es eine konsequente Linie deutscher Außenpolitik, mit diplomatischen Mitteln im Rahmen der Vereinten Nationen auf eine Vermeidung der weiteren Rüstung im Irak zu setzen. Diese Linie bestimmte die Gespräche mit Vertretern der amerikanischen Regierung. Vor allem gegenüber den arabischen Staaten und der Arabischen Liga gab es vielfältige Bemühungen, um dem Diktator im Irak diplomatisch ein Verhalten aufzunötigen, das eine militärische Lösung vermeidet.

Im Spätsommer dieses Jahres war der Eindruck entstanden, als gäbe es in den Vereinigten Staaten innerhalb der Regierung und in den *think tanks* Positionen, die so etwas wie die Unvermeidbarkeit militärischer Aktionen gegenüber dem Irak aufscheinen ließen. In dieser Situation war es ein demokratisches Erfordernis, auch zwischen Regierungen den Diskurs über die Notwendigkeit und vor allem: über die Vermeidbarkeit von Krieg zu führen.

Schröder und die Regierung haben nichts anderes getan als den Krieg und seine problematischen Folgen reflektiert, die niemand besser kennt als wir Deutschen. Diese Position war allen Kritikern zum Trotz fruchtbringend. Zu dem, was in den Ver-

einten Nationen, im Sicherheitsrat, in Debatten und schließlich in Entschließungen erreicht wurde, hat die Position der deutschen Regierung entscheidend beigetragen.

Die französische Position wäre ohne die deutsche kaum möglich geworden. Es ist demokratisch-europäische Integration, wenn ein konservativer französischer Präsident in der Frage von Krieg und Frieden eine europäische Position durchsetzt, die etwas weniger pazifistisch ist als die der deutschen Sozialdemokratie.

Stört ein solcher Diskurs das Verhältnis Deutschlands zu den Vereinigten Staaten? Zum Verständnis des Verhältnisses der Staaten zueinander im Kant'schen Sinne gehört es, dass Regierungen miteinander diplomatischen Verkehr haben, aber auch in öffentlichen Diskurs treten können. Die öffentliche Debatte zwischen dem Präsidenten der Vereinigten Staaten und dem deutschen Bundeskanzler ist so Teil eines demokratisch notwendigen globalen Diskurses.

Es ist mit diesem Grundverständnis von Demokratie nicht vereinbar, dass über Krieg, also über Schicksalsfragen, im Verhältnis der Länder zueinander nur in geheimer Diplomatie gesprochen werden kann. Ein solcher Diskurs zwischen Regierungen, gerade wenn es unterschiedliche Auffassungen gibt, kann nicht als gegen den anderen Staat gerichtet aufgefasst werden. Das widerspricht geradezu den Grundregeln demokratischer Politik, auch innerstaatlich, vor allem mit Blick auf die Aufgaben der Opposition. Der frühere amerikanische Präsident Bill Clinton kam direkt nach den Wahlen nach Deutschland und zeigte ein hohes Maß an Einverständnis für die deutsche Regierung. Darüber sollte sich vor allem auch die Opposition in Deutschland freuen, wenn sie mit ihrer abweichenden Meinung ernst genommen werden will.

Der Dialog zwischen Demokratien kann zeigen, dass Regierungen unterschiedlicher Meinung sind und quer dazu wieder die Oppositionen. Das ist internationale Politik

zwischen Demokratien. Es kann so nicht Anti-Amerikanismus oder Anti-Germanismus sein, wenn der amerikanische Präsident und der deutsche Bundeskanzler in einer wichtigen Frage unterschiedlicher Meinung sind.

Ungleiche Trauer über Terroristenopfer

Jeder Diskurs braucht dabei seinen Stil. Sachliche und formale Fehler sind möglich und haben Folgen, auch Regierungschefs sind häufig emotional gestimmt in Diskursen, die Begleitmusik ist es nicht weniger. Sie im Fortgang des Diskurses einzugestehen, ist geradezu die Voraussetzung für Demokratie, zwischen Parteien innerstaatlich und zwischen Regierungen global. Das ist die erste außenpolitische Verpflichtung von Demokratien und die Lehre Deutschlands aus seiner Kriegsgeschichte.

Globale Kriegsgeschichte hat durch einen *high-tech*-gestützten Terrorismus und den Kampf dagegen eine weitere tragische Dimension erfahren. Die Anschläge geschehen an vielen Orten dieser Welt, betroffen sind vor allem Amerikaner, Europäer und Israeli. Vom Terrorismus sind aber auch viele andere Menschen betroffen.

Sinnvollerweise hat eine Debatte darüber begonnen, warum bei dem Anschlag in Kenia so unverhältnismäßig viel über die tragischen Opfer der Israeli und so unverhältnismäßig wenig über die tragischen Opfer der Kenianer geschrieben wurde.

Deutsche »Europäer« sprechen auch mit Arabern darüber, was sie gemeinsam gegen Saddam Hussein tun müssen. Dazu gehört auch, dass die Opfer des Terrorismus in den Vereinigten Staaten, in Europa, in Israel und in arabischen Staaten gleichermaßen betrauert werden. Dem islamischen Terrorismus sind bisher mehr Algerier als Amerikaner zum Opfer gefallen. Nur wenn die Vereinigten Staaten und Europa das mitbedenken, werden sie gemeinsam mit den arabischen Staaten den Terrorismus besiegen können.

Konvent kontrovers

MICHAEL ROTH/
ANGELICA SCHWALL-DÜREN
**Die EU-Verfassung ist
mehr als eine Vision**

Noch vor kurzem war das Thema EU-Verfassung eher ein Thema für Visionäre. Durch den Europäischen Konvent, der vor gut einem Jahr unter der Leitung des ehemaligen französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing seine Arbeit aufgenommen hat, wurde das Ziel einer EU-Verfassung aus den höheren Sphären auf den harten Boden der europapolitischen Tatsachen zurückgeführt. Eine Verfassung für die EU, das ist heute Realpolitik und längst nicht mehr romantische Träumerei.

Einer der Ursprünge des Europäischen Konvents ist die anhaltende Frustration über die Ergebnisse und die Verfahren zurückliegender Regierungskonferenzen. All zu oft blieben in den »Nächten der langen Messer«, den Marathonsitzungen der EU-Staats- und Regierungschefs, ambitionierte Reformvorhaben auf der Strecke. Aus der daraus resultierenden Unzufriedenheit, dem Erschrecken und der Sorge hinsichtlich der inneren und äußeren Handlungsfähigkeit Europas und der wachsenden Entfremdung der Bürgerinnen und Bürger ist der Europäische Konvent hervorgegangen. Ziel des Konvents: Mehr Demokratie, Transparenz und Handlungsfähigkeit für die Europäische Union.

Der Europäische Konvent eröffnet, aufgrund seiner Zusammensetzung aus nationalen Parlamentariern, Mitgliedern des Europäischen Parlaments und Vertretern der Regierungen, ein breiteres Spektrum an Verhandlungsmöglichkeiten und damit die Chance, den oftmals allzu eng definierten Tellerrand nationaler Interessenpolitik zu überwinden.

Der Erfolgsdruck hat sich mit dem erfolgreichen Abschluss der Erweiterungsverhandlungen nochmals beträchtlich erhöht. Aus der heutigen EU-15 wird bis 2004 eine EU-25. Bulgarien und Rumänien folgen, die Türkei erhielt eine Beitrittsperspektive und im Frühjahr 2003 ist damit zu rechnen, dass auch Kroatien einen Antrag auf EU-Mitgliedschaft stellen wird. Aber das Zusammenwachsen Europas ist kein Selbstzweck. Vielmehr geht es darum, mit Hilfe der Europäischen Union ein langfristig tragfähiges Fundament für eine am europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell orientierte Politik zur demokratischen Gestaltung der Globalisierung zu schaffen. Deutschland wie auch die anderen EU-Mitgliedstaaten haben nur im EU-Kontext eine realistische Chance, politische und wirtschaftliche Gestaltungsspielräume zu erhalten, die sich ansonsten als Folge der Globalisierung zunehmend verengen. Voraussetzung dafür sind weitreichende Strukturreformen der EU-Institutionen. Gelingt das jetzt nicht, dann droht die EU in absehbarer Zeit an Selbstüberdehnung sowie innerer und äußerer Handlungsschwäche zugrunde zu gehen. Weil die aus einem möglichen Scheitern der Reformen resultierenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kosten einfach unkalkulierbar sind, ist das Projekt EU-Verfassung zum Erfolg verdammt.

Positive Zwischenbilanz des Konvents

Der Europäische Konvent hat sich in der Zwischenzeit zur kreativen Zukunftswerkstatt der europäischen Politik gemausert. Viele Beobachter und auch manche der unmittelbar beteiligten Akteure waren da zu Beginn eher skeptisch. So richtig ernst wollte man den Konvent nicht nehmen. Wer aber die Entwicklung der letzten Monate verfolgt hat, der wurde eines Besseren belehrt. Spätestens seit dem ersten Auftritt der Außenminister Fischer und Villepin ist aus dem Konvent eine heimliche Regierungskonferenz neuen Stils geworden. Das zu-

nehmende Engagement der Regierungen lässt vermuten, dass sie dem vom Konvent auszuarbeitenden EU-Verfassungsentwurf eine hohe Bedeutung beimessen. Je mehr sich aber die Regierungen, die bislang unumstrittenen »Herren der Verträge«, in den Konvent einbringen, desto schwerer dürfte es werden, die erzielten Ergebnisse in der anschließenden Regierungskonferenz wieder in Frage zu stellen.

Eingefügt in das vom Präsidium des Konvents im vergangenen November vorgestellte Verfassungsgerüst, könnten sie zu beachtlichen Integrationsfortschritten führen.

Grundsätzlich ist eine EU-Verfassung als Ziel nunmehr unbestritten. Selbst die britische Regierung hat sich den Begriff der Verfassung zu eigen gemacht. Noch vor wenigen Jahren war das unvorstellbar. Auch steuern wir im Konvent auf einen einheitlichen und umfassenden Verfassungstext zu, der neben dem eigentlichen Verfassungsteil auch einen operativen Teil umfasst. Das ist wichtig für Rechtssicherheit und Kontinuität in der europäischen Politik. Mit der rechtsverbindlichen Verankerung der EU-Charta der Grundrechte in eine zukünftige EU-Verfassung würde die EU demonstrieren, dass sie auch eine Wertegemeinschaft ist, die sich anschickt, ein echtes europäisches Gemeinwesen herauszubilden. Hier gibt es noch Widerstände, die aber nicht unüberwindbar scheinen. Auch die lang umstrittene Frage, ob die EU eine eigene Rechtspersönlichkeit erhalten soll, hat der Konvent bejaht. Für die EU wäre damit eine wichtige Voraussetzung für eine einheitliche Außenvertretung geschaffen. Auch die umständliche und zunehmend unsinnige Unterscheidung zwischen den drei Säulen des Integrationskonstrukts unter dem Dach der Europäischen Union soll zugunsten eines einheitlichen Vertragswerks abgeschafft werden. Die mit dem Vertrag von Maastricht geschaffene Pfeilerstruktur hatte in der Vergangenheit für viel Verwirrung bei der Politikgestaltung und für

Gezerre zwischen den EU-Institutionen gesorgt. Mit Blick auf die Kompetenzfrage hat sich der Konvent für flexible Lösungen und gegen starre Kompetenzlisten ausgesprochen, die, wie das deutsche Beispiel zeigt, ohnehin keinen Schutz vor Zentralisierungstendenzen bieten. Schließlich deutet sich auch in der Frage der Subsidiaritätskontrolle ein gangbarer Weg an, der ohne zusätzliche Institutionen auskommt, gleichzeitig den nationalen Parlamenten eine Kontrollmöglichkeit einräumt und die ohnehin komplizierte Entscheidungsfindung in der EU nicht zusätzlich erschwert.

Mehr Demokratie, Transparenz und Handlungsfähigkeit sind die drei Zielvorgaben des Laekener EU-Gipfels, an denen sich der Europäische Konvent bei der Ausarbeitung der EU-Verfassung orientieren muss. Zugleich ist die Verwirklichung dieser Ziele unmittelbar mit der künftigen institutionellen Architektur und den Entscheidungsmechanismen in der EU verknüpft. Es geht letztlich um knallharte Machtfragen, die jetzt, in der Endphase des Europäischen Konvents, in den Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzung rücken. Wie schon während der zurückliegenden Regierungskonferenzen von Amsterdam und Nizza geht es darum, *wer, wie und in welcher Form* verbindliche Entscheidungen in der EU trifft. Also darum, nach welcher Methode die EU künftig regiert werden soll. Idealtypisch stehen sich *Intergouvernementalisten*, die am liebsten das »EU-Oberkommando« in den Händen der EU-Mitgliedstaaten sehen und *Integrationisten*, die dem Europäischen Parlament und der EU-Kommission mehr Gestaltungsmöglichkeiten geben wollen, gegenüber.

Deutschlands Interesse besteht im Kern darin, in der europäischen Politik ein möglichst hohes Maß an Berechenbarkeit, Verbindlichkeit, Rechtssicherheit und demokratischer Kontrolle zu verwirklichen. Dies sind langfristig die besten Garanten für sozialen und ökologischen Fortschritt, für

dauerhafte Sicherheit und für eine Politik ohne gegenseitige Übervorteilung. Nach aller Erfahrung kann die intergouvernementale Methode der europäischen Politik genau das nicht leisten. Sie ist, im Gegensatz zur verrechtlichten Gemeinschaftsmethode, weniger berechenbar und weniger effizient. Sollten sich die Intergouvernementalisten durchsetzen und der EU-Verfassung ihren Stempel aufdrücken, dann riskieren wir, den relativ verlässlichen Handlungsrahmen für das Management von Globalisierung ohne Not aufs Spiel zu setzen.

Alle Politik ist Kompromiss und so wird es auch im Konvent Ideallösungen weder im einen noch im anderen Sinne geben. Das passt auch zum heutigen Hybridcharakter der EU als *Bürger- und Staatenunion*. Es muss darum gehen, einen vernünftigen Mittelweg zu finden, der beide Methoden zusammenführt und nicht gegeneinander ausspielt. Die jüngsten deutsch-französischen Vorschläge zur künftigen institutionellen Architektur der EU sind ein Versuch, einen Kompromiss zu schmieden, der den unterschiedlichen Ausgangspositionen und Interessenlagen der beiden Länder Rechnung trägt.

Der deutsch-französische Beitrag hat zentrale Forderungen aufgegriffen, für die sich die deutsche Sozialdemokratie schon seit langem einsetzt: Dazu zählen neben der vollständigen Übernahme der EU-Charta der Grundrechte in eine künftige EU-Verfassung insbesondere die Wahl des Präsidenten der Europäischen Kommission durch das Europäische Parlament, die Gleichberechtigung von Europäischem Parlament und Rat als europäische Legislative sowie die grundsätzliche Beschlussfassung im Rat mit qualifizierter Mehrheit, auch im Bereich der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Geht es nach den deutsch-französischen Vorstellungen, dann soll zudem im Bereich der Außenpolitik künftig ein »Europäischer Außenminister« die Funktionen des Hohen Vertreters für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und des Kommissars für

Außenbeziehungen in sich vereinen. Dazu gab es viel Zustimmung.

Des »Pudels Kern« aber ist die sogenannte *Doppelspitze* für die Europäische Union. Sie soll aus einem vom Europäischen Parlament zu wählenden Kommissionspräsidenten und einem von den EU-Staats- und Regierungschefs zu ernennenden Vorsitzenden des Europäischen Rates bestehen, der seine Tätigkeit für einen Zeitraum von zweieinhalb bis fünf Jahren ausüben soll. Er soll der europäischen Politik mehr Kontinuität und mehr Sichtbarkeit verschaffen. Im vorgelegten deutsch-französischen Vorschlag sind die Details einer solchen Regelung noch offen. Das ist verständlich, da sich zu diesem Zeitpunkt keiner der Akteure künftige Verhandlungspositionen und Kompromisslinien verbauen will. Gerade die Einzelheiten dieser Konstruktion haben es aber in sich: Die Doppelspitze trägt in sich das Risiko einer schrittweisen Überlagerung der Gemeinschaftsinstitutionen durch einen künftigen Vorsitzenden des Europäischen Rates und damit durch die (großen) EU-Mitgliedstaaten. Kritische Stimmen merken an, dass es unweigerlich zu Kompetenzrangelien zwischen dem Vorsitzenden des Europäischen Rates und dem künftigen Präsidenten der EU-Kommission kommen werde. Letzterem drohe dann die Dominanz durch den Vorsitzenden des Europäischen Rates. In diesem Falle aber wäre die bewährte Rolle der EU-Kommission als »Motor der Integration« und als »Hüterin der Verträge« in Frage gestellt. Die EU-Kommission würde sich dann in der Rolle eines Sekretariats für den Europäischen Rat wiederfinden. Ein anderes Szenario geht vom möglichen Aufbau einer zweiten EU-Verwaltung aus. Neben der EU-Kommission könnte der Vorsitzende des Europäischen Rates versucht sein, ein eigenes Exekutivorgan aufzubauen. Das aber wäre mit Blick auf die Effizienz europäischen Handelns nach innen und außen kaum als Fortschritt zu bezeichnen. Viel

eher wären ständige Rivalitäten und Reibungsverluste vorprogrammiert. Offen ist auch, wem gegenüber ein künftiger Vorsitzender des Europäischen Rates verantwortlich sein soll. Nur gegenüber den EU-Staats- und Regierungschefs oder auch gegenüber dem Europäischen Parlament?

Damit die *Doppelspitze* nicht in eine Integrationssackgasse führt, muss in erster Linie die Rolle eines möglichen Vorsitzenden des Europäischen Rates genau definiert werden. Ansonsten droht die Europäische Union in den Sog des Intergouvernementalismus zu geraten. Demokratie, Transparenz und Handlungsfähigkeit bleiben unweigerlich auf der Strecke, wenn sich die Europäische Union auf ein modernes »Konzert der europäischen Mächte« bewegt.

Es stimmt, dass man für eine gute Politik gute Institutionen und Verfahren braucht. Diese Thematik steht zu Recht im Mittelpunkt des Europäischen Konvents und der Arbeit an der EU-Verfassung. Darüber dürfen wir aber die Inhalte der Politik nicht vergessen. Gerade bei den Inhalten steht dem Konvent im Bereich der Ordnungspolitik sowie der Sozialpolitik noch viel Arbeit bevor. So wie die Dinge stehen, wird es schwer werden, Fortschritte zu erzielen, die über den bestehenden Status Quo hinausgehen. Dabei ist das Ungleichgewicht zwischen wirtschaftlich-politischer Integration auf der einen und sozial-gesellschaftlicher Integration auf der anderen Seite offenkundig. Eine Balance dieser beiden Elemente ist letztlich unabdingbar, damit die Europäische Union dauerhaft auf einem soliden Fundament steht. Wir müssen uns also auf den Weg zu einem wirklichen europäischen Gemeinwesen begeben. Im Rahmen des Europäischen Konvents lassen sich mit einer rechtsverbindlichen Verankerung der EU-Charta der Grundrechte bereits erste Orientierungsmarken setzen. Deshalb werden auch künftig Anpassungen des konstitutionellen Rahmens der Europäischen Union notwendig sein.

(unter Mitarbeit von Maximilian H. Schröder)

Das Thema: Familie und Moderne

a. Familienpolitik

PAUL KIRCHHOF Eine im Kind vitale Gesellschaft

Familien als Voraussetzung der Zukunft

Deutschland ist eines der ärmsten Länder der Welt. In der Armutsstatistik steht unser Land im Vergleich unter 191 Staaten an 180., also einer der letzten Stellen. Entwicklungshilfe ist nicht zu erwarten. Ich spreche von der Kinderarmut, nicht von unserem Kapitalreichtum, dessen Glanz bald verblassen wird, wenn wir nicht mehr wissen, an wen wir unseren Reichtum weitergeben sollen.

Deshalb ist es unsere wichtigste Aufgabe, unsere eigene Zukunft – die der Gesellschaft, des Staates, auch des individuellen Wohlergehens – in der Existenz einer zu Freiheit und Demokratie bereiten Jugend zu sichern, also unsere Ehen und Familien zu stärken und besser zur Entfaltung zu bringen.

Die Menschen in Deutschland haben den Willen zum Kind. Aktuelle Befragungen – im persönlichen Gespräch wie in Meinungsumfragen – belegen, dass in der Liste der dringlichsten Wünsche bei den jungen Menschen das Kind, bei den älteren das Enkelkind an erster Stelle steht. Diese Bereitschaft der Menschen zum Kind wird gegenwärtig aber durch die rechtlichen, ökonomischen und kulturellen Rahmenbedingungen behindert. Deshalb muss der Gesetzgeber den Willen zum Kind und den Erziehungsauftrag der Familien im Arbeits- und Wirtschaftsrecht, im Gesundheits- und Sozialrecht, im Steuer- und Leistungsrecht unterschieden stützen und stärken.

Trennung von Berufs- und Familienort

Die familienfeindliche Struktur der gegenwärtigen Berufs- und Wirtschaftsordnung hat ihren Grund in der Trennung von Erwerbsort und Familienort – von Arbeitsplatz und Familienwohnung. Während die Eltern sich früher in landwirtschaftlichen und gewerblichen Betrieben gleichzeitig der Erziehung und dem Erwerb gewidmet haben, die erziehende Mutter damit auch die in der Arbeit liegenden Möglichkeiten der Begegnung, der Anerkennung und der Einkommenserzielung wahrgenommen hat, bleibt die familiäre Erziehung heute in der Privatheit des Familienlebens und der eigenen Wohnung.

Deshalb ruft das Bundesverfassungsgericht die verfassungsrechtliche Verpflichtung des Staates in Erinnerung, eine kinderfreundliche Gesellschaft zu fördern. Der Schutzauftrag für Ehe und Familie (Art. 6 GG) und die Gleichstellung von Mann und Frau in der Teilhabe am Arbeitsleben (vgl. Art. 3 Abs. 2 GG) »verpflichten den Staat und insbesondere den Gesetzgeber, Grundlagen dafür zu schaffen, dass Familientätigkeit und Erwerbstätigkeit aufeinander abgestimmt werden können und die Wahrnehmung der familiären Erziehungsaufgabe nicht zu beruflichen Nachteilen führt«. Das Nebeneinander von Erziehungs- und Erwerbstätigkeit muss für beide Elternteile rechtlich und tatsächlich ermöglicht, eine Rückkehr in eine Berufstätigkeit und ein beruflicher Aufstieg auch nach Zeiten der Kindererziehung eröffnet werden. So lange Berufstätigkeit und Familientätigkeit sich auf Dauer ausschließen, spalten wir unsere Gesellschaft. Erst wenn Erziehungs- und Er-



»Ein Skandalon: Eltern und Mütter sind im Generationenvertrag kaum aus eigenem Recht beteiligt.«

werbstätigkeit als gleichwertige Leistungen für die Gemeinschaft anerkannt werden, gewinnen wir Zukunft und Einheit unserer Gesellschaft zurück. Dazu wird mittelfristig auch gehören, dass die Erziehungsleistung honoriert wird.

Der Generationenvertrag

Gegenwärtig hat die familiäre Erziehung nur noch den wirtschaftlichen Wert, dass die Eltern bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Alter und Notfällen einen Unterhaltsanspruch gegen ihre Kinder gewinnen, also durch ihre Kinder soziale Sicherheit erfahren. Auch dieser wirtschaftliche Wert der Erziehungsleistung ist aber im Generationenvertrag der öffentlichen Sozialversicherung kollektiviert, von der familiären Erziehungsleistung gelöst und sogar gegenüber der Beitragsleistung als geringwertigerer Beitrag im Ge-

nerationenvertrag herabgewürdigt worden. Dadurch wird die sozialstaatliche Errungenschaft der öffentlichen Sozialversicherung, die auch den Kinderlosen wirtschaftliche Sicherheit im Krisenfall bietet, zu einem rechtsstaatlichen Skandalon: Die alleinigen Träger dieses Generationenvertrages, die Eltern und in erster Linie die Mütter, sind in diesem »Vertrag« nicht oder kaum aus eigenem Recht beteiligt. Hier fordert der Verfassungsauftrag des Familienschutzes und der Gleichberechtigung von Mann und Frau strukturelle Veränderungen.

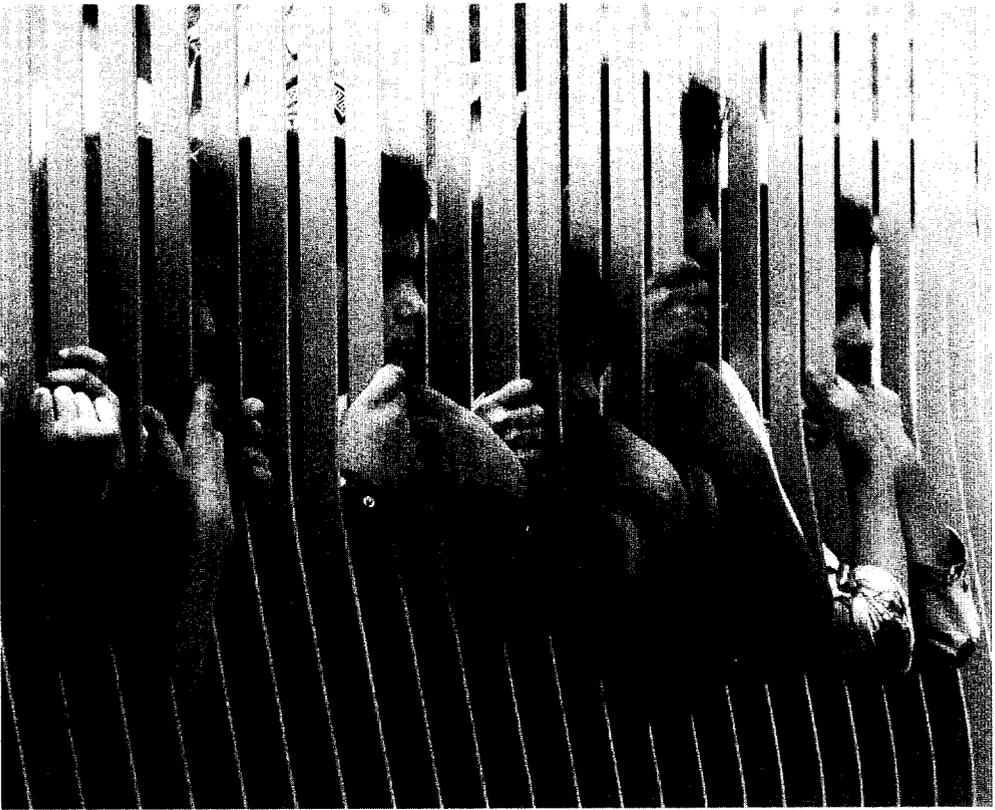
Wenn das Familienrecht den Unterhaltsanspruch der Eltern gegen die Kinder weiterhin anerkennt, das öffentliche Recht der Sozialversicherung die Kinder jedoch vorrangig verpflichtet, die Erwerbstätigen und nicht die Erziehenden zu finanzieren, so kehrt sich der verfassungsrechtliche Ge-



danke der familiären Unterhaltsgemeinschaft in sein Gegenteil: Im alltäglichen Normalfall muss das Ehepaar mit Kindern zur Erfüllung des Erziehungsauftrags auf die Erwerbstätigkeit eines Elternteils, damit auf dessen Einkommen und Rentenanspruch verzichten, hat dafür aber die Aufwendungen für Kinder zu tragen, während ein Paar ohne Kinder über zwei Einkommen, zwei Rentenansprüche und deren Kumulation im Hinterbliebenenfall verfügt. Der Staat organisiert die sozialstaatliche Er rungenschaft einer Sicherung in Alter und Krise für alle – auch die kinderlosen – Erwerbstätigen, zwingt aber die Kinder, die eigenen Eltern, die ihnen Erziehungsleistung und Erziehungsaufwand zugewandt haben, leer ausgehen zu lassen.

Deshalb hat das Bundesverfassungsgericht im Urteil zu den »Trümmerfrauen«

festgestellt, die gesetzgeberische Entscheidung, »dass die Kindererziehung als Privatsache, die Alterssicherung dagegen als gesellschaftliche Aufgabe gilt«, benachteilige die Familie, ohne dass es dafür »angesichts der Förderungspflicht aus Art. 6 Abs. 1 GG einen zureichenden Grund gebe«. Der Gesetzgeber hat »jedenfalls sicherzustellen, dass sich mit jedem Reformschritt die Benachteiligung der Familie tatsächlich verringert«. Ausgangspunkt für eine familien gerechte Ausgestaltung des Systems der Sozialversicherung ist die Gleichwertigkeit von Erziehungsleistung und Erwerbsleistung: Kindererziehung und monetäre Beitragsleistung sind als Grundlagen der öffentlichen Sozialversicherung gleichwertig und müssen zu gleichwertigen Leistungen führen. Diese Sicht des Generationenvertrages vermeidet den gegenwärtigen Wirklichkeits-



Die Bereitschaft der Menschen zum Kind wird durch rechtliche, ökonomische und kulturelle Rahmenbedingungen behindert.

verlust, der die Existenz der nachfolgenden Generation unterstellt, ohne sie aber als Bedingung der Versicherungsleistungen zu berücksichtigen.

Der Kinderbedarf im Einkommensteuerrecht

Eltern und Kinder, die Familie, bilden eine Unterhaltsgemeinschaft. Bei den gegenwärtigen Ausbildungs- und Bildungsansprüchen tragen die Kinder kaum zum Unterhalt der Familie bei, beanspruchen vielmehr selbst Unterhalt durch ihre Eltern. Deshalb muss das Einkommensteuerrecht das Kind als Unterhaltsberechtigten erfassen, der an der Verwendung des elterlichen Einkommens teilhat und damit die steuerliche Leistungsfähigkeit der unterhaltspflichtigen Eltern mindert.

Die durch den Kindesunterhalt verminderte Leistungsfähigkeit der Eltern muss deshalb im Rahmen einer progressiven Einkommensteuer in der Bemessungsgrundlage und nicht erst durch Abzug von der Steuerschuld berücksichtigt werden. Den Eltern steht das zur Erfüllung ihrer Unterhaltspflichten benötigte Einkommen selbst nicht zur Verfügung, kann damit auch nicht zur Steuerzahlung verwendet werden. Das zum Kindesunterhalt verwendete Einkommen muss von der Bemessungsgrundlage ausgenommen werden.

Die Höhe des einkommensteuerlich zu berücksichtigenden Kinderunterhalts bestimmt sich in einer folgerichtigen und widerspruchsfreien Rechtsordnung nach den zivilrechtlichen Vorgaben. Deshalb hat die Forderung, den notwendigen Kinder-

unterhalt voll abzuziehen, durchaus eine gewisse Plausibilität für sich. Doch erscheint es im Rahmen gesetzlicher Typisierung vertretbar, nicht den einkommensabhängigen Standard persönlicher Lebensführung, der nach § 12 ESTG grundsätzlich unerheblich ist, zum Maßstab zu wählen, sondern den Unterhaltsbedarf im erforderlichen Minimum zu bestimmen und diesen in Anlehnung an das Sozialhilferecht zu berechnen. Der Unterschied zwischen dem in voller Höhe berücksichtigten erwerbssichernden Aufwand und dem nur in einer Mindesthöhe beachtlichen existenzsichernden Aufwand kann dadurch gemäßigt oder ausgeräumt werden, dass auch der erwerbssichernde Aufwand vermehrt in Typisierungen erfasst wird, wie sie etwa bei den Abschreibungen geläufig sind.

Die Mindestanforderungen eines Kindesunterhalts sind heute allerdings nicht mehr in einem bloßen Existenzminimum auszudrücken, das dem Kind lediglich Obdach, Kleidung und Nahrung gibt. Das Bundesverfassungsgericht hebt in einer neueren Entscheidung hervor, dass der Mindestbedarf derzeit neben dem Existenzbedarf auch einen Erziehungs- und Betreuungsbedarf umfasse. Der Erziehungsbedarf deckt die Aufwendungen, die Eltern aufzubringen haben, »um dem Kind eine Entwicklung zu ermöglichen, die es zu einem verantwortlichen Leben in dieser Gesellschaft befähigt«, es also in die moderne Welt der Mehrsprachigkeit einführt, an den Entwicklungen des Computer- und Telekommunikationswesens teilhaben lässt, seine Bedürfnisse nach Reisen und internationalen Begegnungen maßvoll erfüllt. Der Betreuungsbedarf entsteht dadurch, dass die Kinder der persönlichen Zuwendung, Erziehung und Begleitung bedürfen (Art. 6 Abs. 2 GG), dieser bei nicht eigenhändiger Erbringung durch die – beide erwerbstätigen – Eltern eine Finanzierung der temporären Ersatzeltern, bei der eigenhändigen Betreuung durch einen Elternteil dessen Einkommensverzicht zur Folge hat.

Das Existenzminimum wird in Anlehnung an das Sozialhilferecht berechnet, der Erziehungsbedarf ähnlich dem bisherigen Haushaltsfreibetrag (§ 32 VII ESTG) bemessen, der Betreuungsbedarf ähnlich dem Abzugsbeitrag für Kinderbetreuungskosten (§ 33c ESTG) quantifiziert.

Die Zukunft unseres Staates und unserer Wirtschaft liegt in einer freiheitsfähigen Jugend. Die Zentralfrage gegenwärtiger Innenpolitik lautet, ob wir eine im Erwerbstreben sterbende oder im Kind vitale Gesellschaft sein wollen. Diese Frage muss sehr bald von den freiheitsberechtigten Menschen, aber auch durch die vom Gesetzgeber begründeten Rahmenbedingungen beantwortet werden.

FRANK BERTSCH
Quantitative oder qualitative Familienpolitik

Von einer konsumtiven zu einer investiven Strategie

Rien ne va plus? Die auch in den nächsten Jahren beengte Haushaltslage des Bundes, der Länder und der Gemeinden darf nicht als Vorwand benutzt werden, eine innovative Kinder-, Jugend- und Familienpolitik zu vertagen. Politik ist – wenn sie es wirklich will – auch in widrigen finanziellen Umständen handlungsfähig. Sie steht vor der Entscheidung: Sollen knappe öffentliche Mittel vorrangig für den konsumtiven Lebensunterhalt von Kindern und Eltern oder primär investiv für Zwecke der Humanvermögensbildung und der dafür vorgesehenen sozialkulturellen Infrastrukturen bereit gestellt werden? In der 14. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages folgte die Politik unter dem Einfluss der familienpolitischen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts in den 90er Jahren der ersten Alternative. Kindergeld und kindbezogene ein-

kommenssteuerliche Freibeträge wurden sehr deutlich aufgestockt. Das umstrittene Ehegattensplitting wurde gehalten.

Inzwischen hat ein politischer Paradigmenwechsel stattgefunden. Angesichts der großen Defizite in der Kindertagesbetreuung und in der Schulbildung wird in der 15. Legislaturperiode die zweite Alternative zum Tragen kommen (Regierungserklärung des Bundeskanzlers vom 29. Oktober 2002). Hierbei geht es nicht allein um mehr Ganztagsplätze in der Kindertagesbetreuung und um mehr Ganztagschulen, sondern ebenso um neue Bildungsangebote und individuelle Förderangebote für Kinder und Jugendliche in Kindergärten und an Schulen, und auch um bessere gesundheitliche Vorsorgeleistungen und vollständigere Versorgungsleistungen. Vor die Alternative gestellt, entweder das monatliche Kindergeld um 5 EURO zu erhöhen oder aber das Kostenäquivalent in Höhe von jährlich rd. 1 Milliarde EURO in die Humanvermögensbildung (und eine bessere Vereinbarkeit der Familien- und Erwerbsarbeit) zu investieren, hat sich die Bundespolitik sinnvollerweise für das Letztere entschieden. Diese Politik entspricht den Erfordernissen der entstehenden Wissensgesellschaft.

Nach dem Wechsel der Strategie wäre es bei überaus engen öffentlichen Haushalten ein legitimer und verständlicher Schritt, finanzielle Mittel und politische Handlungsspielräume nicht allein, aber auch über Umschichtungen aus dem konsumtiven Bereich zu gewinnen. Lange vernachlässigte Aufgaben der Generationenpolitik verlangen eine wirksamere Allokation der knappen Finanzmittel, Einsparungen an einer Stelle, um frei werdende Mittel an anderer Stelle mit einer höheren kinder-, jugend- und familienpolitischen Effizienz einzusetzen. Einsparungen können in Erwartung eines Wiederanstiegs der wirtschaftlichen Tätigkeit und des Steueraufkommens sachlich begrenzt und zeitlich befristet werden, beispielsweise auf zwei Jahre.

Zu denken wäre etwa an eine begrenzte und vorübergehende Herabsetzung des Erziehungsgeldes (monatlich bis zu 307 EURO bis zum Ende des 2. Lebensjahres oder bis zu 460 EURO bis zum Ende des 1. Lebensjahres des Kindes) und des einkommenssteuerlichen Freibetrages für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung des Kindes (jährlich 2.160 EURO) zugunsten der Gestaltung der Kindertagesbetreuung in Krippen und Kindergärten. Auch der Vorteil des Ehegattensplittings (mit dem Faktor 2) könnte zeitlich befristet eingeschränkt werden (auf einen Faktor zwischen 1,5 und 2). Alle Gebietskörperschaften würden auf diese Weise unmittelbar und zeitnah zusätzliche Mittel für neue Maßnahmen zugunsten der Humanvermögensbildung und der besseren Vereinbarung von Familie und Beruf erhalten.

Eine Umschichtung allein innerhalb des konsumtiven familienpolitischen Sektors – zum Zwecke etwa der Finanzierung eines degressiven Kindergeldes bzw. einer generellen Grundsicherung für Kinder bei Niedrigeinkommen der Eltern – würde dagegen den hier beschriebenen Weg einer innovativen Politik in den Lebensräumen von Familien erneut blockieren. Wichtiger in diesem Zusammenhang wäre es, bei der geplanten Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes die Regelsätze für Kinder und Jugendliche zu erhöhen.

Familienhaushalte in der Wissensgesellschaft

Der Weg der Wissensgesellschaft ist bereits beschritten. Sie verlangt ein Humanvermögen gebildeter Menschen. In den Mittelpunkt rückt die Qualifizierung der Humanvermögensbildung; eine weit bessere Allgemeinbildung von Kindern und Jugendlichen und eine berufliche Ausbildung möglichst aller. Der gesellschaftliche Wandel erfordert eine Aktivierung der Bildungsinstitutionen auf der ganzen Linie der Sozialisation. Das Bildungssystem muss sich auf die Ver-



Foto: Voller Ernst/Siegfried Steinach

Familienpolitik in der letzten Legislaturperiode: Kindergeld und Freibeträge wurden aufgestockt, das Ehegattensplitting gehalten.

mittlung gleicher Bildungschancen einstellen. Eine Vergeudung humaner Ressourcen ist nicht hinnehmbar. Bei herkunftsbezogenen Benachteiligungen müssen Kindergärten und Schulen vom frühen Kindesalter an ungleiche Bildungslagen über Maßnahmen einer individuellen Förderung ausgleichen und so zu einem anerkannten Schulabschluss befähigen.

Familien mit ihren Kindern bilden die Basis der Zivilgesellschaft. Diese Basis zeigt im gesellschaftlichen Wandel Risse. Familien erweisen sich in der Bewältigung ihres Lebens zumeist als kompetent und leistungsfähig, auch in der Sorge um die Entwicklung ihrer Kinder. Alltagsleben hat sich in Deutschland jedoch stark ausdifferenziert. Familien haben ihr Leben aus höchst unterschiedlichen Lebenslagen zu bewältigen. Kinder und Jugendliche aus sozial schwachen Familien und belasteten Milieus sind notwendig auf eine aktive externe Förderung angewiesen. Es gilt in

Deutschland den fundamentalen Widerspruch aufzulösen, dass auf der einen Seite die Humanvermögensbildung an Bedeutung gewinnt, während auf der anderen Seite Bildungsarmut und – generationenübergreifend – eine soziale Vererbung von Bildungsarmut unverändert zunehmen. Der Prozess der Segmentierung erfordert nicht nur eine Umverteilung von Einkommen, sondern mehr noch eine Vermittlung neuer Lösungsangebote und Entwicklungschancen. Der aktivierende Sozialstaat steht vor seiner Bewährungsprobe.

Familien wollen nicht ideologisch hofiert werden. Sie beanspruchen als selbständige basale Akteure in der modernen Zivilgesellschaft einen primären Status. Das Problem ist, dass dieser Anspruch, der in der Logik der Wissensgesellschaft liegt, weder von der marktzentrierten Wirtschaft noch in der Politik der staatlichen Ebenen verstanden und respektiert wird. Dies lässt sich vielfach nachweisen. In der Wissens-

gesellschaft ist die bisherige Randstellung der Familien kontraproduktiv. Funktionseliten, die Familien gegenüberstehen, sollten diese in Handlungskonzepte besser einbeziehen und Lösungen aushandeln. Eine Strategie des Dialogs und der Partizipation – auf welcher Ebene, auf welchen Feldern und in welcher Form auch immer – wird Familien als selbständige basale Akteure ermutigen und stärken.

Impulse in den Sozialräumen der Lebensstandorte

Die Städte Deutschlands drohen unter dem Regime der Haushaltsrestriktionen zu erstarren. Die Zukunft ihrer Standortqualitäten hängt von einer gleichrangigen Entwicklung »harter« und »weicher« Standortfaktoren ab. Zu einer integrierten Entwicklungsplanung sehen sich die kommunalen Selbstverwaltungen in vielen Fällen jedoch nicht in der Lage. In Städten und Landkreisen werden gegenwärtig soziale und kulturelle Infrastrukturen resigniert Schritt für Schritt eingeschränkt und abgebaut. Es ist deshalb eine von der Kommunalpolitik mit zu verantwortende weitere Destabilisierung kommunaler Sozialräume zu befürchten. In Städten Ost- und Westdeutschlands entscheiden Weichenstellungen heute darüber, ob sich in den kommenden Jahren der Zerfall verdichteter städtischer Sozialräume fortsetzt oder aber aufgefangen wird. Die kritische Lage vieler Städte wird mehr und mehr zu einer gesamtstaatlichen Herausforderung. Eine Gemeindefinanzreform ist unerlässlich. Bund und Länder müssen ihre Städtepolitik entschieden aktivieren.

Das Bund-Länder-Programm »Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Die Soziale Stadt« sollte in der 15. Legislaturperiode einen neuen Anlauf mit einem effizienten Management unternehmen. Gestärkt werden sollten vor allem Fähigkeiten der sozialen und kulturellen Intervention in den ca. 250 benachteiligten Stadtteilen des Programms.

Die belasteten Stadtteile des Bund-Länder-Programms benötigen eine interdisziplinär organisierte sozialräumliche Prozesssteuerung gegen die Segregation der Lebensverhältnisse, wie sie der *Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge* vorschlägt. Die »Empfehlungen des Deutschen Vereins zur Sozialverträglichkeit als Bestandteil kommunaler Entwicklungsplanung« (NDV 9/2001) entwickeln Standards für kooperative Beteiligungs- und Planungsprozesse, die »soziale, wirtschaftliche, ökologische und räumliche Gesichtspunkte« integrieren. Das Bund-Länder-Programm sollte Städte beim Aufbau einer sozialverträglichen Entwicklungsplanung und Prozesssteuerung unterstützen.

Strukturpolitisch kommt es darauf an, sozialkulturelle Fördermaßnahmen mehr als bisher auf die vielen benachteiligten Stadtteile zu konzentrieren. Gesellschaftsnahe Ressorts in Bund und Ländern sollten bereit sein, ihre eigenen Fördermaßnahmen weitergehend als bisher mit dem Bund-Länder-Programm zu verbinden. Das Bundesfamilienministerium könnte – wie dies mit seinem Programm »Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten« bereits geschieht – z.B. das »Armutspräventionsprogramm«, den »Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen« oder das »Netzwerk für örtliche und regionale Familienpolitik« enger mit dem Bund-Länder-Programm koordinieren.

Eine generationenbezogene Kommunalpolitik erfordert Zuständigkeiten für Kinder und Jugendliche, für Familien und für Frauen sowie für Senioren. In Städten des Bund-Länder-Programms sollte es auch eine ausgewiesene Ämterzuständigkeit für Familien geben. Aus einer solchen Zuständigkeit wächst die Prozessorenrolle einer kommunalen Familienpolitik.

Als ein neues Instrument sozialräumlicher Prozesssteuerung könnten in destabilisierten städtischen Quartieren »Anlaufstellen zur Alltags- und Krisenbewältigung«

**Familienpolitischer
Paradigmenwechsel, um
die Defizite in der
Kinderganztagsbetreuung
und Schulbildung zum
Tragen zu bringen.**



Foto: Voller Ernst

(*Uta Meier*) geschaffen werden. Diese Anlaufstellen benötigen ein interdisziplinäres Team. Sie sollten zu Information und Aussprache, zu organisatorischer Hilfestellung und hauswirtschaftlicher Beratung, zur Vereinbarung, Koordinierung und Vermittlung spezieller Hilfen, zu Krisenintervention und Förderung von Individuen und Haushalten befähigt sein.

Einrichtungen der Kindertagesbetreuung sollten generell in die Rolle einer auf lokaler Ebene zentralen Sozialisationsinsti-

tution für Kinder im Vorschulalter hineinwachsen (*Uta Meier*). Voraussetzung hierfür ist eine sehr viel dichter gestaltete Zusammenarbeit der Kindertageseinrichtungen insbesondere mit Eltern, mit anderen Betreuungs-, Bildungs-, Beratungs- und Gesundheitsangeboten in freier und kommunaler Trägerschaft, mit Kinderärzten und mit Schulen.

Erweiterte Leistungsangebote der Kindertageseinrichtungen sind für Eltern und Kinder in benachteiligten Sozialräumen

und Lebensumständen besonders wichtig. Pädagogische Fähigkeiten der Frühförderung von Kindern sind in solchen Lebenslagen von großer Bedeutung. Der Einstieg von Kindertagesstätten in die erweiterte Funktion einer allgemeinen lokalen Sozialisationsinstanz sollte vorrangig in benachteiligten Sozialräumen angestrebt werden.

Managementlücken der Familienpolitik

Den Deutschen werden Managementfähigkeiten nachgesagt. Die Politik für Familien, die sich allzu oft in ideologischen Scharmützeln verstrickt, befindet sich hierzu in einem eklatanten Gegensatz. Die Familienpolitik krankt an Managementdefiziten, die bei einer Bereitstellung hoher finanzieller Mittel von vornherein das Spektrum politischer Handlungsmöglichkeiten und Einflussnahmen auf die Lebensbedingungen von Familien einschränken. Managementdefizite bilden den Kern des Problems. Hinzu kommt eine wenig produktive Allokation der Ressourcen. Die einseitige Ausrichtung der Familienpolitik auf den allgemeinen Familienlastenausgleich führte – unterstützt durch Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts – in eine Sackgasse. Sie ist angesichts der sich ausdifferenzierenden Lebensverhältnisse der Familien weit zurück geblieben und zu wenig innovativ.

Eine Politik, die für Eltern und Kinder Chancen der Lebensbewältigung mehren will, erfordert nicht nur allgemeine Rechts- und Förderinstitutionen, sondern ebenso eine über alle staatlichen Ebenen vernetzte Organisation konkreter Aufgabenstellungen und eine entwickelte partnerschaftliche Zusammenarbeit mit freien gesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Akteuren, – verlangt eine *Corporate Governance*. Die Zivilgesellschaft erwartet auf allen staatlichen Ebenen engagierte familienpolitische Prozessorenrollen, mithin das Gegenteil eines staatlichen Rückzugs. Arbeitsteilige Zuständigkeiten und selbständige Prozessoren-

rollen von Bund, Ländern und Gemeinden stehen einer vernetzten Organisation familienpolitischer Aufgabenwahrnehmung keinesfalls im Wege; sie bilden vielmehr Voraussetzungen einer effizienten Umsetzung.

Anläufen der Familienministerien des Bundes und der Länder, eine selbständige kommunale Familienpolitik zu entwickeln war kein nachhaltiger Erfolg beschieden. In der überwiegenden Zahl der Kommunen fehlen erklärte familienpolitische Zuständigkeiten in der Verantwortung von Dezernaten und Ausschüssen der Gemeindevertretungen. Deshalb gibt es auch keine familienpolitischen Fachpläne und keine zusammenhängenden familienpolitischen Prozesse. In der Generationenpolitik der Kommunen klafft eine Lücke. Weil der Rahmen einer kommunalen Fachpolitik fehlt, können sich zwischen den Familienpolitiken der Länder und ihrer Kommunen systematisch angelegte langfristige Interaktionen auch nur schwer entwickeln. Eine organisierte Familien-, Kinder- und Jugendpolitik der Kommunen ist außerdem eine operative Voraussetzung für gemeinsame infrastrukturelle Vorgehensweisen von Bund, Ländern und Gemeinden.

Es fehlt auch eine Vernetzung der Familienpolitiken des Bundes und der Länder. Abstimmungen in der Gesetzgebung zwischen Bundestag und Bundesrat reichen hierfür nicht aus. Geboten wäre vielmehr eine politische Zusammenarbeit auf der Regierungsebene, eine Zusammenarbeit der Fachminister(innen) des Bundes und der Länder unbeschadet ihrer unterschiedlichen politischen Orientierungen. Eine solche Zusammenarbeit – etwa im Rahmen regelmäßiger Familienministertreffen oder einer Familienministerkonferenz – ist bisher nicht zustande gekommen. Trotz eines hohen Gestaltungs- und Abstimmungsbedarfs sind die Fachminister(innen) des Bundes und der Länder nach der Wiedervereinigung Deutschlands kein einziges Mal zu Beratungen zusammen getreten. Das letzte (ergeb-

nisreiche) Ministertreffen fand auf Einladung der damaligen Bundesfamilienministerin Süssmuth noch vor der Wiedervereinigung statt. Die mangelnde Gestaltungsfähigkeit der Familienpolitik in Deutschland hat eine Ursache. Sie ist auf die Verweigerung einer Bund-Länder-Zusammenarbeit auf der Ebene der Regierungen zurückzuführen. Die Folge sind schwache partikuläre Politiken des Bundes und der einzelnen Länder.

Die Verwaltungen der Familienministerien sind sich dieses profunden Mangels bewusst. Die Fachleute wissen, dass es unbeschadet unterschiedlicher politischer Orientierungen der Regierungen einen großen Fundus gemeinsamer Interessen und viele Handlungsfelder der Familienpolitik gibt, die sich bei einem Zusammenwirken erfolgreich entwickeln ließen. Gemeinsame Zielsetzungen der Familienminister(innen) würden in Deutschland familienpolitische Prioritäten setzen und einer Umsetzung Perspektive verleihen.

In einer plural verfassten, demokratischen Gesellschaft kann Familienpolitik nur im partnerschaftlichen Zusammenwirken staatlicher Prozessoren mit gesellschaftlichen und marktwirtschaftlichen Kräften gelingen. Dies ist unmittelbar einsehbar, wenn man etwa an Fragen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder an Aufgaben der vielen freien Träger der Wohlfahrtspflege denkt. Auch in der Familienpolitik hat der aktivierende Sozialstaat eine unternehmende Prozessorenrolle wahrzunehmen, die freie gesellschaftliche und wirtschaftliche Akteure partnerschaftlich beteiligt. Auf gestaltende Managementaufgaben sind jedoch die Verwaltungen auf den staatlichen Ebenen nur ungenügend vorbereitet. Ein großes Potenzial von Gestaltungsmöglichkeiten wird deshalb in der Generationenpolitik nur unvollständig ausgeschöpft.

Auf der einen Seite kann das in den Ministerien des Bundes und der Länder mit familienpolitischen Aufgaben betraute Ver-

waltungspersonal als ebenso engagiert wie fachlich qualifiziert angesehen werden. Auf der anderen Seite begreifen viele Mitarbeiter der Ministerien den Staat eher in traditionell verwaltungsbezogenen und hoheitlichen Denkkategorien, ohne klare Vorstellungen über den Wandel der Zivilgesellschaft und die Gestaltungsaufgaben eines aktivierenden Sozialstaats zu haben. Die Apparate befinden sich in Teilen nicht auf der Höhe der Zeit. Teilweise führen auch ideologische Sichtweisen zu Realitätsverlusten. Die Verwaltungen der gesellschaftspolitischen Ressorts haben noch nicht überall verstanden, dass gestaltende Politik in einer modernen Zivilgesellschaft Prozessorenrollen mit hohen Managementqualitäten erfordert.

Pointiert gesagt fehlt es einem Teil der Mitarbeiter in gesellschaftsnahen Ressorts an einem modernen Gesellschafts- und Staatsverständnis. Ein solches wird durch Vorbilder, durch Bildungsmaßnahmen und durch strategische Aufgabendefinitionen seitens der politischen Leitungen auch nicht hinreichend vermittelt. Die Verhältnisse de-couvrieren zugleich deutliche Führungsschwächen. Sie sind indessen nicht unabänderlich. Politische Leitungen von Ministerien haben es in der Hand, eine nach innen und außen demokratische *Corporate Identity* zu festigen. Nach innen wäre es erforderlich, ein leistungsfeindliches Pfründenwesen der Parteien zu beenden, das wechselnde Teile der Mitarbeiterschaft demotiviert und verstimmt. Im Außenverhältnis wäre mit der Definition von Zielen und Aufgabenstellungen und von partnerschaftlichen Verhaltens- und Verhandlungsmustern ein aufgeschlosseneres demokratisches Verständnis für gesellschaftliche Zielgruppen und die sie vertretenden Akteure zu wecken. Fest steht, dass eine modernere demokratische sozialstaatliche Identität der gesellschaftsnahen Staatsverwaltungen den Anforderungen einer pluralen Zivilgesellschaft besser entspräche und bedeutende Potenziale produktiver Kräfte freisetzen würde.

MALTE RISTAU

»Gedöns« als Chefsache

Wie Familienfreundlichkeit zum rot-grünen Überraschungsthema wurde

Es hat innerhalb der Regierungsparteien einige Zeit gedauert, dahin zu gelangen, wo sich die Mehrzahl ihrer Wähler befindet und dabei wohlfühlt. Viele Jahre beschrieb und behandelte man die Familie vorwiegend als Fußnote oder Anhängsel von Frauenpolitik (Vereinbarkeit), Bildungspolitik (Ganztagsschule) und/oder Sozialpolitik (Armut). Wo überhaupt von der Familie die Rede war, da ging es meist um Nöte und Lasten. Ignoriert wurde ebenfalls standhaft, dass der frische Wind der Achtundsechziger die Familie weitgehend von autoritären Mustern entrumpelt hat.

Zwischen Herbst 2001 und Frühjahr 2002 haben die Regierungsparteien eine erkennbare Veränderung in ihren *Leitbildern* vollzogen. Eine Gruppe grüner Abgeordneter veröffentlichte ein vielbeachtetes Kinder-Papier. Ein Bundesparteitag der SPD verkündete ein stark modifiziertes Familienbild. Der Bundeskanzler definierte in einer Regierungserklärung das vormalige »Gedöns« zur Chefsache. Zur milliardenschweren Chiffre geriet im Wahlkampf der Ausbau der Kinderbetreuung. Mit gutem Grund wählte Gerhard Schröder wenige Tage vor der Bundestagswahl auf die Frage im SPIEGEL folgende drei Schwerpunkte für die zweite Legislatur: (1) Die Umsetzung und Weiterentwicklung der Hartz-Vorschläge, (2) die Reform der sozialen Sicherung sowie (3) Kinderbetreuung/Familienfreundlichkeit.

Die Familienpolitik wurde zu einem Überraschungsthema und sie war ein klares Unterscheidungsthema im Wahljahr. Das Wahlergebnis 2002 wurde, was wichtige Wählergruppen angeht, von diesem Thema mit geprägt. Der Wettbewerb der großen Parteien wird sich auch künftig am Thema Familie mit entscheiden. Ob dies die Regie-

rungsparteien, ihre Eliten und ihre Mitglieder, realisiert haben, erscheint offen.

Familie stellt im Verständnis der meisten Menschen die soziale Mitte der Gesellschaft dar. Wer dies nicht begreift, scheitert politisch. Die Gefahr einer Ignoranz ist u.a. deshalb hoch, weil in den jeweils tagesaktuellen Umfragen das Thema Familie selten ganz oben auftaucht. Große Studien abseits der Tagesturbulenzen kommen zu ganz anderen Ergebnissen, etwa eine Befragung von MCKINSEY, STERN und T-ONLINE von 2002. Dabei wurden von 120 Tausend Befragten »Kinder und Familie« gleich hinter »Arbeitsmarkt« auf den zweiten Platz gesetzt, als gefragt wurde: »Wo soll Politik vorrangig aktiv werden?« Erst mit deutlichem Abstand folgten Themen wie Rente, Bildung, Sicherheit oder Umwelt.

Kein anderer Lebensbereich, weder Arbeit, noch Freundeskreis, noch Freizeit, reicht an den Stellenwert der Familie heran. Für 81 Prozent ist die Familie »sehr wichtig«, für weitere 15 Prozent »wichtig«. Die Wertschätzung der Familie ist in besonders hohem Maße – das zeigen alle Jugendstudien – bei den Jüngeren gewachsen: sowohl auf ihre Herkunftsfamilien bezogen, als auch auf ihre eigenen Lebenspläne.

Eindrucksvolle 75 Prozent der Deutschen erklären heute die Familie als ihren wichtigsten Rückhalt. In den angeblich heilen fünfziger Jahren waren es nur knapp 50 Prozent! 91 Prozent – so eine repräsentative Umfrage aus dem Januar 2003 – äußern sich »zufrieden oder sehr zufrieden« mit ihrem Familienleben. Die gewachsene wechselseitige Wertschätzung zwischen Kindern, Eltern, Großeltern ist Teil des positiven Klimas.

Die Familie ist entgegen vielen Prognosen *stabil*, weil sie elastisch und spannkraftig auf Veränderungen reagiert. Die Wandlungsfähigkeit der Familie bei gleichzeitiger Beständigkeit gehört zu den von Politik und Medien hartnäckig ignorierten Befunden sozialwissenschaftlicher Forschung. Die ganz

**Familienministerin
Renate Schmidt berichtete
TV-Moderatorin
Sandra Maischberger
über ihre Aktion »Schau
hin!«, die gewaltfreie TV-
Sendungen unterstützt.**



Foto: dpa/Andreas Altwein

große Mehrheit der Kinder wächst nach wie vor mit beiden leiblichen Eltern auf.

Die Familie ist deshalb so enorm wichtig für die Qualität unserer Gesellschaft, weil sie den Menschen Sicherheit und Wohlbefinden verschafft, unserer Gesellschaft inneren Zusammenhalt gibt und der Wirtschaft Produktivitätspotenziale zuführt. Wir wissen, dass die Wirtschaft immer weniger auf gut qualifizierte Frauen verzichten kann. Und der Bildungsstand ist überall dort signifikant höher, von Frankreich bis Finnland, wo es ganztägige Angebote auch für Kleinkinder unter drei Jahre gibt.

Die Vorstellungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Deutschland in einem überschaubaren Zeitraum kinder- und familienfreundlicher zu gestalten, konzentrieren sich auf drei Felder: Die Förderung einer familienfreundlichen Unternehmenskultur; den Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder (unter Dreijährige); die Stärkung der Erziehungsverantwortung von Eltern.

Was Elternverantwortung und Erziehung angeht, setzt das BMFSFJ stärker als früher auf die offensive Kooperation mit großen

Medien und Unternehmen. Im Rahmen der Gala-Sendung *Goldene Kamera* präsentierte Renate Schmidt im Februar 2003 deshalb ein erstes Mal die Initiative *Schau hin!*. Diese Kampagne zum Thema Medienkompetenz wird vom BMFSFJ, HÖRZU, KARSTADT und ARD getragen. Mit einer großen Stiftung wird derzeit eine weitere interessante Kampagne vorbereitet, mit dem Schwerpunkt Bildung und Betreuung von Kleinkindern.

Die materielle Lage der Familien hat die rot-grüne Bundesregierung in der letzten Legislatur deutlich verbessert. Eine weitere Steigerung von finanziellen Leistungen (etwa für Erziehungsgeld) würde wegen der begrenzten Ressourcen zulasten des notwendigen Ausbaus von Betreuung gehen. Einen erkennbaren Schritt wollen wir allerdings noch in diesem Jahr bei der Verringerung von Kinder- und Familienarmut tun.

Vorrangiges politisches Ziel in dieser Legislatur ist eine bedarfsgerechte Betreuung für Kinder und Jugendliche aller Altersgruppen: in guter Qualität, zeitlich flexibel, bezahlbar und vielfältig.

In Deutschland wird vergleichsweise viel Geld für die Familienförderung ausgegeben.

Mehr ist es – relativ gesehen – in Skandinavien, in Frankreich, in den Niederlanden oder in Kanada auch nicht. Aber es werden in den genannten Ländern bis zu einem Drittel mehr Kinder geboren. Zugleich führt die deutlich höhere Frauenerwerbstätigkeit in diesen Ländern zu weniger Familienarmut.

Mit der Elternzeit und der Teilzeit sind wichtige rechtliche Voraussetzungen für die bessere Balance von Arbeit und Familie geschaffen. Unternehmen können und sollen ihren Teil beitragen – im Rahmen ihrer betrieblichen Möglichkeiten mit flexiblen Instrumenten. Mit der besonderen Förderung haushaltsnaher Dienstleistungen in der Umsetzung der Vorschläge der *Hartz-Kommission* gibt es weitere Erleichterungen für Familien.

Ob Erwachsene den Mut fassen, (mehr) Kinder zu bekommen, hängt ganz wesentlich davon ab, ob sie glauben, dass die Gründung einer Familie weder ihre Berufsausübung erheblich behindert noch das Recht ihrer Kinder auf Zuwendung beschneidet. Deshalb ist es nicht überraschend, dass überall dort, wo es genügend (Tages-) Betreuung gibt, die Geburtenrate deutlich höher ist als bei uns. Das hochgelobte Beispiel Finnland zeigt, dass gute Lösungen für den Nachmittag möglich sind.

Was wir auf keinen Fall brauchen, sind Einheits-Lösungen. Elterninteressen und Kindeswohl gleichermaßen erfordern die Weiterentwicklung eines differenzierten Repertoires: Mit unterschiedlichen *Modulen* öffentlicher und privater Betreuung, verbesserten Kombinationsmöglichkeiten für Eltern sowie einem ergänzenden Set von weiteren Maßnahmen zu Arbeitszeit, Arbeitsorganisation und Unternehmenskultur.

Vielfalt bedeutet Ganztagschulen, Horte, Ganztagskindergärten und Kleinkindbetreuung, in Einrichtungen, durch Tagesmütter, in bürgerschaftlicher Eigeninitiative oder über kommerzielle Dienstleister. Die Bundesregierung hat sich trotz außerordentlich knapper Kassen bereit erklärt, Län-

der und Gemeinden beim Ausbau der Tagesbetreuung mit einem einmaligen 4-Milliarden-Investitionsprogramm im schulischen Bereich sowie mit 1,5 Milliarden jährlich im vorschulischen Bereich, insbesondere bei Kindern unter drei Jahren zu unterstützen.

Wir wollen in diesem Jahr gemeinsam, Bund, Länder und Kommunen wichtige Schritte erkennbar vollziehen. Dabei geht es um die schrittweise Einführung einer bedarfsgerechten Betreuungsquote für Kinder unter drei Jahren. Parallel dazu, aber mit einer weiteren zeitlichen Perspektive wird eine Debatte und eine Verständigung über die Qualität von Erziehung, Betreuung und Bildung geführt werden. Finanzierung und Gestaltung der zusätzlichen Betreuung müssen gesetzlich und/oder per Rahmenvereinbarung geregelt werden. Der Weg ist einigermaßen kompliziert und mit manchen Vorbehalten auf Seiten der Kommunen befrachtet. Dennoch besteht Grund zur optimistischen Annahme, dass im Jahr 2003 die Entscheidungen gefällt werden könnten, die einen Beginn des Ausbaus im Jahr 2004 erlauben.

Ein in der Koalition verabredeter Gipfel der Bundesregierung »Betreuung und Bildung« soll Anfang 2004 eine erste öffentliche Plattform darstellen. Eingeladen zur Vorbereitung sind im Sinne gemeinsamer Verantwortung neben den Ländern und Kommunen gesellschaftliche Partner, insbesondere Sozial- und Wirtschaftsverbände, mit der Bitte um aktive Beteiligung mit Vorschlägen für flankierende Aktivitäten.

Eine deutliche Verbesserung der Balance von Familie und Arbeitswelt bringt wichtige Vorteile: für unsere Volkswirtschaft, betriebswirtschaftliche für die Unternehmen, für die Bevölkerungsentwicklung und für die Stabilität der sozialen Sicherung. Gewerkschaften ebenso wie Unternehmen und ihre Verbände signalisieren, dass Familienfreundlichkeit für sie einen hohen und zum Teil auch neuen Stellenwert hat. Eine neuartige und einflussreiche *Allianz für die Familie* wird erkennbar.

b. Ehe-Familie-Generationen

WIELAND FREUND Die flexible Familie

Über die Familie lässt sich nur schwer sprechen. Zum einen ist sie ein einzigartig komplexes soziales Gebilde, das Verallgemeinerung über kontinentale oder nationale Grenzen, über die Grenze jeder einzelnen Türschwelle hinaus kaum zulässt. Zum anderen operiert, wer dennoch über *die* Familie zu sprechen wagt, zumeist mit einer in jedem Fall problematischen Grundannahme: Veränderungen in Funktion, Struktur oder Wesen der Familie werden oft von einem Bild der Familie aus gedacht, das selbst nur ein Kapitel in der letztlich unüberschaubaren Geschichte ihrer Veränderung ist. Über die Familie lässt sich nur schwer sprechen, weil sie nie ist, was sie war, und nicht einmal war, wie sie in der nachträglichen Abgleichung mit ihrer gegenwärtigen Gestalt erscheint. Der Signifikant »Familie« ist, allein weil er die zentrale Einheit menschlichen Zusammenlebens beschreibt, so dynamisch wie sein Signifikat. Im Diskurs über die Familie macht Wehmut sich deshalb verdächtig. Wer den Verlust familiärer Traditionen beklagt, sollte wissen: Die erste Tradition der Familie ist ihre Veränderung in der Zeit.

Die Erzählung der Geschichte dieser Veränderung bis zum Hier und Jetzt macht dabei stets dieselben Fehler. Entweder beschreibt sie die Entwicklung der Familie als teleologisch, oder sie konstatiert Brüche, die gerade in ihrer thesenhaften Zuspitzung zwar provokant und eingängig sind, nicht jedoch wahrscheinlich. Muster teleologischen Denkens finden sich beispielsweise in den einflussreichen Theorien Talcott Parsons, in denen die kleine, überschaubare Kernfamilie als quasi-evolutionäres Ergebnis eines Lebens im Kapitalismus erscheint.

Tatsächlich ist die Familie auch eine ökonomische Struktur, ihre Anpassungsfähigkeit an die Gesetze der Ökonomie jedoch ist so beeindruckend wie letztlich begrenzt. Die Geschichte der Veränderung der Familie reagiert auf Religion und Weltanschauung ebenso wie auf die sich wandelnde Ökonomie. Familie ist mehr als eine Wabe im Bienenstock der Arbeitswelt, aber auch kein Fähnlein im Wind weltanschaulicher Revolutionen. Von einer geschichtlich lokalisierbaren Erfindung der Liebe zwischen den Elternteilen oder zu den Kindern auszugehen, wie das gelegentlich Mentalitätshistoriker tun, macht wenig Sinn. Allein die von Liebeswünschen volle Literatur lange vergangener Jahrhunderte belehrt uns da eines Besseren.

Weder also ist die Familie eine ehemalige, heute ins Innerliche gewendete Zwangsgemeinschaft zum Zwecke des wirtschaftlichen Überlebens noch ist sie ein in der Welt der Ökonomie quasi-evolutionär gesund geschrumpftes Erfolgsmodell. Bezeichnenderweise redete während der Arbeitsmarkt-Debatten des zurückliegenden Jahres niemand von der »Wir-AG«. Haben Ich-Aktionäre keine Kinder?

Eine Hochleistungsgesellschaft hat keine Kinder

Der Journalist Dirk Kurbjuweit spricht in seinem soeben erschienenen Buch *Unser effizientes Leben* von einer »MCKINSEY-Gesellschaft«, die das Leben in all seinen Facetten auf Effizienz trimmt. Eine Hochleistungsgesellschaft aber hat keine Kinder, die Demografie weiß mehr davon. Dort, wo die Postmoderne ein Teil der Geschichte des sich fortentwickelnden Kapitalismus ist, bedroht sie die Familie als Ort der Kinder. Im Drift der Gesellschaft der Gegenwart, im Drift von sozio-ökonomischer Postmoderne



»Die erste Tradition der Familie ist ihre Veränderung in der Zeit«.

und Globalisierung, wandelt sich die Familie zur flexiblen Familie, die von der gesellschaftlichen Fragmentierung und den ständig wachsenden ökonomischen Herausforderungen zwar ernsthaft bedrängt wird, gleichzeitig aber an den neuen Herausforderungen wachsen und von der rasanten Folge der Traditionsbrüche profitieren kann.

Anthony Giddens weiß eine tröstliche Anekdote aus der Geschichte der Veränderung der Familie zu erzählen: »(Meine Großtante) muss eine der längsten Ehen überhaupt geführt haben, denn sie lebte mehr als 60 Jahre mit ihrem Mann zusammen. Und sie gestand mir einmal, dass sie die ganze Zeit über zutiefst unglücklich war. Damals gab es für sie kein Entkommen«.

Tatsächlich ist der Wandel der Familie zur flexiblen Familie auch im Inneren ihrer

Struktur historisch abhängig von der erst im letzten Jahrhundert gewonnenen Selbständigkeit der Frau. Erst ihre endgültige rechtliche und ihre leider nur allmähliche wirtschaftliche Gleichstellung macht die flexible Familie mit zwei potentiellen Ernährern möglich. Erst der auch faktisch realisierbare Bruch mit dem christlichen Scheidungsverbot flexibilisiert darüber hinaus die Strukturen der Familie selbst.

In der Kultur des sich wandelnden Kapitalismus befinden sich beinahe sämtliche Institutionen im permanenten Umbau. Die Produktion ist flexibilisiert und mobilisiert, die neuen Netzwerke arbeiten dezentral. Die Familie verändert sich mit. Gerade die Mobilisierung von Arbeit stellt Eltern vor Herausforderungen, die um Vieles größer sind als sie zu Zeiten der die Familie radikal verän-

dernden Industrialisierung waren. Schon ein Schulbesuch ohne Brüche ist kaum planbar, die Kinder der postmodernen Gesellschaft müssen sich meist mehr als einmal ein neues soziales Umfeld jenseits des Elternhauses aufbauen, dessen Beständigkeit die Eltern wiederum nicht garantieren können, die Idee einer einzigen Heimat, vielleicht gar der Heimat selbst verschwindet. Gleichzeitig jedoch verspricht die Dezentralisierung der Familie ungeahnte Möglichkeiten. Zumindest einigen Privilegierten gelingt es, Zuhause und Arbeitsplatz wie in einem historischen *Déjà-vu* wieder zu verschmelzen und der forcierten Mobilität durch beinahe ortloses Arbeiten ein Schnippchen zu schlagen. Kinder postmoderner Heimarbeiter haben, trotz aller elterlichen Schwierigkeiten mit der gleichzeitigen Organisation von Arbeit und Haushalt, die Chance, tatsächlich mit beiden Elternteilen zu leben, ohne dass einer dieser Elternteile ganz auf die notwendigen Herausforderungen einer Erwerbsarbeit verzichten müsste und der andere von seinen Kindern kaum mehr kennt als ihr *Zubettgeh*-Ritual. Allerdings sind Heimarbeiter in vielen Fällen Selbstunternehmer in der Risikogesellschaft und können das familiäre Bedürfnis langfristiger Planung wenn überhaupt nur unter großen Schwierigkeiten erfüllen.

Notwendig bietet die zur Flexibilität gezwungene Familie – ganz gleich, welcher Elternteil wo arbeitet – weniger Sicherheit als beispielsweise das mittlerweile historische Modell der Wirtschaftswunderzeit, das einen außer Haus arbeitenden Vater und eine den Haushalt führende Mutter voraussetzt. Vielleicht jedoch ist dieser Preis mangelnder Sicherheit und fehlender Berechenbarkeit geringer als es den Anschein hat. Weil die flexible Familie keinen verlässlichen Ernährer kennt, weicht sie über die Anschauung nachwachsender Generationen allein überkommene Rollenmodelle endgültig auf. Das jedoch wiederum kann nur eine gute Nachricht sein.

Die Familie, nicht die Ehe ist förderungswert

Für die flexible Familie jedoch stehen nicht nur die Rollenverteilung und die alte Idee der Heimat als singulärer Ort der Kindheit zur Disposition. Denn auch die so genannte Blutsverwandtschaft ihrer Mitglieder ist nicht länger notwendig ein Merkmal der Familie. Das Ende des Scheidungsverbots und der langsame Abbau der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Beziehungen lassen mit *Patchwork*-Gemeinschaften und so genannten Homo-Ehen Beziehungsgeflechte entstehen, die ebenso Familie sind wie die als traditionell empfundene Vater-Mutter-Kind-Gemeinschaft.

Tatsächlich sind so genannte Homo-Ehen, »wilde« Ehen ohne Trauschein und *Patchwork*-Familien, wenn sie Kinder großziehen, mehr Familie als jede kinderlose Paarbeziehung und Zugewinngemeinschaft. Früher oder später muss die Politik darauf reagieren.

Steuervorteile wie das Ehegattensplitting für kinderlose Paare subventionieren eine bloße Beziehung anstatt die Erziehung von Kindern zu fördern. Nicht jedoch die Ehe, sondern die Familie ist förderungswert.

Tatsächlich ist die derzeitige Veränderung der Familie auf lange Sicht mehr oder minder global. Wo sich alte Rollenmodelle nämlich nicht auflösen, wird die Entwicklung von Politik oder Kirche nur verzögert. Die Traditionsbrüche im Prozess der Globalisierung sind jedoch nur gewaltsam aufzuhalten und letzten Endes nicht nachhaltig umkehrbar.

Für die Familie, die sich langsam zur flexiblen Familie wandelt, Mütter- und Väterbilder verschwimmen lässt, die Idee der Heimat verwerfen lernt und das Konzept der Blutsverwandtschaft aufzugeben bereit ist, ist die neue Kultur des Kapitalismus dabei beides: Chance und Gefahr. Wie so oft winkt die Freiheit, und die Vogelfreiheit droht.

Die Ehe –

»Anfang und Gipfel der Kultur«

Es gäbe Anlass genug, das « Wörterbuch des Unmenschen » – jene klassische Sammlung der Sprachbarbarei des Dritten Reiches von Dolf Sternberger, Gerhard Storz und W. E. Süskind – in unseren Jahren weiterzuführen, vielleicht unter dem Titel: »Wörterbuch des Plastik-Deutschen«. Die Formel von der »Lebensabschnittspartnerschaft« dürfte in jener Anthologie keinesfalls fehlen. Die Kunstvokabel meint ein Zusammenleben, das auf den Schwur der Liebe und Treue bis zum Tode verzichtet, eine zeitlich begrenzte »Beziehungskiste«, eine vorübergehende Koexistenz im Bett, und, sofern die Partner zusammenziehen, auch am Tisch, *kurz*: eine Form der Gemeinschaft, die bestätigt, dass die herkömmliche Ehe ein »Auslaufmodell« ist.

Die Zahl der Heiraten hat sich von 1950 bis 1994 in Westdeutschland um knapp 150.000 (d.h.: ein Fünftel) vermindert, in Ostdeutschland wurde sie in jenem Zeitraum auf ein Viertel reduziert. Im Westen wiederum mehrte sich die Zahl der Scheidungen auf gut vierzig Prozent aller Ehen, in Ostdeutschland auf nicht ganz die Hälfte. Das aber heißt: Einer der Grundpfeiler unserer Gesellschaft beginnt zu wanken – und nirgendwo ein Aufschrei des Entsetzens. Zwar eifert der katholische Klerus, wie es seine Pflicht ist, gegen die Aufkündigung eines der sieben Sakramente. Die Protestanten wiederum sind eher bereit, die Wandlungen zu akzeptieren, wenngleich seufzend und murrend. Immerhin segnen sie auch den Lebensbund geschiedener Partner, ja manchmal selbst gleichgeschlechtliche Partnerschaften. So soll, so muss es sein.

Und dennoch kündigt sich hier eine tiefere Erschütterung an, die in den kommenden Krisen den Boden unter unseren Füßen fortzureißen droht. Thomas Mann, der sich durch eine Herausforderung von eigener

Komik im Jahre 1925 veranlasst fühlte, einen Essay *Über die Ehe* niederzuschreiben, sah – halbwegs gefasst – dem Ende des »urtümlich-patriarchalischen Verhältnisses« zwischen Mann und Frau ins Auge: einer »sozialkritischen Unterminierung« der »biblisch-bürgerlichen Gegebenheit« durch die »Befreiung der radfahrenden, chauffierenden, studierenden, starkgeistig gewordenen, in gewissem Sinn vermännlichten Frau«. (Die Frauenarbeit in den Fabriken übersah er.) Wichtiger: er zitierte den Neukantianer Hermann Cohen, der bündig feststellte: »Der Treue wegen muss die Ehe da sein«.

Natürlich sprach der Marburger Philosoph nicht von der Treue des Fleisches, sondern von der Lebenstreue, die in der Tat nirgendwo in gleicher Weise geborgen ist. Von den »Mischehen« zwischen Deutschen jüdischer und »arischer« Herkunft wurden im Dritten Reich trotz aller Schikanen durch die Bürokratie, die GESTAPO, die nazistischen Vorgesetzten, Kollegen und Nachbarn, ja zum Teil auch die Familien nur etwa sieben Prozent geschieden: das übertraf die Scheidungsrate von 1942 zwar fast um das Zehnfache, aber es grenzt an ein Wunder, dass 93 von hundert jener als »rassenschänderisch« verleumdete und verfolgte Ehen dem Terror standhielten. Spätestens von 1942 an bedeutete freilich eine Scheidung die Deportation des Partners und kam damit einem Todesurteil gleich. Dank der Treue ihrer Partner überlebten 13.000 Menschen.

Hier offenbarte sich die bewegende Einsicht Goethes (in den *Wahlverwandtschaften*), dass die Ehe »der Anfang und der Gipfel der menschlichen Kultur« sei. Keine andere Institution widerstand den Heimsuchungen der Zeit (das galt auch für das Gros der besiegten Deutschen) mit gleicher Verlässlichkeit wie diese Kerngemeinschaft, die ihre Liebe in der Dauer, in der Alltäglichkeit, aber mehr noch in den Prüfungen auf Leben und Tod.

KONRAD ADAM

Generation Ikarus

Eine Antwort an Thomas E. Schmidt
und andere

»75 Prozent der Deutschen
lieben Kinder,
der Rest hat welche.«
Harald Schmidt

Am Ende der Utopien kommt man aufs Selbstverständliche zurück. Man tut das nicht gern, sondern gezwungenermaßen, weshalb die aktuelle Rückzugsliteratur einen auffällig larmoyanten Ton anschlägt. Das Selbstbewusstsein, das in den Wachstumsjahren prächtig gediehen war, ist dahin, der Marsch durch die Institutionen fürs erste vorüber. Die Zu-spät-Gekommenen fühlen sich bestraft und stellen mit Enttäuschung fest, dass der große Aufbruch nur denen etwas gebracht hat, die von Anfang an dabei waren. Um sich bemerkbar zu machen, verzichten sie auf werbende Attribute wie Golf, Berlin oder '68; stattdessen tragen sie ihre Anklagen oder Forderungen im Namen »meiner«, »unserer« oder einfach »dieser« Generation vor. In einem Land, das Vorrechte und Lasten nach Altersklassen zu verteilen pfl egt, ist das die letzte Chance.

Es ist die Tonlage solcher Beiträge, nicht ihre These, die aufhorchen lässt. Was Thomas E. Schmidt in seinem Abgesang auf die schöne Zeit des Wohlfahrtsstaates, der neulich in der ZEIT unter dem Titel *In der Wagenburg der Liebe* (28.11.02) erschien, mitteilt und kommentiert, ist offensichtlich richtig: Weil sich der fürsorgliche Staat übernommen hat, muss die Familie immer öfter einspringen und für sich selbst sorgen. »Der Sommer der Selbstbestimmung und der Eigenverantwortung ist vorüber«, schreibt er kummervoll, »der soziale Konformismus der Fünfziger kehrt zurück«. Der Staat, den Schmidt tatsächlich »väterlich« nennt, ist pleite, und deshalb bleibt ihm gar nichts anderes übrig als Risiko und Selbstverantwor-

tung zu propagieren. Dem Verlust an Handlungs- und Wahlmöglichkeiten, der damit verbunden ist, trauert Schmidt nach; ohne den Gedanken, dass Kinder ein lohnendes Objekt von Handlungs- und Wahlmöglichkeiten sein könnten, auch nur beiläufig zu erwähnen.

Ich weiß nicht, wie Schmidt diesen Staat erlebt hat, kann es mir aber denken. Als Vater von drei Kindern habe ich ihn keineswegs väterlich, sondern räuberisch und ungerecht erfahren; in welchem Ausmaß, darüber geben die von Schmidt erwähnten Zahlen und die einschlägigen Berechnungen des Bundesverfassungsgerichts hinreichende Auskunft. Nach den von Schmidt genannten Sätzen müssen meine Frau und ich Einkommensmillionäre gewesen sein – in EURO gerechnet, nicht in Mark; anders hätten wir unsere Kinderlast ja niemals tragen können. Dass wir es nicht sind und auch nie sein werden, hat viele Ursachen, von denen Schmidts umverteiler Wohlfahrtsstaat allerdings die wichtigste ist.

Er erlaubt der Mehrheit der zeitgerecht, also kinderlos oder kinderarm lebenden Menschen, am Reichtum der Minderheit, die Kinder hat, kräftig zu partizipieren, zumal im Alter. Wenn dieser Schwindel nun allmählich auffliegt und eine Rückbesinnung einsetzt, die der persönlichen Nähe zwischen Eltern und Kindern mehr Gewicht beimisst als den Beziehungen zu einer anonymen Versicherungsgemeinschaft: Was gibt es daran zu bedauern?

Wahrscheinlich muss man, um an der Gegenwart so sehr zu leiden, die Vergangenheit anders erlebt haben als ich. Heinz Bude leidet offensichtlich auch; als er sich neulich in der SÜDDEUTSCHEN zur Generationenfrage äußerte, klang das in der Sache zwar nüchterner und kühler, im Ton aber ganz ähnlich wie bei Thomas E. Schmidt. Auch Bude bedauert, dass diejenigen, die vor zehn Jahren »etwas gewagt« hätten, die Bastelbiografen, Experimentalunternehmer und Patchwork-Fabrikanten, heute so übel dran sind. Jetzt

würden sie auf jene »Normalexistenz« zurückgeworfen, die sie damals so tapfer hinter sich lassen wollten. Obendrein müssten sie, die Avantgarde der neunziger Jahre, nun auch noch erleben, wie ihnen mit unverhohlener Schadenfreude bedeutet wird, dass sie den Mund schon immer zu voll genommen hätten.

Ja haben sie denn nicht? Dass ihr Lebensmodell schon bei der ersten Krise notleidend wurde, spricht ja nicht gerade für die Güte des Entwurfs. Was haben die Avantgardisten denn gewagt, als sie unter den Bedingungen eines überbordenden Wohlfahrtsstaates mit sich und ihren Partnern ein bisschen herumprobierten? Sie wussten doch, wie herrlich sich der Ausbruch aus der Welt der bürgerlichen Normalexistenz vermarkten ließ; die beiden Internet-Akrobaten, die seinerzeit das Loblied auf die Tugend der Orientierungslosigkeit gesungen hatten, haben es vorgemacht. Und selbstverständlich wussten sie auch, dass ihnen nichts Schlimmeres passieren konnte als der Absturz ins soziale Netz. Das war stabil und ziemlich gut gepolstert, gut genug jedenfalls, um manchem Bastelbiografen das Loslassen ziemlich leicht zu machen.

Etwas aufs Spiel gesetzt und dabei oft genug verloren haben doch nicht sie, sondern die Normalexistenzen, die beim Modezirkus der achtziger und neunziger Jahre nicht mitmachen wollten: die Eltern, die sich um ihre Kinder gekümmert haben und dabei die Erfahrung machten, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zwar überall als ein Programm versprochen wird, tatsächlich allerdings auf Grenzen stößt, die nur unter erheblichen Opfern überschritten werden können. Sie haben die Opfer, von denen die anderen gern reden, tatsächlich gebracht. Und werden sie wohl weiter bringen müssen.

So etwas auszusprechen, gilt als reaktionär. Das ist es auch. Es ist die fällige Antwort, *vulgo*: Reaktion auf die Überspanntheiten von Leuten, die geglaubt hatten, den

Menschen, die Gesellschaft, die Familie und was weiß ich von Grund auf neu erfinden zu sollen. Das Ergebnis waren Gesellschafts- und Familienbegriffe, die solange erweitert wurden, bis sie rein gar nichts mehr zu bedeuten hatten. Der Modegeck, der neulich meinte, Familie sei da, wo zwei Leute zusammenwohnen, hat diesen Prozess nur auf die Spitze getrieben. Eine Familie ist aber nicht irgendetwas; sie besteht aus drei, genauer: aus mindestens drei Personen. Ein Kind braucht nicht nur beide Eltern, es braucht auch Gleichaltrige, nach Möglichkeit Geschwister. Nur so haben die Jüngeren die Chance, gegenüber den Älteren jedenfalls ab und an in die Mehrheit zu kommen und damit den Erwachsenen diejenige Erziehung zuteil werden zu lassen, die sie selbst genossen haben. Merkwürdig, dass ausgerechnet die GRÜNEN, die sich so gern zu Anwälten der nachwachsenden Generation aufspielen, auf diese Chance so wenig Wert legen. Manchmal klingen sie so, als sähen sie in der unvollständig genannten die Familie der Zukunft.

Als ich noch Soziologentage besuchte, habe ich tausendmal gehört, dass die Familie *out* sei, *mega-out*. Die Zukunft gehöre dem *Patchwork*, einem Geflecht aus vor-, außer-, neben- und nahehelichen Beziehungen, erklärten die Propheten der Spaßgesellschaft, allen voran Ulrich Beck. Ich habe mich nicht an sie gehalten, und ich bereue das nicht. Denn ich meine, dass ein Leben mit Kindern ein Wert ist, den man nicht weiter zu begründen braucht. Ohne Beruf mag das Leben arm sein, ohne Kinder wird es ärmlich, und das ist schlimmer. Die Lobsänger der außerhäuslichen Kinderbetreuung »von Null bis Sechzehn« wollen das nicht wahrhaben. Sie reden so, als wären Kinder dazu da, so früh wie möglich anderswo abgestellt und von anderen versorgt zu werden, nur nicht von ihren Eltern. Wem immer nur Ganztagsbetreuung einfällt, wenn es um Kinder geht, kann mit Kindern offenbar nicht viel anfangen.



Foto: Voller Ernst

»Endlich setzt eine Rückbesinnung ein, die der persönlichen Nähe zwischen Eltern und Kindern mehr Gewicht beimisst als den Beziehungen zu einer anonymen Versicherten-gemeinschaft«.

Jeder soll leben, wie er kann und will; dann aber auch die Konsequenzen tragen. Davon scheinen die Familienverächter, denen ich so oft gelauscht, aber nie geglaubt habe, nichts wissen zu wollen. Wenn sie den Ruhestand erreicht haben, erwarten und verlangen sie Leistungen, die es ohne die von ihnen verachtete und gemiedene Institution nicht gäbe; denn dass ihre Renten und Pensionen von fremder Leute Kindern aufgebracht werden, wird ihnen doch geläufig sein. Sie rufen nach Früchten aus einem Garten, den zu betreten und zu bepflanzen sie vermieden haben, und haben deshalb Angst, nicht mehr beliefert zu werden. Kein

Kind, keine Rente: diese Gleichung ist ja ein Teil jener Normalität, die sie so gerne hinter sich lassen wollten, die sie jetzt aber einholt.

Sie hatten geglaubt, wie Ikarus in irgendein schönes, fernes Land fliegen zu können; und dabei ein paar elementare Wahrheiten vergessen. Deswegen flogen sie so hoch, dass die Sonne das Wachs ihrer Flügel schmelzen ließ. So stürzten sie ab. Jetzt liegen sie im Wasser und müssen schwimmen, ohne Aussicht, dass der Sozialstaat ihnen einen Rettungsring zuwirft und sie auf Lebenszeit mit Tee und warmen Decken versorgt. Ich kann sie gut verstehen.

Jeder das Ihre

Wo von Generationen die Rede ist, sollte man von Gerechtigkeit lieber schweigen

Unter den Gerechtigkeiten, welche das Zusammenleben in diesem Land regeln, ist die zwischen den Generationen zweifellos die jüngste. Und, so kann man wohl sagen, die derzeit beliebteste. Während die sozialen Gerechtigkeiten schon seit Jahren auf die Altäre der ein oder der anderen partei- und wirtschaftspolitischen Überzeugung geschleppt werden, um dann doch nicht geopfert zu werden, während die Haltbarkeit demokratischer Institutionen in Zeiten der Globalisierung mit einer Halbwertszeit versehen wird, während also beide kontraktualistischen Regelgebäude vorzugsweise im morbiden Licht einer untergehenden Moderne betrachtet werden, durchströmt die Generationengerechtigkeit noch eine erfrischende Brise zukunfts zugewandter Offenheit.

Wo nichts mehr sicher ist, vermittelt das Eintreten für sie das beruhigende Gefühl zumindest auf der richtigen Seite zu stehen, wohin der Weg auch gehen mag. Bei allen Querelen um Facetten will sich keiner, erst recht kein Politiker der Einsicht verschließen, dass es zwischen den Generationen ausgewogen zugehen soll, der Jugend eine gedeihliche Entwicklung und ein auskömmliches Leben ermöglicht werden muss, sie also ihren gerechten Anteil bekommt.

»Wie kann mir erst gegeben werden, was schon meines ist, oder wenn es nicht meines ist, wie kann Gerechtigkeit es dazu machen?« Auf diese zentrale Frage des Philosophen in Thomas Hobbes gerechtigkeits-theoretischem »Dialog zwischen einem Philosophen und einem Juristen über das englische Recht« könnte der Jurist im Fall des intergenerativen Verhältnisses schon allein deshalb keine klare Antwort geben, weil es sich bei dem Generationenvertrag eben nicht um einen Vertrag im juristischen Sin-

ne handelt. Ihm mangelt es an Reziprozität. Während der Alte meint, mit seiner Rente das Äquivalent seiner im Erwerbsleben angehäuften Ansprüche in der Hand zu halten, sieht sich der Junge in der Pflicht, mit seiner Arbeitskraft nicht nur für sein eigenes Einkommen sondern auch für das des Alten aufzukommen. Dieser Verpflichtung steht wiederum keine Gegenleistung gegenüber, die ihr gleich käme. Schon daraus kann man schließen, dass es mit einer vertraglichen Gerechtigkeit zwischen den Generationen nicht weit her sein kann.

Die kontraktualistischen Konzepte, welche die Verfasstheit des bürgerlichen Staates regeln, standen bereits auf dem Papier, lange bevor dieser Wirklichkeit wurde. Und die soziale Gerechtigkeit erfuhr immerhin noch eine normative Unterfütterung als sie schon zu weit um sich gegriffen hatte. Währenddessen lebt die generative Gerechtigkeit als eine Ansammlung von Versatzstücken, die sich kaum zu einem kohärenten Theoriegebäude ordnen lässt.

Schon die Fragen, wie viele künftige Generationen und welche ihrer Anliegen in den Fokus des gesellschaftlichen Interessenausgleichs gerückt werden, lässt die Schwierigkeiten erahnen. Auch wenn sich ein jeder mit einem Blick in die Bilanz der MÜNCHNER RÜCKVERSICHERUNG von dem steilen Anstieg der Kosten überzeugen kann, die Umweltschäden und Klimaveränderungen verursachen, so können wir nicht behaupten, dass wir auf die Verschwendung von Ressourcen bereits eine angemessene Antwort geben. Zwar existieren Konzepte nachhaltigen Lebens und Wirtschaftens, doch: Die Vernunft vermag vielleicht Einsicht zu wecken, Mehrheiten hat sie noch selten gewonnen. Wo die Interessen künftiger Generationen gegen die vitalen Bedürfnisse der jetzt lebenden in Stellung gebracht werden, unterliegen sie in der Regel. Im Entscheidungsfall besitzt der Wille des Souveräns eine höhere Legitimität, die auch durch Zukunftsrate nicht korrigiert

Vernebelt der modische Begriff der Generationengerechtigkeit den Blick auf die Ungleichheit, die sich zwischen Erwerbstätigen mit und ohne Kinder auftut?



Foto: Norbert Schäfer

werden kann – und auch nicht werden sollte. Unser Verhältnis zu nachwachsenden Generationen ist notgedrungen keines der Gerechtigkeit sondern eines der einseitigen Abhängigkeit.

Nun wird eine so weit gefasste Einbeziehung antizipierter Lebensinteressen in der Regel lediglich in den Reservaten grüner Parteitage und einschlägig idealistischer Expertenrunden gehegt. Angesichts knapper Kassen und des demografischen Wandels hat die Mehrheit genug mit den intergenerativen Interessensausgleich zwischen den Lebenden, den Arbeitenden und den Rentnern zu tun. Die Gerechtigkeit kommt hier einher in Form einer spröden mathematischen Formel, mit welcher der Kampf der Generationen auf die Relation von Beitragsätzen und Rentenzahlungen reduziert wird. Sie soll zum einen das Aufkommen in einem für die Volkswirtschaft und den Einzelnen vertretbaren Rahmen halten und zum anderen ein Auskommen sichern, das im Alter eine dem vorangegangenen Arbeitsleben entsprechende gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Diese Ausgewogenheit ist gewahrt und könnte auch auf absehbare

Zeit gewahrt bleiben, denn dieser Philosophie widerspricht keineswegs, dass die Renten auch sinken können, wenn sich die gesellschaftliche Situation verschlechtert.

Weniger ein Gerechtigkeits- als vielmehr ein legitimatorisches Problem würde sich erst dann ergeben, wenn für eine nennenswerte Gruppe die Rente trotz langjähriger Beitragspflicht das Niveau der Sozialhilfe nicht übersteigt. Denn deren Zahlung ist bekanntlich von Vorleistungen unabhängig. Da in Deutschland die Sozialhilfequote der Rentner deutlich unter jener der Gesamtbevölkerung liegt, kann davon allerdings noch keine Rede sein. Dass eine Rentensenkung bislang nicht in Betracht gezogen wurde, ist weniger dem Gerechtigkeitsempfinden der politischen Entscheider als vielmehr ihrem feinen Sensorium für Wählermehrheiten und -stimmungen geschuldet.

Wie auch der ganze Pulverdampf, der beim Krieg der Generationen erzeugt wird, eher dazu angetan ist, den Blick auf eine tatsächliche Ungleichheit zu vernebeln, die sich innerhalb einer der öffentlich aufgeworfenen Frontlinien auftut. Sie besteht nicht zwischen den Generationen, sondern

zwischen den Erwerbstätigen mit und denen ohne Kinder.

Jeder der Kinder aufzieht, leistet damit einen Beitrag zur Stabilisierung des künftigen Rentenniveaus, wohingegen der Kinderlose sich um die Erwirtschaftung des für seine Rente erforderlichen künftigen Sozialproduktes nicht kümmert. Zugleich genießt er als Erwerbstätiger ein höheres Einkommen und damit zugleich eine höhere Anwartschaft als sein erziehender Nachbar. Dem hingegen wird seine Zeugungsbereitschaft später mit einer durchschnittlich geringeren Rente heimgezahlt. Die höheren Einzahlungen, die der Kinderlose in das aktuelle Rentensystem leistet, können diese Differenz nicht annähernd ausgleichen. 1998 verzeichneten Paar-Haushalte mit drei und mehr Kindern ein Pro-Kopf-Einkommen von 62 Prozent des Durchschnitts, kinderlose Paare zwischen 45 und 65 hingegen lagen um 15 Prozent über dieser Marge.

Von der Gnade der späteren Geburt zum Fluch im Alter

Diese Differenz dürfte sich seitdem nicht wesentlich verringert haben, staatliche Fehlsubventionierungen wie das Ehegattensplitting befördern sie nach wie vor. Um den demografischen Konsequenzen dieser intragenerativen Ungleichheit zu begegnen, hat sich seit einiger Zeit eine parteiübergreifende Familienfreundlichkeit breit gemacht, doch wer sich dem gerechtigkeitstheoretischen Kern des Problems nähern will, dem sei die Lektüre eines Vorschlages empfohlen, den die frühere Berliner Justizsenatorin Lore Peschel-Gutzeit vor einiger Zeit gemacht hat: ein Wahlrecht für Minderjährige, treuhänderisch ausgeübt durch die Eltern.

Für junge Generationen droht künftig die Gnade der späteren Geburt zum Fluch im Alter zu werden. Um ihn zu bannen, kann neuerdings zum Mittel der privaten Vorsorge gegriffen werden. Befreit von egalitärer Kopflastigkeit sieht der Junge seine Vorsorge auf finanziell solide Füße gestellt

und sein Alter gegen jegliche demografische Anfeindung gefeit.

Sieht man einmal davon ab, dass derzeit lediglich fünfzig Prozent der Erwerbsfähigen tatsächlich Beiträge zur solidarischen Alterssicherung leisten, mithin zu deren Finanzierung ein erhebliches bislang brachliegendes Potenzial existiert, das durch die Verlängerung der Erwerbsarbeit noch erhöht werden kann, so gilt für beide Vorsorgevarianten, dass sie sich auf die ein oder andere Art aus dem künftigen Sozialprodukt speisen. Auch wer im Alter die Erträge seines akkumulierten Vermögens genießen will, ist davon abhängig, was die Nachkommen erwirtschaften – das haben zuletzt die amerikanischen Rentner schmerzlich gespürt. Der Junge, der meinte auf dem Weg der individuellen Vorsorge den Sorgen einer überalternden Gesellschaft entflohen zu sein, sieht sich ihnen in gewandeltem Gesicht wieder ausgesetzt. Denn mit der Verschiebung des Altersquotienten wandelt sich natürlich auch das Verhältnis von Anbietern und Nachfragern auf den Kapitalmärkten. Damit wird sich der Druck auf Preise und Kurse erhöhen. Der private Vorsorger kann sich folglich nicht, wie er erhoffte, von der demografischen Entwicklung abkoppeln.

Gleichwohl zieht er einen entscheidenden Vorteil aus der Individualisierung des Systems: Sein Angespartes steht einer Umverteilung nicht mehr zur Verfügung, die Entscheidung zwischen Konsumverzicht des Jungen und des Alten wird nicht mehr politischen Instanzen überlassen sondern von der *invisible hand* der Marktprozesse gesteuert.

Damit ist eine Gerechtigkeitsabwägung nicht mehr möglich – oder klarer gesagt: bevor die Alten die ihnen zwangsläufig zufallende politische Mehrheit zu Zwecken der Eigensicherung nutzen, bringen die Jungen ihre Schäfchen, wenn schon nicht ins Trockene, so doch lieber auf den Markt. Denn dort fühlen sie sich allemal sicherer.

MARKUS HERBERT SCHMID **Nachruf des Hofdichters** Johannes R. Becher und seine Stalin-Elogen

Ein heute fast vergessener Autor, der am 25. Mai 1891 in München als Sohn des späteren Oberlandesgerichtspräsidenten Dr. Heinrich Becher geboren wurde und bereits bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs kein unbekannter Dichter mehr war (*Verfall und Triumph*), ließ vor genau fünfzig Jahren Josef Wissarionowitsch Dschugaschwili – genannt Stalin – in einem Nachruf hochleben: »Seht! Über Stalins Grab die Taube kreist, denn Stalin: Freiheit – Stalin: Frieden heißt! Und aller Ruhm der Welt wird Stalin heißen! Laßt uns den Ewig-Lebenden lobpreisen!«

Um der Opfer des Stalinismus willen sei an den »Hofdichter« Johannes Robert Becher und seine Hommagen erinnert. Dessen Aufruf *An alle Künstler* im Jahre 1919 manifestierte schon früh das sozialistische Engagement und die Abkehr vom bürgerlich-autoritären Elternhaus. Nachdem er der USPD und dem SPARTAKUSBUND beigetreten war, trat er zweimal als KPD-Kandidat bei den Reichstagswahlen (1932 und 1933) an. 1925 war er wegen Hochverrats angeklagt worden, weil er sich in seinem Roman *Levisite oder der einzig gerechte Krieg* entschieden gegen den Gaskrieg gewandt hatte. Doch eine Solidarisierungswelle (u.a. traten Thomas Mann und Maxim Gorki für ihn ein) hatte dazu geführt, dass das Verfahren eingestellt wurde.

Die Umstände, die ihn als einen vehementen Gegner der Nationalsozialisten auswiesen, führten 1933 dazu, dass Becher über verschiedene Stationen nach Sowjetrußland flüchtete, wo er Chefredakteur der Zeitschrift INTERNATIONALE LITERATUR – DEUTSCHE BLÄTTER wurde. Als Emigrant kehrte er 1945



Foto: dapa/Kammerler

Prägte die Kulturpolitik der DDR und hielt den Stalin-Kult am Leben: Johannes R. Becher.

nach Deutschland zurück und prägte die kulturpolitischen Maßstäbe im SED-Staat entscheidend mit. Im Westen hauptsächlich durch seinen pathetischen Text der DDR-Hymne (*Auferstanden aus Ruinen*) bekannt geworden, machte er in den Fünfziger Jahren Karriere in Ostdeutschland: Von 1953 bis 1956 war er Präsident der DEUTSCHEN AKADEMIE DER KÜNSTE und von 1954 bis 1958 Minister für Kultur. Allerdings war er schon vor seinem Tod am 11. Oktober 1958 im Osten unliebsam geworden. Nur die offizielle Anerkennung als Dichter wurde ihm nicht verweigert: Walter Ulbricht bezeichnete ihn als den »größten Dichter unserer Zeit«. Dies ist nicht besonders verwunderlich, wenn man bedenkt, dass Becher wesentlich dazu beitrug, den Stalin-Kult am Leben zu halten. Nicht nur in der Phase des »Großen Terrors«, der eine Unzahl Opfer forderte, sondern auch danach webte der Dichter

weiterhin am Mantel des Stalin-Mythos.

In der alten Bundesrepublik hingegen wurde sein Gesamtwerk weitgehend ignoriert. Diskutiert wurde über Becher erst wieder, nachdem die Zeitschrift SINN UND FORM seine einstmaligen Rechtfertigungsversuche unter dem Titel *Selbstzensur* veröffentlichte, worin sich Bechers Schweigen zum stalinistischen Terror gleichsam als Lebenslüge offenbarte. Vom Saulus zum Paulus gewandelt, hatte er in ihnen aufgefordert, das Ungeheuerliche zu benennen, um die Jahrhunderttragödie des Sozialismus aufzuarbeiten.

Aus westdeutscher Sicht schien dieses *Outing* nur das Bild vom feigen Opportunisten zu bestätigen. Becher fokussierte nämlich die Selbstkritik weniger auf das stalinistische System an sich, sondern auf das persönliche Versagen, die Dinge nicht explizit beim Namen genannt zu haben. Der Kulturminister von einst versuchte, die Problematik mit dem Konstrukt der Persönlichkeitsspaltung zu erklären: »Diesen Mann habe ich damals verehrt wie keinen unter den Lebenden. (...) Aber ebenfalls möchte ich nicht verschweigen, dass in dem selben Maße, wie ich Stalin verehrte und liebte, ich von Grauen ergriffen worden bin angesichts gewisser Vorgänge, die ich in der Sowjetunion erleben musste.« Und dafür sei Verständnis aufzubringen, denn Stalin hatte die Deutschen schließlich vom Hitler-Faschismus befreit. Doch waren diese Worte nicht ein Rückfall in alte Zeiten, in denen er Stalin ein positives Bild in der Geschichte prophezeite? Warum musste er den Despoten 1953 überhaupt wieder auferstehen lassen?

»Da sah ich ihn vom Tode wiederkehren. Er trat zu mir aus seinem fernen Land. Und hob die Hand, den Weg mir zu erklären, und lächelte und gab mir seine Hand. So ging ich meinen Weg, von ihm geleitet. Und immer wieder bin ich ihm begegnet, in seinem Werk. Sein Werk hat mich gesegnet.« Solche oder ähnliche Zeilen aus der Feder eines Mannes, der die Atmosphäre der Moskauer Säuberungen selbst miterlebt hatte, klingen

retrospektiv geradezu höhnisch. Sicherlich war ein ungeschöntes Eingeständnis seiner persönlichen Schuld von den wenigsten erwartet worden, denn von Aufklärung über den Sowjetführer war schon zu Lebzeiten Stalins überhaupt nichts in Bechers Lobliedern zu vernehmen. Vielmehr stimmte der Kulturschaffende in eine Rechtfertigung für Stalins Totalitarismus ein: Der Sozialismus sei eben in einem rückständigen Land zur Macht gelangt. Diese Begründung genüge, um seinen dichterischen Irrweg zu verteidigen. Bechers als *Selbstzensur* bezeichnetes Bekenntnis mutete deshalb an wie *fishing for sympathy* für die stalinistische Ära. In Wirklichkeit lieferte er somit aber lediglich eine Apologie für seine linientreue Dichtung.

Die ohnmächtige Rebellion gegen seinen Vater noch in Erinnerung, sah er schon früh keinen anderen Ausweg, als gegen die Normen der wilhelminischen Gesellschaft aufzubegehren und auf die erlösende Kraft des Kommunismus zu bauen; so als ob sie ihm später die Kontinuität in seinem Leben garantieren würde. Nun war es Bechers Tragik, dass er ausgerechnet in einer Epoche lebte, die zur schlimmsten in der Geschichte der marxistischen Weltanschauung werden sollte. Zur Zeit des Stalinismus beschloss der »gespaltene Dichter« konsequent auf seinem in der Jugend eingeschlagenen Weg zu verharren. Um nicht in die von ihm als bürgerlich verlogene Zerrissenheit empfundene Phase zurückzufallen, zog er es vor, sich dem damaligen Inbegriff des Sozialismus – Josef Stalin – hinzugeben. So verschrieb sich der »politische Dichter« einer Ideologie, die dem Faschismus nicht unähnlich war in ihrem Bestreben, einem Pseudo-Gott zu huldigen, einem »Führer«, der das Paradies von der »reinen Klasse« versprach und dem man deshalb scheinbar gedankenlos aus hehren sozialistischen Motiven folgte.

In diesem Sinn setzte die von Johannes R. Becher und Paul Wiegler begründete Zeitschrift SINN UND FORM im März 1953 nochmals einen Meilenstein auf dem Gebiet des

Stalin-Kultes und gehört deswegen wohl zum bittersten Vermächtnis, das uns der Poet hinterließ. Drei Gedichte schuf Johannes R. Becher vor fünfzig Jahren zum Tod des »Stählernen«, die noch heute ein be- redtes Zeugnis für seine größte Lebenslüge sind: *Danksagung, Dem Ewig-Lebenden und Du Welt im Licht*.

Letzten Endes hatte der Literat während Chruschtschows Entstalinisierungskam- pagne eine Zeitenwende verpasst, um seine persönliche Läuterung einzuleiten. Sein Argumentationssystem brach zusammen, denn seine nach außen hin propagierte Erkenntnissuche nach den wahren Grün- den, warum er zu Stalins »Hofdichter« mu- tierte, barg mehr Widersprüche als Er- hellung. Von einem »reinigenden Gewit- ter«, wie er einstmalis schrieb, konnte keine Rede sein. Vielleicht sah er dieses Unter- fangen sogar als aussichtslos an, denn seine entscheidende Chance, der DDR in seiner Funktion als Kulturminister eine antistali- nistische Reformierung angedeihen zu las- sen, hatte er bei Stalins Ableben unwieder- bringlich vergeben. Was sollte nun ein Akt der Selbstverstümmelung noch bewirken? Oder handelte es sich womöglich nach alt- stalinistischer Methode um den vermeint- lichen Versuch der Selbstkritik, damit er die Wiederaufnahme ins mittlerweile »geläuter- te« Kollektiv erreichte?

Der mit *Deutschland, einig Vaterland* meistzitierte Dichter der DDR-Wendezeit hatte sich bereits auf eine andere Art ein Denkmal gesetzt. Seine Elogen auf Stalin dürften nämlich geradezu als Klassiker der Stalin-Nachrufe in die Literaturgeschichte eingehen; genauso »unsterblich« wie der Sowjetführer seinerzeit von Becher verklärt wurde: »Von Mund zu Mund wird man dich weitersagen. Und steht dein Name auch in Erz und Stein: Dein Name ist im Weltraum eingetragen. Wie der Gestirne Schein und Widerschein. Du zogst im Volk für alle Zei- ten ein. Du bist im Volk. Du wirst unsterb- lich sein.«

BERND BUCHNER **Die Wunde Wagner** Zur Kontroverse um den Komponisten in Israel

Im Jahr 1938 erreichte der NS-Terror gegen die deutschen Juden einen vorläufigen Höhe- punkt. Bei den Novemberpogromen wurden fast hundert Menschen getötet und rund 30.000 in Lager verschleppt. Der braune Mob zerstörte unzählige Synagogen und Geschäfte. Besonders tiefe Bestürzung löste das Geschehen, das man in Deutschland ver- harmlosend »Reichskristallnacht« nannte, naturgemäß in Palästina aus. Dort gab es seit der Jahrhundertwende wieder eine beständig wachsende jüdische Gemeinde. Einige Tage nach dem 9. November wollte das PALESTINE SYMPHONY ORCHESTRA (PSO) unter Leitung von Arturo Toscanini die Ouvertüre aus Richard Wagners *Die Meistersinger von Nürnberg* spie- len. Das Stück wurde aus dem Programm genommen.

Damit begann eine Kontroverse, die Israel bis zum heutigen Tag im Bann hält. Richard Wagner im Land der Juden – ein brisantes Thema angesichts des bekannten Antisemitismus des Komponisten sowie sei- ner Vereinnahmung durch die National- sozialisten. Der Wagner-Streit ist zum Sym- bol für die Auseinandersetzung mit dem Holocaust geworden. Wagners Musik nicht zu spielen, gebe den Nazis im Nachhinein Recht, meint der Dirigent Daniel Baren- boim. Auf der anderen Seite ist unbestreit- bar, dass öffentliche Wagner-Aufführungen in Israel die Gefühle von Holocaust-Überle- benden verletzen können und dies auch tun.

Von einem regelrechten Boykott konnte zunächst nicht die Rede sein, wie die israeli- sche Historikerin Na'ama Sheffi in ihrem Buch *Der Ring der Mythen* schildert. Die Ab- setzung des *Meistersinger*-Vorspiels blieb sin- gulär, schon im Frühjahr 1939 spielte das PSO bei einer Ägypten-Tournee wieder Wag- ner. Nach dem Weltkrieg und der Gründung des Staates Israel brach die Wunde jedoch



Im Land der Überlebenden unerwünscht – Aufführung von Wagners »Die Meistersinger von Nürnberg«.

um so stärker auf. Hunderttausende KZ-Überlebende strömten ins Land. Sie hatten *Walküre* oder *Meistersinger* als Herrenmenschenmusik erfahren, mit deren Klängen die Täter ihre rassistischen Maßnahmen orchestriert und schließlich Millionen Menschen ins Gas geschickt hatten.

Die Musik der Mörder sollte im Land der Überlebenden keinen Platz haben. Neben Richard Wagner gerieten auch Richard Strauss und Carl Orff in die Defensive. Beide hatten im NS-Staat eine unrühmliche Rolle gespielt. »Die boykottierten Komponisten«, so Sheffi, »wurden zum Blitzableiter für die verdrängten Emotionen der Überlebenden«. Diese Emotionen regen sich in Israel seit fünf Jahrzehnten. Der berühmte Violinist Jascha Heifetz löste erbitterten Widerstand aus, als er 1953 Stücke von Strauss ins Programm nahm. In den Sechziger Jahren gelang es dem Inder Zubin Mehta nicht, mit dem ISRAELISCHEN

PHILHARMONISCHEN ORCHESTER (IPO) Wagners *Tristan und Isolde* auf die Bühne zu bringen.

Ende 1981 dirigierte Mehta schließlich in Tel Aviv einen Auszug aus der Oper – und wurde als Tabubrecher ebenso angefeindet wie in jüngster Zeit Daniel Barenboim. Dieser wollte beim *Israel Festival 2001* mit der BERLINER STAATSKAPELLE und Placido Domingo den ersten Akt der *Walküre* präsentieren. Das Programm musste geändert werden, dann aber erklang Wagner-Musik in der Zugabe. Barenboim wurde daraufhin von einem Ausschuss des israelischen Parlaments zur »kulturellen persona non grata« erklärt.

Dass sich Politiker so massiv in den Wagner-Streit in Israel einschalten, ist laut Na'ama Sheffi eher ungewöhnlich, auch wenn der damalige stellvertretende Premierminister Dov Shilansky dem Dirigenten Mehta 1981 sogar empfahl, nach Indien zurückzugehen. Dagegen lehnten es die isra-

elischen Erziehungsminister unabhängig von der Parteizugehörigkeit stets ab, etwa in die Belange des staatlichen Orchesters IPO einzugreifen. Eine gesetzliche Grundlage für einen Boykott Wagners gab es ohnehin zu keinem Zeitpunkt. Anlass zu Streit boten einzig öffentliche Aufführungen seiner Musik, nicht aber Sendungen in Radio und Fernsehen.

Das zeigt, wie sehr Richard Wagner in der israelischen Gesellschaft zum Symbol für den Kampf um die Erinnerung an den Holocaust geworden ist. Viele der Überlebenden fürchten, durch die Musik der Täter könne mit der Zeit das Gedenken an die Leiden der Opfer verblassen. Die Autorin macht indes keinen Hehl daraus, dass sie Wagner für das falsche Symbol hält. »Ihn als Zielscheibe für den durch die Verbrechen der NS-Zeit bewirkten Hass zu wählen«, heißt es in dem Buch, »wird ihm zum einen als Künstler nicht gerecht und verschleiert zum anderen die Signifikanz des Holocaust. Den entsetzlichen Auswirkungen dieser Schreckensjahre der jüdischen Geschichte sollte im kollektiven israelischen Gedächtnis in sinnvollerer Form gedacht werden.«

Wie aber soll es weitergehen mit Wagner in Israel? In dem Buch, das zuvor auf hebräisch und englisch erschien und das für die deutsche Fassung aktualisiert wurde, berichtet Na'ama Sheffi von einer Tel Aviver Tagung zum Thema Wagner im Herbst 2001. Bei einer Diskussion stand eine ältere Frau auf und stellte sich als KZ-Überlebende vor. Sie fragte, warum man nicht Menschen zuliebe, die Wagner in Auschwitz hören mussten, noch ein Jahrzehnt warten könne. Aber auch dann wird die Diskussion um Wagner noch lange nicht beendet sein.

Na'ama Sheffi: *Der Ring der Mythen. Die Wagner-Kontroverse in Israel (Schriftenreihe des Instituts für deutsche Geschichte der Universität Tel Aviv, hg. von Moshe Zuckermann, Band 22)*. WALLSTEIN VERLAG, Göttingen 2002, 192 S., € 20,00.

CHRISTIAN SAEHRENDT

Ein entschärftes Feld

Die Sanierung des Berliner Olympiageländes

Als sich Berlin Anfang der neunziger Jahre für Olympia 2000 bewarb, geriet das Olympiagelände von 1936 wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Fast fünfzig Jahre lang hatte die britische Besatzung ein Areal konserviert, das dem NS-Regime als weltweite Propagandaplattform diente. Die enge assoziative Verknüpfung von »Olympia in Berlin« und »Nazipropaganda« lag von Anfang an wie ein Schatten auf der Olympia-Bewerbung. In diesem Zusammenhang wurde überlegt, wie die Architektur des REICHSSPORTFELDES wohl auf zeitgenössische, internationale Besucher wirkte. Ging von der Anlage, besonders von den brachialen Skulpturen, noch eine totalitäre Gefahr aus? Dominierte die NS-Ästhetik optisch auch ein olympisches Geschehen des Jahres 2000, drängte sie den Besuchern die Assoziation »1936« permanent auf?

Kurios muten die damaligen Überlegungen an, die Stein- und Bronzefiguren in einem temporären Skulpturenpark zu »ironisieren«, sie mit riesigen Glaskästen zu überbauen oder mit antifaschistischen Arbeiten von Kollwitz und Hrdlicka zu konfrontieren. Im Zentrum der Diskussionen stand die Frage, ob es eine eigenständige NS-Architektur und -Plastik gebe oder ob hier nicht eine Kontinuität im Zuge des Ende der Zwanziger international aufkommenden Neoklassizismus festzustellen sei. Lässt sich eine spezifische Nazi-Architektur aus der Kunstgeschichte heraus lösen und quasi unter Quarantäne stellen?

Das Berliner Olympiagelände ist in dieser Hinsicht ein ideales Forschungsobjekt: 1926 erhielten die Architekten Walter und Werner March den Auftrag, hier das DEUTSCHE SPORTFORUM zu errichten – sie hatten sich im Wettbewerb u.a. gegen Max Taut und Hans Poelzig durchgesetzt. Im Mai



Im »Marathon-Tor« wurden sportlicher Wettbewerb und kriegerischer Opfertod deutlich verknüpft.

1931 entschied das IOC, Deutschland den Zuschlag für die Olympiade 1936 zu gewähren. Die Olympiabewerbung war Teil der internationalen Rehabilitationsversuche der Weimarer Republik auf dem Feld der Kultur und des Sports, ihr Erfolg fiel jedoch den Nazis als unverdiente Frucht in die Hände. Der Sportfunktionär und DVP-Politiker Theodor Lewald wies Hitler im März 1933 ausdrücklich auf die »ungeheure Propagandawirkung für Deutschland« hin. Im Oktober des selben Jahres beschloss Hitler, die Olympiade in einem »nationalsozialistischen« Sinne durchzuführen. Planungsumfang und Baukosten für das DEUTSCHE SPORTFORUM explodierten: Bis 1936 sollten auf dem 132 Hektar großen REICHSSPORTFELD und in der Umgebung ein Stadion, ein Schwimmstadion, eine Sportschule, die DEUTSCHLANDHALLE, das HAUS DES DEUTSCHEN SPORTS, das olympische Dorf und eine Freilichtbühne entstehen.

Werner March war nunmehr, auch auf dem Gebiet der künstlerischen Gestaltung, für das enorm erweiterte Projekt allein ver-

antwortlich, nachdem sein Bruder Walter die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. Die Sportanlage war mit dem Konzept einer nationalen Weihestätte verbunden. An das Stadion schloss sich eine riesige Aufmarschfläche mit der LANGE-MARCK-GEDENKHALLE an. Hier wurde an die Tausenden von jungen Freiwilligen des Weltkriegs erinnert, die am 10. November 1914 beim Angriff auf eine Artilleriestellung im belgischen Langemarck fielen. Der Tod jener Schüler in einer militärisch sinnlosen Aktion wurde in dieser Halle patriotisch verklärt. Ein Steinsarkophag mit »blutdurchtränkter« flandrischer Erde bildete den Mittelpunkt des Andachtsraumes. Der mit schwäbischem Muschelkalk verkleidete Glockenturm von 77 Meter Höhe überragte die Halle, er wurde zum zentralen Element, nach dem sich die gesamte Axial-Anlage ausrichtete. So hat auch das Rund des Stadions einen Einschnitt, das MARATHON-TOR, das den Blick auf den Turm freigibt. Sportlicher Wettbewerb und kriegerischer Opfertod waren hier deutlich verknüpft.

Die Nazi-Olympiade trug zur Militarisierung Olympias bei: Disziplinen wie Gepäckmarsch und Kleinkaliberschießen kamen auf, die Choreographie des Einmarsches der Nationen wurde perfektioniert. Auf Widerspruch trafen diese Maßnahmen kaum, sie entsprachen durchaus dem internationalen Zeitgeist. Am Ende des Zweiten Weltkriegs trat die kriegerische Bestimmung des REICHSSPORTFELDES noch einmal hervor: Das Opfer von Langemarck verdoppelnd, fielen zahlreiche Hitlerjungen bei der Verteidigung des Stadions. Die Briten wählten als Verwaltungssitz somit auch einen Ort, der als militärische Trophäe gelten konnte.

In diesem Zusammenhang ist wohl auch der Wiederaufbau der 1947 gesprengten LANGEMARCKHALLE zu verstehen. Die Briten wünschten 1959, der Queen bei ihrem jährlichen Besuch eine komplette Kulisse des Olympiageländes bieten zu können. Die Bundesregierung bezahlte die Rekonstruktion von Halle und Glockenturm, Architekt wurde wieder Werner March. Der Sportfunktionär Carl Diem, der damals maßgeblich an der Gestaltung des Kriegerdenkmals beteiligt war, frohlockte nun in einem Brief an den Architekten: »Es wäre doch idiotisch, wenn man den Raum als solchen schüfe, und ihm nicht den alten Sinn gäbe...«

March war nach 1933 rasch in die NSDAP eingetreten und zum Professor ernannt worden. Er versuchte, moderne Architekturauffassung mit den Ansprüchen seiner Auftraggeber zu verbinden und benutzt Stahlbetonkonstruktionen, die mit Naturstein verkleidet wurden. Die Fassadenpfeiler des Stadions, die er verbreitern musste, um sie monumentaler wirken zu lassen, trugen Muschelkalkplatten; Konsolen und Hauptgesims bestanden aus Gauinger Travertin, die Fußböden waren mit Granit und Muschelkalk belegt. Die Großplastiken waren passend in Gauinger Travertin ausgeführt. Nur die verglasten Zwischenwände und Sichtbetonelemente im Stadion miss-

fielen Hitler, der daraufhin Albert Speer mit der Verkleidung der Stahlbetonkonstruktion durch Naturstein beauftragte. Das Gelände wurde an das Nahverkehrssystem angebunden, allein die U-Bahn konnte in dichter Zugfolge 40.000 Besucher pro Stunde zum Stadion bringen. Im Rahmen der städtebaulichen Umgestaltung verband die Heerstraße das REICHSSPORTFELD mit der Ost-West-Achse.

Zahlreiche Plastiken waren auf dem Gelände verteilt. March verstand die Großplastiken aus Travertin als Gegengewichte zur Architektur. Karl Albikers *Diskuswerfer* und *Staffelläufer* am Weg zum Schwimmstadion haben mit ihrer Höhe von sieben Metern säulenartigen Charakter. Joseph Wackerles *Rosseführer* vor dem MARATHONTOR, nach dem Vorbild der römischen Rossebändiger von Monte Cavallo, verstärkten als architektonische Elemente die Wirkung der Ost-West-Achse. Um die Monumentalität zu steigern, ließ man teilweise die Bossen stehen, Willy Mellers *Siegesgöttin* scheint gleichsam aus dem unbearbeiteten Fels herauszuwachsen. Die Wirkung der Plastiken rund um das Stadion ist auf Fernsicht berechnet, aus der Nähe wirken die Figuren unfertig und roh. Eine freiere Gestaltung der Plastiken wurde auf dem übrigen Gelände zugelassen. Es gab Einzelwettbewerbe für die Standorte, die von einer Kunstjury entschieden wurden. So kam es, dass sogar ein Bildhauer wie Ludwig Gies mit einem Aluminiumadler am HAUS DES SPORTS zum Zuge kam. Gies wurde wegen seiner Christusfigur aus dem Lübecker Dom nur wenig später bei der Kampagne »Entartete Kunst« attackiert.

Einige Bildhauer hatten schon in der Weimarer Republik einen Namen und waren hier mit relativ dezenten Arbeiten vertreten, wie etwa Georg Kolbes *Ruhender Akt* vor der Schwimmhalle. Kolbes Zehnkämpfer, bereits 1933 geschaffen, wurde hingegen vom ss-Organ *Das Schwarze Korps* als Positivbeispiel gegen die »Entartete Kunst«

gepriesen. Josef Thorak und Arno Breker stehen schließlich für die offizielle Staatskunst jener Zeit, Thoraks *Faustkämpfer* nordöstlich des Schwimmstadions trägt gänzlich die Züge des unmenschlichen und überdimensionierten Helden. Max Schmelting hatte Thorak Modell gestanden, die Bronze wurde für Olympia auf 3,75 m vergrößert. Zusammen mit einer Hitlerbüste vor dem HAUS DES SPORTS wurde der *Faustkämpfer* nachträglich und auf Hitlers Initiative hin in das Konzept eingebunden. Mit Arno Brekers Bronzen *Zehnkämpfer* und *Siegerin*, die im Innenhof der SPORTAKADEMIE aufgestellt wurden, begann sein Aufstieg als Hofkünstler Hitlers. Wie das gesamte Bauensemble wurden auch die erhaltenen Plastiken 1986 unter Denkmalschutz gestellt.

Nach dem Abzug der Briten, die die Anlagen penibel gepflegt hatten, entschloss sich der Bund im Jahr 1999, dem Land Berlin das Areal unentgeltlich zu überlassen. Der Senat favorisierte 1998 im Wettbewerb statt eines Neubaus die denkmalgerechte Sanierung des Stadions. Gewinner war das Architektenbüro GERKAN, MARG UND PARTNER (GMP). Der Entwurf sah vor, die Außenwirkung des Stadions zu erhalten, indem es von einem flachen Dach, das nur das Spielfeld freilässt, überbaut wird. Die Stahlkonstruktion trägt zwei Membranen, Beleuchtung und Lautsprecher werden ins Dach integriert. Zudem kann das Dach selbst als »ring of fire« illuminiert werden und wie die Reichstagskuppel als Lichtobjekt dienen.

Den Investorenwettbewerb gewann im März 1999 die im Stadionbau international erfahrene Augsburger WALTER-BAU AG. Sie erhielt den Zuschlag für die Sanierung und die Nutzungsrechte am Stadion bis 2013. An der Betreibergesellschaft sind zu je 37,45 Prozent die WALTER-BAU AG und HERTHA BSC beteiligt, 25,1 Prozent hält das Land Berlin. Hauptnutzer wird erwartungsgemäß HERTHA BSC werden. Die Sanierung wird seit August

2000 schrittweise durchgeführt, bei laufendem Spielbetrieb wird das Stadion rund segmentweise saniert. Neben der Neukonstruktion des Daches betrifft die Sanierung vor allem den Unterring der Tribüne und die Natursteinverkleidung. Durch den Termindruck vor 1936 waren Mängel bei der Betonqualität und den Dichtungen programmiert. Freigelegte Armierungen begannen stark zu rosten, so dass der gesamte Unterring durch eine Konstruktion aus Betonfertigteilen ersetzt werden musste. Die Absenkung des Spielfeldes brachte weitere Sitzreihen. Auch die tragenden Stahlbetonkonstruktionen des Oberrings mussten überholt werden.

Sehr aufwändig ist die Behandlung der Natursteinfassaden. Jeder einzelne Stein wird nummeriert, kartiert und gereinigt wieder eingesetzt. 40.000 Platten und Blöcke aus Travertin, Muschelkalk und Granit müssen auf diese Weise behandelt werden. Der Steinbruch bei Kelheim im Altmühltal, der in den Dreißigern die Baustelle belieferte, wurde reaktiviert, um Ersatzsteine zu produzieren. Das Marathontor wird abgebaut und nach der Spielfeldabsenkung wiederhergestellt. Ebenso sorgfältig wird die Natursteinverkleidung im Bereich der Logen und Ehrentribüne behandelt. Die mehrjährigen Baumaßnahmen mit ihrem komplexen Zeitplan werden annähernd 250 Millionen EURO kosten, wobei der Bund den Großteil trägt. Für die Umwandlung des gesamten REICHSSPORTFELDES in einen »Olympiapark« für Open-Air-Veranstaltungen werden noch immer Investoren gesucht. Hier werden nochmals Kosten von fast 200 Millionen veranschlagt.

Siebzig Jahre nach der Nazi-Olympiade würde das Stadion bei der Fußballweltmeisterschaft 2006 wieder zur Bühne eines Großereignisses. Die Entscheidung des Senats, Stadion und Gesamtanlage des REICHSSPORTFELDES weitgehend im historischen Zustand zu belassen, zeigt, dass die Ängste vor einer fortdauernden Wirkungsmacht der NS-Architektur verfliegen sind.

Redaktion des Kulturteils: Elke Schubert

MICHAEL KOGON Kurze Geschichte der Erinnerung an meinen Vater

»Außer Historikern wird in zwanzig, dreißig Jahren niemand mehr irgendwelche Gauleiter, SS-Bonzen oder KGB-Machtvollstrecker kennen. Über Eugen Kogon und Menschen wie er wird man aber informiert sein«. Dessen war sich Prof. Wladyslaw Bartoszewski in seiner Dankrede zur Verleihung des ersten Königsteiner Eugen-Kogon-Preises 2002 sicher. Ob er wohl Recht behalten wird?

Die Kurve der Bekanntheit, Bedeutung und Wirkung von Eugen Kogon sieht im Durchschnitt wie ein Börsenbarometer aus. Vor dem Krieg verlief sie auf mittlerer Höhe flach. In der Zeit seiner Nazi-Gefangenschaft fiel sie auf Null. Ab 1945 stieg sie steil an und hielt sich dann auf hohem Niveau. Mein etwas einfacher Gradmesser war seinerzeit die Zahl der Publikationen, seiner öffentlichen Auftritte und der ihm verliehenen öffentlichen Preise.

Nach dem Krieg setzte mein Vater zunächst seine KZ-Erfahrung in vehement verfochtene Postulate für eine bessere Gesellschaft des *Nie Wieder!* mit einer unverbrüchlichen Verpflichtung auf die Humanität um. Nachdem *Der SS-Staat* geschrieben war, ging er daran, seine politischen Visionen für Deutschland (»die Wiederbegegnung von Geist und Politik: dies könnte die Revolution der deutschen Zukunft sein«) und Europa (»das glorreiche Europa der freiheitlichen, föderalistischen Ordnung, des Erfindungsgeistes, des Wohlstandes, der sozialen Gerechtigkeit und des Friedens«) umzusetzen. Als Instrumente dienten ihm die FRANKFURTER HEFTE (mit dem Programm der »Erneuerung von Kirche und Gesellschaft mit übergreifenden

humanen Lösungen« unter dem Stichwort »christlicher Sozialismus mit menschlichem Antlitz«), der Politik-Lehrstuhl (»ich habe das politische Denken in den Studenten mitentwickelt«) und das Fernsehen (»ich wollte die Menschen zum Nachdenken zwingen, sie wach machen für die Probleme ihrer Zeit«). In unzähligen öffentlichen Auftritten warnte er vor dem Weg der Bundesrepublik in die Restauration, vor der Wiederbewaffnung, dem Rüstungswetlauf oder Atomtod. Er engagierte sich für internationale Entspannung, nicht zuletzt durch wiederholte Reisen in die Sowjetunion (»um in dieser mit Waffen überzüchteten, überdrehten Weltsituation einige Punkte zu finden, von denen aus man vielleicht ein wenig weiterkommen kann, zur Verständigung«), ebenso wie in der Studentenrevolte (»ich habe den Studenten immer gesagt, dass sie, wenn sie diese Leistungsgesellschaft ändern wollen, eine spezifische Leistung zu ihrer Erneuerung vollbringen müssen«), äußerte sein Entsetzen angesichts der Umweltzerstörung und der Weltsituation (»wir werden lernen müssen, alles, was unser zivilisatorisches Leben ausmacht, auf die Humanität hin zu überprüfen«) und appellierte zu allen diesen Zwecken unermüdlich an mögliche Hoffnungsträger, den »europäischen Widerstand«, die Gewerkschaften, die technologische Intelligenz (»wir müssen ihre Phantasie wecken, die für uns einfach existenzwichtig geworden ist«) und immer wieder an die jeweilige nächste Generation.

In seinen letzten großen Interviews (so 1983 als *Zeuge des Jahrhunderts*) war er präsent wie eh und je, aber in die politische Arena wollte er nicht mehr. Manche seiner so prägnanten Formulierungen verfestigten sich zu Formeln, die er oft wiederholte. Nachdem er sich vom Fernsehen zurückge-

zogen hatte, ging der Grad seiner Bekanntheit merklich zurück.

Ähnlich verhielt es sich mit seiner Wirkung: »Ich blicke, nun, ich kann es nicht leugnen, mit Traurigkeit, ein wenig resigniert zurück. Gewiss, unsere Vorstellungen waren utopisch, aber die Utopie war von produktiver Art. Wir meinten, die Erfahrungen seien so entsetzlich gewesen, dass der Impetus, der Wille, nun wirklich eine neue Gesellschaft zu schaffen und besser miteinander zu leben, sich hätte durchsetzen müssen. Das ist nicht geschehen«.

Nach drei Jahrzehnten großer Bekanntheit schien die Entwicklung in Deutschland an Eugen Kogon vorbeigezogen zu sein. In der Phase der Formung der deutschen Nachkriegsrepublik war der Typus des nationalen Kritikers aus christlicher Verantwortung, waren die großen Orientierungsfiguren durchaus gefragt. Doch als die Deutschen ihre volle Nachkriegsidentität und ihr Staat seinen internationalen Platz gefunden hatten, wurden die »kritischen alten Männer« nicht mehr gebraucht.

Schon bald nach seinem Tod begann die private Persönlichkeit von der öffentlichen abzublättern. Die Erinnerung an seine Person verflüchtigte sich zusehends. Der Briefkasten verschwand zusammen mit dem Haus, meinem Elternhaus. Der darin aufbewahrte wissenschaftliche Nachlass wurde provisorisch verpackt – es kam mir vor, als würde er selber weggepackt. Das Grab liegt seither verlassen. 1995, acht Jahre nach seinem Tod, erschien der erste Band seiner *Gesammelten Schriften*. Von ihm wurden gerade mal rund 1.200 Exemplare verkauft. Von da an sank die Auflage von Band zu Band. Die Zahlen bewiesen mir, wie die Erinnerung an meinen Vater innerhalb weniger Jahre verblasst war. Nur gelegentlich blitzt noch eine Erinnerung auf: »War der nicht mal im Fernsehen?« oder: »Hat der nicht ein bekanntes Buch geschrieben?«

Jede neue Generation wird von einer stetig anschwellenden Lawine von Informa-

tionen zugedeckt. Das lässt für die Erinnerung an Vergangenes immer weniger Platz. »Die meisten der die Gegenwart von heute ausfüllenden Arbeits- und Freizeitmenschen sind präsentistisch geworden«, stellte mein Vater einmal fest, »sie denken an die Vergangenheit kaum, außer beim Umblättern im Fotoalbum, und an die Zukunft im Wesentlichen nur ökonomisch«.

Die Masse der Deutschen hatte ihn bald vergessen. Er sah das schon zu Lebzeiten voraus: »Unsereins kann nicht die große geschlossene Leistung vorweisen, vollbringen, zurücklassen wie zum Beispiel – ich nenne jetzt einmal Thomas Mann. Auch in der Wissenschaft gibt es gigantische Leistungen. Das ist bei uns, die wir in der Publizistik tätig sind, fast ausgeschlossen. Unsere Tätigkeit ist vielfältig, nach vielen Seiten hin orientiert, wir greifen da und dort ein. Der Erfolg des Publizisten wird nicht sichtbar wie der des herausragenden Politikers oder der des Wissenschafters; er muss als Ferment im Geist und im Verhalten der Zeitgenossenschaft festgestellt werden. Das Ergebnis trägt nicht den Urhebernamen«.

Fast fünftausend Publikationen legte er vor, aber darunter nur zwei »richtige« Bücher. Niemand – auch mein Vater nicht – erkannte in diesem scheinbar wirren Haufen von Mosaiksteinchen die seine Überzeugungen und Visionen repräsentierende »große geschlossene Leistung«, die dauerhaftere Erinnerung gewährleisten hätte. Dabei hatte er manche seiner 128 geplanten Bücher bereits geschrieben – nur eben im Feinschnitt. Er kam nicht auf den Gedanken, dass seine Artikel Kapitel waren. Die Textzusammenfassung in Büchern erfolgte erst nach seinem Tod – für seinen Nachruhm zu spät.

Der Aktualitätsbezug seiner Beiträge ließ ihn noch schneller vergessen, zumal er immer mehr vom aktiven Mitgestalter in die distanzierte Rolle des kritischen Warners geraten war. So hatte er die Deutschen vor der Restauration, der Remilitarisierung im Ost-

West-Konflikt, der Hysterie des Antikommunismus, dem atomaren *overkill*, einer Ostpolitik ohne ausreichende Versöhnungsgewahrt. Außerdem geißelte er die Kommerz-Deutschen, den Konsum-Staat, die »formierte Gesellschaft« ohne Format. »Wir werden alles haben, nur nichts zu sagen«. Solche Sätze vergaßen die Wohlstandsbürger so schnell wie möglich, und ihren Urheber am besten gleich mit.

Eugen Kogons Tiefenwirkung kann kaum gemessen werden. Taten, die das Herz berühren, gehen nicht in die Geschichtsbücher ein. »Eine Anzahl von Menschen in privater und öffentlicher Position«, sagte er in einem Nachruf auf einen Freund, »werden Wichtiges von dem, was er gedacht, gesagt, geschrieben und getan hat, bei sich behalten und, in ihnen verwandelt, es nicht mit ihm entschwunden sein lassen«.

Aus diesem Verblässen der Erinnerung der Massen ragt – für wie lange? – die publizierte Erinnerung von Freunden meines Vaters in ihren Memoiren heraus: von Helmut Kindler (1991), Alfred Grosser (1993), Hans Cöhrssen (1996), Stéphane Hessel (1998), Joseph Rovani (1999).

Auch andere Beziehungen meines Vaters sind zu einem kleinen Teil in Büchern festgehalten: von Rüdiger Proske (*Das Ende der Politik*, 1992), Kurt A. Körber (*Das Profitprogramm*, 1992), Heinz Zahrndt (*Mutmaßungen über Gott*, 1994), Sonja Weis (*Leben wollt ich!* 1996), im *Briefwechsel* von Max Horkheimer (*Gesammelte Schriften* Bd. 17, 1996), in den Biografien über Alfred Andersch (1990), Thomas Mann (1995), Carlo Schmid (1996).

Eindrücklich ist schließlich die Liste an Gedenk- und Sammlungsliteratur. 1988 edierten Walter Jens und Gunnar Matthiessen zum *Gedenken an Eugen Kogon* (so der Untertitel) 41 *Plädoyers für die Humanität* – fast die gesamte geistige Elite der Bundesrepublik war vertreten. 1995 erinnerte sich in den *Hessischen Streiflichtern* Martin Vogt an Eugen Kogon. Einen Text gleichen

Titels veröffentlichte Hans-Otto Kleinmann 1997 in Band 9 der *Zeitgeschichte in Lebensbildern*. 1995-1999 brachte der QUADRIGAVERLAG die *Gesammelten Schriften* heraus. 2001 veröffentlichte die TU Darmstadt den Band *Das Maß aller Dinge – zu Eugen Kogons Begriff der Humanität*.

Über solche Literatur hinaus nahmen sich Personen, die meinen Vater nicht mehr alle persönlich gekannt hatten, des Gedächtnisses an die Person der Zeitgeschichte an. Da waren zuerst die Nachrufe. Ein Jahr später, am 16. Dezember 1988, veranstaltete die TH Darmstadt ein Erinnerungs-Colloquium. Später plante sie eine jährliche Eugen Kogon-Vorlesung, die allerdings immer noch der Realisierung harret. In Falkenstein wurde, anlässlich einer Eugen Kogon-Tagung *Das Abenteuer der Humanität*, ein Eugen Kogon-Weg eingeweiht. Etwas später erhielt eine Kiste in der am 25. Juli 1999 eröffneten Ausstellung *Leben - Terror - Geist* in der Gedenkstätte Buchenwald Erinnerungsstücke aus der KZ-Zeit meines Vaters. Im Rathaus der Stadt Königstein im Taunus wurde eine Eugen Kogon-Vitrine aufgestellt. Auch in der am 16. Januar 2002 eröffneten Holocaust-Ausstellung im Deutschen Historischen Museum in Berlin erhielt mein Vater einen Vitrinen-Platz. Die Stadt Königstein schuf den »Eugen Kogon-Preis für gelebte Demokratie«, der in diesem Jahr an Hartmut von Hentig verliehen wird. Zum hundertsten Geburtstag flackert nun die Gedächtnispflege noch einmal auf.

Die Motive sind vielfältig: Freundschaft, Verpflichtung – manchmal vermischt mit dem Wunsch nach Publizität –, vor allem aber die Überzeugung, dass dieser Mann Erinnerung verdient, verbunden mit der Hoffnung, aus seiner Lehre auch heute noch Gewinn ziehen zu können.

Bald wandten sich auch die Historiker, die keinen persönlichen Bezug mehr zu meinem Vater hatten, dem Objekt der Zeitgeschichte zu. Mit einzelnen Aspekten der Tätigkeit meines Vaters befassten sich Hans-



Eugen Kogon mit
seinem Sohn Michael.
Die Aufnahme stammt
aus den 80er Jahren.

Gerd Ewald (*Die gescheiterte Republik - Idee und Programm einer »Zweiten Republik«* in den *Frankfurter Heften* 1946, 1988), Wolfgang M. Schwiedrzik (*Träume der ersten Stunde - die Gesellschaft Imshausen*, 1991), Gerhard Lampe und Heidemarie Schumacher (*Das Panorama der 60er Jahre*, 1991), Rüdiger Ullrich (*Die Europa-Union Köln 1947-1954*, 1996), Alessandra Ferretti (*Il ripensamento della democrazia in Germania dal 1946 al 1954 - Il caso dei FRANKFURTER HEFTE*, 1997/98), Michael Hochgeschwender (*Freiheit in der Offensive - Der Kongress für kulturelle Freiheit und die Deutschen*, 1998), Franz H. Schrage (*Weimar/Buchenwald - Spuren nationalsozialistischer Vernichtungsgewalt in Werken von Ernst Wiechert, Eugen Kogon, Jorge Semprun*, 1999), Joachim Rotberg (*Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung - Die Anfänge der CDU in Frankfurt am Main*, 1999) und Eike Wolgast (*Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit*, 2001).

Auch andere Historiker bezogen sich auf Eugen Kogon: Wolfgang Sofsky (*Die Ordnung des Terrors - Das Konzentrationslager*, 1993), Joseph Rovon (*Geschichte der Deutschen*, 1994), einzelne Autoren in der von Wilfried Barner herausgegebenen *Geschichte der deutschen Literatur von 1945 bis zur Gegenwart* (1994), Manfred Overesch (*Buchenwald und die DDR*, 1995), Kurt Sontheimer (*So war Deutschland nie - Anmerkungen zur politischen Kultur der Bundesrepublik*, 1999), Karin Orth (*Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager - Eine politische Organisationsgeschichte*, 1999), mehrere Autoren in dem Sammelband *Die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik - Eine Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule* (1999), Manfred Görtemaker (*Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, 1999), Wilhelm Bleek (*Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, 2001), Peter Graf Kielmannsegg (*Nach der Katastrophe - Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, 2001) und Marie-Emanuelle

Reytier (*Die deutschen Katholiken und der Gedanke der europäischen Einigung 1945-1949 im Jahrbuch für Europäische Geschichte*, Band 3, 2002).

Joachim Fest stellte als erster in Frage, ob die deutsche Wiederaufbau-Republik der fünfziger Jahre tatsächlich restaurativ im Sinne von Walter Dirks und Eugen Kogon genannt werden konnte, und leitete damit eine Diskussion ein, die vor zwei Jahren von einem Schüler Eugen Kogons, Peter Graf Kielmannsegg, in dem oben genannten Werk vorläufig abgeschlossen wurde. Und nach dem Erscheinen der deutschen Ausgabe des *Buchenwald Report* 1996 wurde diskutiert, wie sehr mein Vater, als er den *ss-Staat* schrieb, unter kommunistischem Einfluss gestanden haben mochte. Manche fragten sich darüber hinaus, was Kogon, jenseits seiner historischen Bedeutung, uns heute noch zu sagen hat. Auf der vom Pädagogischen Institut Falkenstein am 1./2. Februar 2000 veranstalteten Kogon-Tagung *Das Abenteuer der Humanität* kamen Pädagogen überein, dass es nützlich wäre, die Gedanken Kogons zu Nationalsozialismus und Politik für die heutige Schule fruchtbar zu machen. Und im Eugen Kogon-Preis sollen sein Verständnis von Demokratie und seine Vorschläge zu ihrer Sicherung zum Nutzen unserer Zeit zu vermehrter Geltung gebracht werden.

Solche Ansätze könnten durchaus erweitert werden. Der große klärende Aufsatz Eugen Kogons aus dem Jahr 1947 über *Das Recht auf den politischen Irrtum* mit den beiden Postulaten Gerechtigkeit und Versöhnung hätte gut zur politischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit beitragen können. Seine spezielle Idee eines freiheitlichen Sozialismus, im beginnenden Ost-West-Konflikt als europäischer »Dritter Weg« zwischen Sowjet-Kommunismus und US-Kapitalismus gedacht, könnte heute, nachdem der kommunistische Pfeiler des politischen Weltsystems weggebrochen ist und die Idee einer »guten Gesellschaft« amerikanischer

Provenienz die ganze Welt konfrontiert, als Gedanken-Steinbruch für die Erarbeitung neuer Alternativen dienen. Und was er zu Umweltschutz und zu globalisierter Verantwortung in einer zunehmend globalisierten Welt sagte, ist heute so wesentlich wie damals.

Ganz besonders bleibt *Der ss-Staat* ein Anlass, sich der eigenen Verantwortung zu stellen. Dafür muss dieses Buch nicht einmal unbedingt ganz gelesen werden. Prof. Christoph Dipper nannte es auf dem Darmstädter Symposium vom Juni 1995 »eines der bekanntesten ungelesenen Bücher«. Man könnte auch sagen: Es behält seine Wirkung, wenn man es auch nur öffnet. Schon die Lektüre einzelner Passagen weckt Entschlossenheit. »Wehret den Anfängen!« war eine der Botschaften meines Vaters zum politischen Widerstand. Aus seiner Erfahrung im KZ, in dem er, ausgerechnet dort, fast zwangsläufig sich zum praktizierenden Demokraten wandelte, der er vorher nicht gewesen war, entwickelte er seine Theorie des Widerstandes gegen die Diktatur. Sie ist allerdings über sein gesamtes Werk verstreut, wurde nie als Ganzes formuliert. Diese Arbeit editorisch zu vollenden (in der oben genannten Darmstädter Publikation): dazu hat mich nicht zuletzt der Nachhall der Erschütterung angeregt, in die mich seinerzeit die Lektüre des *ss-Staates* versetzte.

Eine Totenmaske bildet das Gesicht des Toten getreulich ab. Die Erinnerungs- und Gedächtnismaske, die prominenten Verstorbenen übergestülpt wird, birgt die Gefahr, zu verzerren. Jeder Mensch kann sich nur an jene Seiten einer Persönlichkeit erinnern, die er selbst erlebte. Und aus dieser Erinnerung bleibt im unaufhörlichen Vergessen am ehesten haften, was mit Ereignissen und Überzeugungen im weiteren Verlauf des eigenen Lebens korreliert. Die Gefahr der Instrumentalisierung liegt nahe. Mein Vater förderte sie selber, weil manche seiner Überzeugungen sich im Laufe seines Lebens gewandelt haben. So driften bei ver-

schiedenen Kommentatoren die *Spotlights* auseinander, mit Unschärfen und Überlappungen in den so beleuchteten Bildern. Aus dem Gemischtwarenladen der Erinnerungen sucht sich jeder heraus, was ihm zupass kommt: Eugen Kogon als Kämpfer und Theoretiker des Widerstandes, Vergangenheitsbewältiger, Erneuerer, Christ, Mitbegründer der CDU, Sozialist, christlicher Sozialist, sozialistischer Christ, Freund/Feind der Kommunisten/der Sowjetunion, Europäer, Verleger, Politpädagoge, Politologe, Kritiker der Republik, Erzieher der Nation.

Dazu dann noch die gängige Praxis der Tradierung: einer schreibt vom anderen ab. Irreführende Klischees, von einem gutgläubigen oder nachlässigen Schreiber in die Welt gesetzt und von meinem Vater zum Teil toleriert, perpetuieren sich: die früh verstorbenen Eltern, das katholische Elternhaus (das den Blick auf die jüdischen Wurzeln verstellt), das Studium der Soziologie, die sieben Jahre im KZ (in Wirklichkeit: sieben Jahre Gefangenschaft, die er zu etwa zwei Dritteln im KZ Buchenwald verbrachte). Vielleicht wird einmal ein neuer Kogon-Biograf erfolgreicher sein als ich mit meinen Korrekturen an gängigen Kogon-Klischees.

»Wenn ich mich an ihn erinnere,« sagt mein Sohn Matthias, »sehe ich ihn aufrecht da stehen, und er sieht mutig aus und lacht und strahlt etwas aus, das mit Zukunft und Visionen zu tun hat. Er besaß die inspirierende Fähigkeit, mit seiner Zuversicht weite Bögen zu spannen, Gedankenbögen zu ferneren Zielen am Horizont weit über die unmittelbar vor uns liegenden Stolpersteine hinaus«.

Ich meinerseits sinne über andere Wesenszüge nach: Was mag er empfunden haben, als ihm klar wurde, dass seine Mutter ihn nach seiner Geburt verlassen hatte und auch sein Vater nie in sein Leben getreten war? Und später, vielleicht erst bei der Heirat, als er, in Klöstern streng katholisch erzogen, seinem Taufschein entnehmen

konnte, dass seine Mutter jüdischen Glaubens war? Mechanismen der Verleugnung und der Verdrängung. Eine Existenz als nichteheliches Waisenkind in einer Zeit, in der dies ein schwerer Makel war. Die Kraft, derer es bedurfte, um sieben Jahre Gefangenschaft ohne die geringste Gewissheit auf ein glückliches Ende zu überstehen. Die Todesangst angesichts des Befehls der Verschickung nach Auschwitz, wo er ermordet werden sollte. Nie wieder, nie wieder! Noch fünfzehn Jahre nach dem Tod meines Vaters ist diese Losung für mich kaum weniger lebendig als vorher.

Was wird von ihm und seinem Werk bleiben? Die Ferment- und Tiefenwirkung gewiss, außerdem der gerade noch sichtbare Bodensatz des kollektiven Gedächtnisses auf dem Straßenschild, in Lexika, in Erwähnungen und Zitaten. Seine Schriften sterben einen langsameren Tod. Nur auf dem Grab wuchert, gleichsam ersatzweise, unaufhörlich neues Grün.

ROMAN PLISKE

Sieben Wege zu konvertieren

Längst sind Konvertiten nicht mehr »zum katholischen Glauben übergetretene Protestanten«, sondern Bekehrte jeglicher Gemeinschaft – von politischer bis zu spiritueller. Eine Konversion ist heute nur noch eine radikale Kehre, fast immer gilt, was Paulus über sich selbst schrieb: »Ich vergesse, was hinter mir liegt, und strecke mich nach dem aus, was vor mir ist.« Wahrscheinlich ist Glaubenswechsel eine ernste Sache. Doch ist Konversion positiv? Wohl kaum. Vielleicht ist es nach christlichen Vorstellungen sogar eine Sünde, denn es bleibt die Tat eines Menschen, mit der er die Verbindung zum Heiligen unterbricht – durch die Übertretung göttlicher Gebote. Für manche, wie den Philosophen André Gide, ist es einfach eine Schwäche, hervorgebracht durch »Mü-



Foto: dpa

Konvertiten (I): Vom sozialistischen Revolutionär zum faschistischen Führer: Benito Mussolini, 1922.

digkeit, Angst, Verdruss, Krankheit und sexuelle oder gefühlsmäßige Impotenz«. Sieben Regeln befolge nun der geneigte Wechselwähler, will er Konvertit werden:

Hinterlege Dein Geld am Eingang

Chizuo Matsumoto verkaufte Heilmittel, bot Akupunkturen an und betrieb ein paar Yoga-Schulen. Eines Tages gab er sich den Namen Shoko Asahara und gründete die Aum-Sekte. Alter Wein: Ihre Mitglieder dürfen ihr bürgerliches Leben aufgeben und versprechen Asahara absoluten Gehorsam. Dafür nimmt er die Last ihres gesamten Vermögens an sich, zu Spitzenzeiten rund eine Milliarde us-Dollar. Der versprochene Lohn: eine Vision – Die Aum-Sekte mit Asahara als dem göttlichen Kaiser wird eine Katastrophe überleben, die vier Fünftel der Weltbevölkerung ausrottet. Tausende Japaner und noch mehr Russen traten der Sekte bei. In

Laboratorien stellte man genug Sarin her, um 4 Millionen Menschen zu töten.

Damit sich die Prophezeiung auch erfüllt, half man der vorhergesagten Apokalypse ein bisschen nach: Vom Dach eines achtstöckigen Hochhauses in Tokio wurden Anthrax-Bakterien über die Stadt verteilt. Wenig später starben ein Dutzend Menschen bei einem Giftgasanschlag auf die U-Bahn-Linien in Tokio, weitere 5.000 erlitten Vergiftungen. Technische Pannen verhinderten Schlimmeres. Die Bereitschaft zum Massenmord war zwar da, die Bereitschaft zur Kamikaze aber nicht. Denn *Aum-Shinri-Kyo* – übersetzt: »das höchste Glück« – wollte man selbst noch erleben.

Schwöre ab, dem körperlichen Laster

Augustinus' Leben war vor seiner Bekehrung nicht ohne Freude: er genießt amourose Abenteuer und hat eine Konkubine, mit

der er seinen Sohn Adeodatus zeugt. Dann verstößt er sie auf Geheiß seiner frommen Mutter, verlobt sich mit einem Mädchen der besseren Gesellschaft und nimmt sich wieder eine Geliebte. »Tolle, lege!« – »Nimm und lies!« Als er unter einem Feigenbaum eine Kinderstimme hört, greift er zur Bibel und schlägt sie irgendwo auf: »Lasst uns ehrenhaft leben, ohne Unzucht und Ausschweifung. Sorgt nicht so für euren Leib, dass die Begierden erwachen.« So kam es.

Als sich die Sowjetunion 1989 aus Afghanistan zurückzog, kam die Stunde von Osama Bin Laden. Er gab Tausenden von umherirrenden Mudschaheddin eine neue Heimat und nannte sie Al Qaida – die Basis. In seinem Manifest heißt es: »Die Tötung der Amerikaner und ihrer Verbündeten ist persönliche Pflicht jedes Moslems«. Dass die Attentäter des 11. Septembers unter absoluter Selbstaufgabe handelten, war unter anderem Bin Ladens zweifelhafter Erfolg einer Reduzierung der weltlichen Ziele auf die religiöse Wahrheit. Die Männer von Portland durften keine Männer mehr sein, denn so war die Geringschätzung des eigenen und fremden Lebens gesichert. Auch Osama Bin Laden, der charismatische Führer, gibt sich gerne körperlos, seit er vom Playboy zum asketischen Fanatiker konvertierte. Und so inszenierte die ganze Al Qaida ihren Anschlag als singulären Übertritt: Sie kaptulierte sich durch die Wahrzeichen des Diesseits in ihr Paradies. Schluss mit lustig – Peter Scholl-Latour konstatierte: »Das ist das Ende der Spaßgesellschaft«. Und verteilte der politischen »Konvertiten«-Generation von 1968 ein paar Betroffenheitswatschen.

Sprich kraftvoll und deutlich

Als Kind begleitete ihn noch die Bibel, als Schüler zweifelte er schon an ihr. Er studierte Theologie und wurde dann mit 24 Jahren Professor der klassischen Philologie. Mit seinem Freund Richard Wagner brach er, als sich der Komponist dem Christentum zuwendete. Der Fortschritt seiner Krankheit

zwang ihn in die Invalidität, und er wurde radikal: »Ich heiße das Christentum den einen großen Fluch, die eine große innerlichste Verdorbenheit, den einen großen Instinkt der Rache, dem kein Mittel giftig, heimlich, unterirdisch, klein genug ist – ich heiße es den einen unsterblichen Schandfleck der Menschheit ...«.

Als sich der Pfarrersohn Friedrich Nietzsche erst einmal entschieden hatte Antichrist zu werden, schwang in seiner Rede Stolz. »Gott ist tot! Und wir haben ihn getötet!« Er besaß kein Mitleid mit der Leiche. Der Untergang des eigenen Glaubens war ihm der allgemeine Tod einer Religion. Seine Rhetorik und Provokationskraft schütteten alle inhaltlichen Schlaglöcher zu. »Was ist schlecht? Alles, was aus der Schwäche stammt – das kranke Tier Mensch – der Christ. Die christliche Kirche hat aus jedem Wert einen Unwert gemacht.« Nietzsche befahl die Krankheit Gott – niemand trauerte so sehr um den teuren Toten: »Sein bin ich, ob ich in der Frevler Rotte auch bis zur Stunde bin geblieben: Sein bin ich – und fühl die Schlingen, die mich im Kampf darniederziehn«. Sicher ist sicher.

Fühle Dich auserwählt – gerne mehrmals

Sein Tagebuch war sein bester Freund: »Gott, es ist mir, als hätte ich all diese Jahre vergeudet, seit ich katholisch geworden bin«. Der anglikanische Theologe und Priester John Henry Newman wuchs im liberalen Bürgertum auf und vertauschte erst einmal das väterliche Erbe eines Bankhauses mit dem Engagement in der anglikanische Kirche. Dann, mit 44 Jahren, entschied er sich wieder anders – für Rom. »Gott hatte ihm eine bestimmte Aufgabe übertragen, die Gott niemand anderem gegeben hat«. Johannes Paul II. legitimierte vor zwei Jahren Newmans *Blues-Brothers*-Motto: »Ich habe eine Mission«. Er war nicht beliebt, doch die Doktor- und Kardinalstitel trösteten ihn, »war doch mein Leben einsam und gramvoll, seit ich katholisch geworden bin«.

Konvertiten (II): Vom moskauhörigen Stalinisten zum Kärner der Nachkriegssozialdemokratie: Herbert Wehner, 1946.



Foto: AdSD

Nicht ganz stetig auch der Autor der Detektivgeschichten *Pater Brown*, Gilbert Keith Chesterton. »Er ist so lustig, dass man fast glauben könnte, er habe Gott gefunden«, schrieb Kafka. Die Frage ist: Wann? Der englische Schriftsteller entstammte einer atheistischen Familie und genoss die Kirchenlosigkeit in seiner Sturm- und Drangperiode. Als Chesterton mit 25 Jahren heiratete, brachte er seine Weltsicht mit dem anglikanischen Glauben seiner Frau Frances Blogg zusammen. 48-jährig ließ er sich schließlich in die römisch-katholische Kirche aufnehmen, obwohl er sich einst genauso gut (oder schlecht) vorstellen konnte, Kannibale zu werden.

Rechne mit dem Unmut Deiner Nächsten

Eine private Jahrtausendwende: 1800 warf der Schriftsteller Friedrich Leopold Graf Stolberg die evangelische Tür laut ins Schloss und öffnete mit dem Schlüssel seiner zwei-

ten Frau das Schloss zur römischen Kirche. Ex-Freund Johann Heinrich Voss dichtet: »Pfaffenknecht? Ab schwörest du Licht und Wahrheit?« Es ist eine »unglaubliche Sensation«, so Kollege Goethe, dass sich der ehemalige Gefährte Stolberg vom Hokuspokus, dem »Kling und Klang« der Kirche fangen lässt. Voss legte in einer Schmähschrift noch einmal vergeblich nach: *Wie ward Fritz Stolberg ein Unfreier?* Dann ward Ruhe.

Zu seinem 65. Geburtstag lud Alfred Döblin, Sohn eines jüdischen Kaufmanns, seine Freunde ein: Die Komponisten Schönberg und Eisler, die Brüder Heinrich und Thomas Mann, das Pärchen Bert Brecht und Helene Weigel. Er berichtete: »Wenn ich die Augen schließe, fühle ich das Kruzifix oben rechts wie eine strahlende Wärme«. »Ein peinlicher Vorfall«, so Bertolt Brecht. Von nun an waren Döblins Werke christlich-humanistisch geprägt. Und niemand verstand ihn mehr.

Die Waffe Buch: August 1921 - Die Jüdin Edith Stein ist zu Gast bei ihrer Freundin Hedwig und stöbert im fremden Bücher-schrank. »Ich griff hinein aufs Geratewohl und holte ein umfangreiches Buch hervor. Es trug den Titel: *Leben der heiligen Teresa von Avila*. Ich begann zu lesen, war sofort gefangen und hörte nicht mehr auf. Als ich das Buch schloss, sagte ich mir »das ist die Wahrheit«. Stein verließ das Haus, kaufte zwei Bücher – einen katholischen Katechismus und ein Messbuch – ging in die Kirche und ließ sich taufen. Keiner der Familie konnte für ihren neuen Weg Verständnis aufbringen: »Mein Geheimnis gehört mir«.

Schweige nicht, schwärme!

Als der Journalist Arthur Koestler seine Bekehrung zum Kommunismus beschreibt, hatte er mit diesem schon abgerechnet. Trotzdem verglich er seinen Glauben an die KPD und die Weltrevolution mit einer Hingebung an Gott: »Das neue Licht scheint von allen Seiten in die Schädelhöhe hereinzudringen; die verwirrende Fülle der Erscheinungen nimmt plötzlich eine fassbare Gestalt an. Zweifel und Konflikte gehören der qualvollen Vergangenheit an. Von jetzt an ist die innere Ruhe und Heiterkeit des Bekehrten durch nichts mehr zu gefährden«. Der Nationalsozialismus war der Grund seines Bundes, die Stalin'schen Schauprozesse der des Bruchs. Die Zeit dazwischen war Begeisterung.

Der ungläubige Dichter Paul Claudel wurde am ersten Weihnachtstag 1886 in der Kathedrale Notre-Dame in Paris vom Glauben getroffen. Eigentlich wollte er die Liturgie für seine literarischen Tätigkeit missbrauchen, doch die Messe streckte ihn nieder: »Mein ganzes Sein wurde geradezu gewaltsam empor gerissen, ich glaubte mit einer so starken Überzeugung, dass keinerlei Platz auch nur für den leisesten Zweifel offen blieb, dass von diesem Tage an alles Klügeln meinen Glauben nicht auch nur anzutasten vermochte. Schon öfter habe ich

den Versuch angestellt, die Minuten zu rekonstruieren; dabei stoße ich auf eine Reihe von Elementen, die indessen nur einen einzigen Blitz bildeten, eine einzige Waffe, deren die göttliche Vorsehung sich bediente, um endlich das Herz eines armen verzweifelten Kindes zu treffen und sich den Zugang zu ihm zu verschaffen«.

Schreibe Dich später frei!

Als junger Mann unternahm Eugen Kogon eine *Italienische Reise* und formte – wie der literarische Konvertit Goethe – seine Gesamtsicht vom inneren Aufbau des gesellschaftlichen Lebens. Die ständische Staatsidee, die Mussolini nachäfft, zog den Obrigkeitsfanatiker in seinen Bann – Ordnung und Disziplin waren für ihn die Zielvorgaben. Mit 30 hieß er die »weltgeschichtliche Revolution der Nationalsozialisten« willkommen und forderte Vergeltungsmaßnahmen für die geistigen Anschläge durch »Marxismus und Judentum«. Erst seine heute schwer nachvollziehbare Einweisung in das KZ Buchenwald leitete einen Gewissenswandel ein: »Ich bin im Lager ein anderer geworden.« Nach 1945 engagierte sich der Mitbegründer der FRANKFURTER HEFTE für die Demokratisierung Deutschlands und publizierte nach den ersten unbefriedigenden Entnazifizierungsmaßnahmen 1947 den Aufsatz »Das Recht auf den politischen Irrtum« – für all jene, die sich am Neuaufbau beteiligen wollten.

Oskar Lafontaine lehnte 1979 die Nachrüstung ab und forderte den Austritt aus der NATO. Im Schulterchluss mit Parteichef Björn Engholm leitete der 50-jährige 1992/93 die »Petersberger Kehrtwende« der SPD ein – die Beteiligung deutscher Soldaten an UNO-Militäreinsätzen wurde legitimiert. 1995 lehnte er dann einen deutschen Militäreinsatz außerhalb des NATO-Vertragsgebietes – wie in Bosnien – ab. 11.3.1999: Oskar Lafontaine konvertierte vom SPD-Vorsitzenden zum Publizisten, pünktlich zur Buchmesse erschien *Das Herz schlägt links*.

NORBERT SEITZ

Deutsche Opfergeschichte

Jörg Friedrichs »Der Brand«
über den alliierten Luftkrieg

Als junges Liebespaar, er 19, sie 17, bangten meine Eltern in einem Mainzer Luftschuttkeller um ihr Leben: »Lieber Gott, wir sind doch noch so jung«. Weltuntergang könne nicht schlimmer sein, beschreibt der Historiker Jörg Friedrich die zwischen Angst und Panik schwankenden Gefühle der Menschen in den Kellern. Am 27. Februar 1945 wurde Mainz von britischen Bombertruppen »platt gemacht«. Die Stadt am Zusammenfluss zwischen Rhein und Main, zuvor schon bei einem Luftangriff 1942 schwer beschädigt, war vom britischen Luftfahrtministerium zum »Verkehrszentrum für Truppen- und Materialtransporte in das Kampfgebiet« erklärt worden, obwohl dieser Frontabschnitt nach der missglückten Ardennenoffensive »ganz nebensächlich« geworden sei. Trotz bester Schutzeinrichtungen lag die Zahl der Toten mit 3.500 bis 3.800 Personen »bei dem Doppelten des Durchschnitts«. Friedrich schildert: »Am Angriffstag kam um die Mittagszeit dem deutschen Flugmeldedienst der Überblick abhanden; zu der Zeit flogen 2.600 Maschinen, wohin sie wollten. Die 435 auf Mainz angesetzten Bomber schlüpfen durch das Gitter der Melder, diese wähten alle Angreifer auf dem Heimweg und gaben für Mainz Entwarnung. Als die Kellerinsassen um kurz nach 16.00 Uhr ans Licht kamen, waren die 4., 6. und 8. britische Bombergruppe bereits über Cochem. Die Leute machten sich erleichtert auf den Heimweg, um 16.25 Uhr wurde Fliegeralarm ausgelöst, in demselben Moment fielen die Bomben. Für den Rückweg in die Festungsanlagen war es zu spät...« Noch heute läuten

am 27. Februar zwischen vier und fünf Uhr die Glocken des Mainzer Doms.

In seiner Neujahrsansprache stellte Kanzler Schröder fest, wir Deutsche wüssten aus eigener Erfahrung, dass Diktatoren manchmal nur mit Gewalt zu stoppen seien. »Wir wissen aber auch, was Bomben, Zerstörung und Verlust der Heimat für die Menschen bedeuten«.

Schröder spielte mit seiner Bemerkung nicht nur auf vergangenes Leid, sondern auch auf die Gefahren eines drohenden Golf-Krieges an – mit unübersehbaren Konsequenzen für die Region. Weshalb dem in Bedrängnis geratenen Kanzler auch sogleich unterstellt wurde, die Debatte um das deutsche Leid im Zweiten Weltkrieg als pazifistischen Stimmungsmacher vor einem Präventivkrieg gegen den Irak einzusetzen.

Das Kriegsleid der Deutschen ist jedoch aus einem tiefer gehenden Grund Thema von TV- und Magazinserien geworden: Nach dem späten Gelingen einer selbstkritischen Aufarbeitung der NS-Geschichte scheint es endlich möglich geworden zu sein, eine sachliche Diskussion darüber zu führen, ohne in die früher übliche Opfer-Täter-Aufrechnungshaltung zu verfallen.

Schon im letzten Jahr wurde die Debatte um deutsche Opfer von Günter Grass und seiner Fluchtnovelle *Im Krebsgang* angestoßen. Nunmehr hat Jörg Friedrichs nüchtern resümierende Studie *Der Brand* eine breite Diskussion über den alliierten Luftkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung ausgelöst. Minuziös schildert der Berliner Historiker die planmäßige Zerstörung von 160 Städten – von Lübeck im März '42 bis Würzburg im März '45. Er untersucht die Entwicklung von Spreng- und Brandbomben und deren zerstörerische Wirkung, analysiert die Strategie des *area bombings*, stellt die Empfindungen unter der betroffenen



Lübecker Altstadt im März 1942 nach dem ersten alliierten Luftangriff.

Zivilbevölkerung dar und erinnert an zerstörtes Kulturgut – wie Denkmäler, Archive oder Museen.

Detailliert nimmt sich Friedrich die Stationen des »Brandkriegs« vor – von Nord nach Süd, von einem zum nächsten Luftangriff, mit präzisen Angaben über die Anzahl getöteter Zivilisten oder Typen und Umfang von abgeworfenen Bomben. Ebenso gründlich analysiert er die psychologischen Konsequenzen jener Flächenbombardements, die nach der Vorstellung des britischen Luftmarschalls Arthur Harris nicht nur die deutsche Rüstungsproduktion zerstören, sondern auch die Zivilbevölkerung demoralisieren sollte. Der Luftkrieg hat jedoch die Durchhaltungsmoral der Deutschen nicht brechen können, eher seien »Volksge-

meinschaftsgefühle« gestärkt worden. Am Ende fielen von 125.000 Besatzungsangehörigen der britischen *Bomber Command* 55.000, d.h. 44 Prozent. Die Zahlen der Opfer in der deutschen Zivilbevölkerung schwanken zwischen 420.000 und 570.000.

Spätestens seit Mitte der 50er Jahre, als die Westintegration der Bundesrepublik halbwegs vollzogen und die Bundesrepublik als Mitglied der NATO aufgenommen war, schien es politisch nicht mehr opportun, wegen des Luftkriegs über Nazi-Deutschland anklägerische Reden an die Adresse der neuen Verbündeten zu richten. Nur die anti-faschistische Geschichtsschreibung in der DDR scheute sich nicht, den »anglo-amerikanischen Bombenterror« an den Pranger zu stellen.

Dagegen wurde Dresden über Jahrzehnte zur Aufrechnungsschiffre für deutsche Leidensgeschichte. Doch solange der verheerende Luftangriff vom Februar '45 gegen das unvergleichliche Inferno von Auschwitz aufgerechnet wurde, hatte eine berechtigte deutsche Opferperspektive keine Chance, moralisch überhaupt ernst genommen zu werden.

Noch 1984 malten empörte Kritiker die Gefahr eines Geschichtsrelativismus an die Wand, als Oberbürgermeister ehemals zerstörter deutscher Städte in einem gemeinsamen Aufruf gegen die Errichtung des Londoner Denkmals für Sir Arthur »Bomber« Harris protestierten. Die Frage blieb jedoch, wie sich über das Leid der Deutschen reden lässt, ohne als Geschichtsrevisionist oder Ewig-Gestriger dazustehen? Schon vor Jahren schrieb der Schriftsteller Gerhard W. Sebald, der Bombenkrieg sei ohne Schmerzesspur in der deutschen Nachkriegsliteratur geblieben.

Auch andere Historiker wie Hans-Ulrich Wehler geben unumwunden zu, über den Luftkrieg, seine Opfer und seine Traumata müsse endlich diskutiert werden, so sehr deutsches Leid in den 50er Jahren als Ablenkungsmanöver gegenüber deutschen Verbrechen auch erhalten musste. Trotz eines spürbaren »psychologischen Gezeitenwechsels« warnt er aber gleichzeitig vor der Gefahr eines modischen Opferkultes.

Jörg Friedrich geht in seinem Buch von einer »Kultur der Versöhnung« aus, die mittlerweile sogar die Wahrheit vertragen könne. Wohlwollende Kritiker attestieren ihm, er stelle nur den »Schmerz« über erlittene Zerstörung fest, ohne Schuldgezeter anzustimmen oder gar Churchill als Kriegsverbrecher abzuurteilen. Zudem betont er ausdrücklich, dass das Flächenbombardement nicht von den Briten erfunden worden sei. Es war Hitlers Luftwaffe, welche die Innenstadt Warschus, Rotterdam und die englische Industriestadt Coventry in Schutt und Asche legte

Dennoch ist der Vorwurf an Friedrich, er leiste sich »semantische Entgleisungen«, nicht von der Hand zu weisen. In der Tat bedient sich der Autor bei der Beschreibung des Luftkriegs mitunter völlig unangemessen der Sprache des Holocaust-Horrors, wenn er vom »Auftrag zur Massentötung« und »Zivilmassakern« spricht oder Bombenopfer als »Ausgerottete« und *Bomber Groups* als »Einsatzgruppen« bezeichnet

Wie aber gelingt es, das Leid vieler Deutscher anzuerkennen und in eine inzwischen gelungene Aufarbeitung von NS-Geschichte zu integrieren, nachdem über Jahrzehnte nur eine rechtsextreme Propaganda sich des Themas bemächtigt hat? Man braucht dieser Tage nur in die rechtskonservative JUNGE FREIHEIT zu schauen, um sich aufs Neue von der Gefahr eines propagandistischen Umschlags des Themas überzeugen zu können. Dort werden seit dem Erscheinen von Jörg Friedrichs *Der Brand* noch lebende Zeitzeugen um Schilderungen gebeten – »einer Nacht im Luftschutzkeller, der Flucht durch eine brennende Stadt, des Einsatzes an der Flak oder des Beschusses eines Flüchtlingstrecks durch feindliche Jagdbomber am helllichten Tag«.

Aber dieses abschreckende Beispiel darf von einer sensiblen Wahrnehmung des Themas nicht abhalten. Deutsche Opfergeschichte festzuhalten ist nunmehr das Thema der Linken, weil sie nicht im Verdacht steht, damit NS-Geschichte relativieren oder aufrechnen zu wollen. Dabei steht sie vor der schwierigen Aufgabe, gerade während eines neuen Krieges Sorge dafür zu tragen, dass die erregte Debatte nicht in schiefe historische Analogien oder einen neuerlichen Anti-Amerikanismus abgleitet. Skepsis sei angemeldet, ob diese Gratwanderung in der stark emotionalisierten deutschen Öffentlichkeit gelingen kann.

Jörg Friedrich: Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945. PROPYLÄEN VERLAG, München 2002, 592 S., € 25,00.

DIETER RULFF

Schwierig Beziehungskiste

Dan Diner und die Nachtseite der deutsch-amerikanischen Freundschaft

Seit Gerhard Schröder im Wahlkampf einen »deutschen Weg« in der Außenpolitik gefunden hat, wird allenthalben darüber gestritten, ob er damit lediglich die notwendige Distanz zu einer als abenteuerlich empfundenen Irak-Politik der Bush-Administration markiert hat, oder ob der Deutsche den ausgetretenen Pfad eines linken, pazifistischen Anti-Amerikanismus einschlug, um doch noch zum Wahlsieg zu gelangen. Ersteres nimmt der Kanzler selbst für sich in Anspruch und Letzteres nimmt Wolfgang Schäuble an, der in der Umwandlung einer gesunden Skepsis in anti-amerikanische Gefühle »das einzig wirklich erfolgreiche taktische Manöver des Kanzlers im Wahlkampf« erkennt. Der Grad, der beides voneinander scheidet, ist augenscheinlich schmal, und wer daneben tritt, kann tief fallen. Zuletzt musste Herta Däubler-Gmelin spüren, dass der Vorwurf des Anti-Amerikanismus eine äußerst scharfe Klinge ist. Ihre Karriere war beendet.

Anti-Amerikanismus hat eine lange und tief verwurzelte Tradition, nicht nur in Deutschland, doch seit der Befreiung 1945 ist hier zu Lande das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten immer auch ein Lackmus-Test auf die Bewältigung der Vergangenheit und die demokratische Zuverlässigkeit. Das unterscheidet bei allen Parallelen die hiesige Debatte von der derzeit in Frankreich geführten.

Wie tief die Wurzeln reichen und wie schwierig deshalb eine Selbstvergewisserung ist, hat der Historiker Dan Diner bereits vor zehn Jahren in einem Buch ergründet, das er nun aus gegebenen Anlass aktualisiert hat. Schon im damaligen Golf-Krieg konnte man einen Perspektivenwechsel beobachten, der für die geistige Verfassung des Landes typisch war – und wohl auch jetzt noch ist.

Aus dem Aggressor in Bagdad wurde unter der Hand die Zielscheibe einer amerikanischen Aggression, der zudem noch unlautere Motive unterstellt werden konnten. »Kein Blut für Öl«, die so simple wie eingängige Parole genügte weniger dem aktuellen Stand der einschlägigen Imperialismustheorien, entsprach aber dafür umso mehr dem Reinheitsgebot deutscher Sittlichkeit, das ob Reich oder Revolution schon immer ein Kämpfen nur um hehrer Ziele willen gestattete. Mit einem solchen Kampfetos war genauso wenig der personalschonende Einsatz hochtechnologischer Waffensysteme vereinbar.

Dass amerikanische Soldaten keine rechten Kämpfer seien und ihr Einsatz imperialistischen Zielen diene – derlei Deklassierungen waren schon im Deutschland des Ersten Weltkrieges *en vogue*, Reflexe der eigenen Unterlegenheit gegenüber dem unaufhaltsam aufstrebenden neuen Kontinent.

Die Verzweiflung an der amerikanischen Hypermoderne hat mittlerweile auch außereuropäische Kulturen ergriffen. Während Europa die Erkenntnis des eigenen kulturellen Bedeutungsverlustes schon hinter sich, allerdings noch nicht verarbeitet hat, steht sie den sakral durchdrungenen islamischen Kulturen erst noch schmerzhaft bevor. So gesehen sind die Angriffe auf die Türme des *World Trade Center* weniger Ausdruck des Protestes der »Verdamnten dieser Erde«, sondern Manifestation einer eingebildeten sakralen Überlegenheit über eine säkulare Moderne.

Varianten dieses Kampfes der Kulturen haben, das macht Diner deutlich, das deutsch-amerikanische Verhältnis während der gesamten Zeit der Moderne durchzogen. Amerika hat in den letzten zweihundert Jahren die Projektionsfläche für die abgespaltenen negativen Aspekte des deutschen Selbst geboten, wobei sich der Idealismus der deutschen Romantik als eine der produktivsten Quellen des Anti-Amerikanismus erwiesen hat. Er sah in der nivellierenden Le-

**Globalisierungsgegner
protestieren im Mai 2002
während des Bush-
Besuchs in Berlin.**



Foto: Reuters/Arnd Wiegmann

bensform eines auf sein materielles Fortkommen bedachten Bürgertums die Absage an alle kulturellen Wesentlichkeiten. »Hier entfaltet sich der praktische Mensch in seiner furchtbarsten Nüchternheit« klagte der Dichter Nikolaus Lenau 1831 anlässlich einer Amerika-Reise. Für den idealistischen Theoretiker des Staates G. W. F. Hegel war jenseits des Atlantiks bloß eine zur Staatsbildung nicht fähige »bürgerliche Gesellschaft« anzutreffen.

In deren unaufhaltsamen Aufstieg spiegelte sich der »Untergang des Abendlandes«, den der konservative Revolutionär Moeller van den Bruck Anfang des vorigen Jahrhunderts diagnostizierte, und der sich zu dessen Ende in der Klage des linken Psychoanalytikers Horst-Eberhard Richter über die »bis ins Unterbewusstsein hinabreichende psychische Amerikanisierung« der deutschen Gesellschaft wiederfinden lässt.

Von Richters Therapie, »ein neues eigenständiges Deutsch-Sein zu erarbeiten« ließe sich nun über das »USA-SA-SS« der Studenten- und den gesinnungsethischen Anti-Amerikanismus der Friedensbewegung schnell ein roter Faden zum »deutschen Weg« Gerhard Schröders spinnen. Doch weiß auch Diner um die Schwierigkeit, die in der Verwendung solcher Zuschreibungen im politischen Alltagsgeschäft liegt. Denn sie »sind nicht immer eindeutig, sondern als Teil eines überaus zwiespältigen Wahrnehmungsgefüges zu verstehen, in dem sich tatsächliche Vorkommnisse und andere Realien mit projektiven Anteilen zu einem undurchsichtigen Geflecht eines negativen Amerika-Bildes verdichten«.

Die Politologin Mary Nolan von der New York University hat zudem jüngst darauf verwiesen, dass der Anti-Amerikanismus seine Inspiration weniger aus der Kultur als

aus der Macht des US-Imperiums ziehe und sein Grad von der jeweils amtierenden US-Regierung abhängt. So lässt sich erklären, weshalb nach einer Phase der Amerika-Begeisterung während der Clinton-Ära mit Beginn der Bush-Administration die Stimmung umgeschlagen ist. Diesem referenziellen Aspekt einer schwierigen Beziehungskiste hat Diner leider zu wenig Beachtung geschenkt. Weshalb sich Schäuble zwar auf ihn beziehen könnte, deshalb aber nicht unbedingt Recht haben muss.

Dan Diner: Feindbild Amerika. Über die Beständigkeit eines Ressentiments. PROPYLÄEN VERLAG, München 2002, 236 S., € 20,00.

JOACHIM PERELS
**Wiederentdeckung eines
kritischen Theoretikers**
Zur intellektuellen Biografie
Wolfgang Abendroths

Um den Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth (1906 bis 1985) ist es still geworden. In der frühen Bundesrepublik gehörte er, geprägt durch den Widerstand gegen das Dritte Reich, zu den bedeutendsten sozialdemokratischen Verfassungsjuristen. Wie nur wenige knüpfte er an die verschüttete Gedankenwelt der staatsrechtlichen Linken der Weimarer Republik und der Emigration an. Heute ist kaum eines seiner Bücher im Buchhandel mehr erhältlich. Das von Friedrich-Martin Balzer, Hans Manfred Bock und Uli Schöler herausgegebene Sammelwerk macht Abendroths Denken der Diskussion wieder zugänglich. Wichtig ist dabei vor allem die erstmals vorgelegte vollständige Bibliographie seiner 1.057 Titel umfassenden Schriften, die von einem Artikel des 23jährigen, der sich als Mitglied der KPD gegen Lenins Denunziation der Religion wendet, über einen illegal publizierten Text zum Strafrecht des deutschen Faschismus bis zum Irseer Programmentwurf der SPD rei-

chen. Die Bibliografie ermöglicht es, die Vielfalt von Abendroths Denken ungefiltert durch mancherlei Vereinnahmungen unmittelbar zur Kenntnis zu nehmen.

Ein Stück seiner Wirkungsgeschichte lässt sich an Hand der genau aufgeschlüsselten Darstellung der politisch-wissenschaftlichen Lebenswege der von Abendroth promovierten Politikwissenschaftler – es sind, *nota bene*, 74 – verfolgen, die oftmals höchst unterschiedlicher Couleur waren. Der Spannbogen reichte von Rüdiger Altmann über Vera Rüdiger bis zu Frank Deppe.

Die in dem Band versammelten, zum Teil nachgedruckten Beiträge von Jürgen Habermas, Oskar Negt, Jürgen Seifert, Helmut Ridder, Helga Grebing und Richard Löwenthal, um nur einige zu nennen, zeugen auf unterschiedliche, durchaus auch kritische Weise von der Wirkungskraft der vielfältigen Arbeiten Abendroths, die in der Tradition eines demokratisch interpretierten Marxismus stehen. Sie zerfallen methodisch – und dies spiegelt sich in den Beiträgen zu seinen Schriften wieder – in juristische Analysen und sozialhistorische Studien zur Geschichte der Arbeiterbewegung. Gegen eine falsche Identifikation von Staatsapparat und Verfassung setzt Abendroth den Geltungsanspruch der demokratischen Normen des Grundgesetzes. Die Reflexion der Entwicklung der Arbeiterbewegung zielt nicht auf eine Legitimation der jeweiligen Führungen, sondern auf die Entfaltung der im Begriff der Einheitsfront zusammengefassten Handlungsmöglichkeiten.

Mit wenigen Strichen gelingt es Jürgen Habermas, Abendroths moralische und intellektuelle Physiognomie zu zeichnen: »Wolfgang Abendroth war eine moralische Person. Wenn es so etwas wie die Einheit von Werk und Lebensgeschichte überhaupt geben könnte, niemand wäre diesem Ziel näher gekommen als er«. Auf Abendroths wohl wichtigsten verfassungstheoretischen Text zur Interpretation des Grundsatzes des sozialen Rechtsstaates lenkt Habermas zu

Recht sein Hauptaugenmerk: »Abendroth (stellt) zwischen der Sozialstaatsformel und dem Grundsatz einer bis in die Bereiche der Produktion hinein ausgedehnten demokratischen Selbst- und Mitbestimmung eine externe Beziehung her ... Wie immer man zu den orthodox klassentheoretischen Grundannahmen steht, an denen Abendroth zeit lebens festgehalten hat, seine Sozialstaatsinterpretation ist heute aktueller denn je«.

Eine Reihe von Beiträgen, vor allem die von Uli Schöler und Hans Manfred Bock, untersuchen die Entwicklungsgeschichte von Abendroths Denken einschließlich seiner Positionsveränderungen. Bock, der die Rolle Abendroths in den sozialen Bewegungen der Bundesrepublik von den 50er bis in die 80er Jahre auf einer breiten Literaturbasis umfassend und differenziert verfolgt, bezieht sich auch, ebenso wie Uli Schöler, kritisch auf jene Periode, in der Abendroth die DKP als Bündnispartner und potenzielles Gegengewicht zur Anpassung der Arbeiterorganisation unterstützte, um jedoch am Ende, bei der Bundestagswahl von 1983, nicht mehr die Wahl der DKP, sondern die der GRÜNEN zu empfehlen. Jene Periode von Abendroths Denken, die vielfach mit seinem gesamten, nicht zuletzt durch Rosa Luxemburg geprägten Schriften zu Unrecht gleichgesetzt wird, wird mit dem Rückgriff auf Abendroths eigene kritische Kategorien behandelt. Freilich bemüht Schöler mit Richard Löwenthal ein gewiss bedeutenden, aber nicht unbefangenen Zeugen, der nach 1945 gemeinsam mit Abendroth den Gedanken einer grundlegenden gesellschaftlichen Neuordnung verfochten hatte, den er einige Zeit später aufgab.

Nach Abendroths Tod 1985 erschienen über 50 in dem Band auch aufgeführte Nachrufe, in denen sich seine geistige Ausstrahlung spiegelte. Die F.A.Z. druckt einen respektvollen Artikel von Jürgen Busche, Franz Steinkühler schreibt im GEWERKSCHAFTER über den »bedeutenden Mitstreiter der Arbeiterbewegung«, und Michael Müller

nennt Abendroth im SPD-Pressedienst einen »Lehrmeister der Aufbegehrenden«.

Nachdem Abendroth aus der SPD wegen der Unterstützung des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) 1961 ausgeschlossen worden war, hatte er noch immer intellektuellen Einfluss in der Sozialdemokratie. Herbert Wehner, der jenen Ausschluss besonders aktiv betrieben hatte, auf den aber Abendroth in den 50er Jahren große Stücke hielt, vergegenwärtigte zu Beginn der 70er Jahre im Deutschen Bundestag in der Auseinandersetzung mit der CDU, die den gesellschaftlichen *status quo* mit der Verfassung gleichsetzte, den einst von Abendroth entwickelten Gedanken der Konstituierung von Teilhaberrechten, mit denen undemokratische Strukturen in der Gesellschaft eingeschränkt werden können.

In einer Zeit, in der das kritische Denken von Marx mit dessen Gegenteil, der politbürokratischen Fremdbestimmung der Individuen, verwechselt wird, ist das Buch über Abendroth besonders nützlich.

Friedrich-Martin Balzer, Hans-Manfred Bock, Uli Schöler (Hg.): Wolfgang Abendroth. Wissenschaftlicher Politiker. Biobibliografische Beiträge, LESKE & BUDRICH, Opladen 2002, 509 S., € 34,90.

ULRICH BARON

Vielfalt als Lebensgrundlage Edward O. Wilson über die Zukunft des Lebens

Das Problem ökologischer Schäden ist es, dass sie nicht unmittelbar zu Buche schlagen. So bewegt sich die Menschheit dank ihrer Innovations- und Improvisationskräfte auch Jahrzehnte nachdem der *Club of Rome* die »Grenzen des Wachstums« skizziert hat, auf einem Kurs, der diese Grenzen längst hinter sich gelassen hat.

Die Schadensbilanzen der letzten Jahre, Flut-, Sturm- und Feuerschäden ver-

heerenden Ausmaßes, sprechen für sich. Die dramatische Konfrontation der Gesellschaft mit den neu erwachten Elementargewalten Feuer, Wasser, Wind lässt sich nicht mehr vor Ort bewältigen, weil die Ursachen weit entfernt und, man muss befürchten, doch überall liegen. Zwar sind langfristige Klimaprognosen noch ungewiss, aber die Freisetzung des bislang in fossilen Brennstoffen und im Holz der Regenwälder gebundenen Kohlenstoffes in Form von Kohlendioxid lässt sich ebenso quantifizieren wie der steigende Wasserverbrauch und die landwirtschaftlich nutzbare Fläche. Berechnen lassen sich die Bevölkerungsentwicklung und die Folgen wachsenden Wohlstandes in Ländern wie China und Indien, der zu drastisch wachsendem Wasser-, Energie und Proteinkonsum führen wird.

Die Folge dieser Entwicklung ist, dass die Welt bei scheinbar wachsendem Wohlstand von Tag zu Tag ärmer wird. Vor allem auch artenärmer, weil die Karriere unserer Spezies mit einem dramatischen Verlust an Tieren und Pflanzen verbunden ist. Der amerikanische Biologe Edward O. Wilson hat diesen Prozess an zahlreichen Beispielen beschrieben. Schon als steinzeitlicher Jäger habe sich der Mensch auf neu entdecktem Terrain, von oben nach unten durch die Nahrungskette »gefressen«, zunächst die großen und langsamen Tiere wie die Riesenvögel Australiens und Madagaskars ausgerottet, um sich dann kleineren und schwerer jagbaren Arten zuzuwenden. Ähnliches ließe sich auch an der modernen Hochseefischerei nachweisen, die immer wieder auf der Suche nach neuen Fischarten ist, die die dezimierten Bestände der traditionellen Speisefische ersetzen können.

Neben dieser Übernutzung gibt es vier weitere Faktoren, die zum Artenschwund führen. Die Habitatzerstörung, also die Vernichtung von Lebensräumen; die Umweltverschmutzung; die Überbevölkerung; und

die Einführung fremder Arten, die vorhandene Lebensgemeinschaften zerstören und ortsansässige Arten verdrängen oder ausrotten. So sind die einmalige Flora und Fauna Hawaiis längst von Bioinvasoren verdrängt worden, und auf Guam ist die dort ansässige Vogelwelt in den Schlündern unzähliger Brauner Baumnattern weitestgehend verschwunden.

Wilson fasst die Ergebnisse seiner Publikationen, in denen der »Wert der Vielfalt«, die Biodiversität, und die Biogeographie eine wesentliche Rolle spielen, zusammen: Die Erhaltung der Artenvielfalt setzt in geschützten Parks genügend große, zusammenhängende Areale voraus. Es gibt keinen Regenwald im Miniaturformat, der die Rolle einer modernen Arche Noah übernehmen könnte. Wenn Restwälder bestimmte Mindestgrößen unterschreiten, sinkt nicht nur der Artenbestand, sondern das ganze System kann zusammenbrechen, wenn der geschrumpfte Wald seine klimaregulierende Kraft verliert und der Regen so dann ausbleibt.

Wilson zeigt hier durchaus Sympathie für das Gaia-Prinzip James E. Lovelocks, das die Erde mit ihrer Biosphäre als einen Superorganismus auffasst. Tatsächlich mehrten sich die Belege für ein komplexes Wechselspiel zwischen der Biosphäre, dem Meer und der Atmosphäre und deren Gas-, Wasser- und Wärmehaushalt. Um die Lebensgrundlagen der Biosphäre nicht zu gefährden, reicht nicht der Schutz einzelner Arten. Es geht Wilson um den Schutz der Vielfalt, die sich an einigen gefährdeten *Hot Spots* zusammenballt, um die Erhaltung alter Waldbestände, den Schutz von Seen, Flüssen und dem gefährdeten Ökosystem der Meere – und dazu bedarf es des Schulterschlusses von Ökologie und Ökonomie. Wilson vertraut auf den wachsenden Einfluß der NGOs und auch auf das kommerzielle Potenzial, das noch in den natürlichen Laboratorien, zum Beispiel, der Regenwälder schlummert.

Ob dies ausreicht, darf bezweifelt werden, aber vielleicht wächst der »Zukunft des Lebens« von anderer Seite her Rettendes zu. Menschen, denen es materiell besser geht, werden oft von großer Sehnsucht nach der Natur befallen, der sie eben noch entkommen wollten.

Edward O. Wilson: Die Zukunft des Lebens. (Aus dem Amerikanischen von Doris Gerstner). SIEDLER VERLAG, Berlin 2002, 256 S., € 19,90.

JUITH KLEIN

Eine klare Präferenz für Schokolade J.-C. Kaufmanns Studie über die alleinstehende Frau

Die Zahlen sprechen für sich, wenn sie auch unterschiedlichste Deutungen zulassen: In Europa ist heute jede vierte Person der Altersgruppe, für die eine Partnerschaft als eine realistische Perspektive erscheint, alleinstehend. »Ein früher marginales, auf Witwen und von der Gesellschaft Ausgeschlossene beschränktes Phänomen hat sich in eine kraftvolle Grundströmung verwandelt, die immer mehr Jugendliche und gut ausgebildete Frauen mitzieht und ihnen ermöglicht, ihre Unabhängigkeit zu leben«, schreibt der Pariser Soziologe Jean-Claude Kaufmann in seinem kürzlich auf Deutsch erschienenen Buch über »Singlefrauen« im Alter von achtzehn bis dreiundfünfzig Jahren.

Der unaufhaltsame Trend zum Alleinleben ist Teil des gesellschaftlichen Prozesses der Moderne, die dem Individuum immer mehr Verantwortung für seinen Lebensentwurf übertragen und die Spielräume der Selbstdefinition erweitert hat – »Freiheiten«, durch die sich allerdings auch der »Widrigkeitskoeffizient der Dinge« (J.-P. Sartre) erhöht hat, was so manches Single-Dasein erklären mag.

Es sind heute vor allem Frauen, die Unabhängigkeit und Autonomie für sich re-

klamieren. Denn die Entscheidung der Frau, als Single zu leben, ist – so Kaufmann – »vergleichsweise einschneidender und subversiver als die des Mannes«; die Frau begehre durch Alleinleben gegen die Rolle auf, »die ihr die Familien- und Haushaltslasten auferlegt und damit ihre Versuche, als autonomes Individuum einfach »davonzufiegen«, vereitelt.«

Nicht jedes Single-Leben verleiht indes Flügel – so ein Fazit des Buches, das insbesondere das Alltagsleben der Solofrauen liebevoll-ironisch nachzeichnet: »Durch die Zwiespältigkeit in ihrem Leben sind sie immer wieder Turbulenzen ausgesetzt und bewegen sich ständig zwischen gegensätzlichen Polen hin und her [...]: Lachen – Weinen, Drinnen – Draußen, fötaler Rückzug – Aktivismus. Unterschiedliche Phasen wechseln sich ab, von einem Extrem zum andern und mit plötzlichen inhaltlichen Brüchen.«

Das Leiden am Alleinsein wird von einer der Betroffenen so auf den Nenner gebracht: »Wochenenden, Feiertage, Sonnenuntergänge und die Steuer werden wohl immer die Feinde der Alleinstehenden sein.« Die alltäglichen Praktiken der Überlistung des Schmerzes sind vielfältig: »warme, gemütliche Vormittage im Bett, Freiheit und fötale Regression [...], fernsehen, lesen, Tagebuch führen, Briefe schreiben oder einfach nur träumen.« Insbesondere die Essensgewohnheiten nimmt Kaufmann unter die Lupe und stellt fest, »dass das Ritual völlig dekonstruiert« wird. Singles weichen beim Essen jeder Familiensymbolik aus und setzen die üblichen Kodes außer Kraft: »Manchmal verschwindet sogar der Teller – dieses letzte Relikt einer Organisationsform, die noch entfernt an eine wirkliche Mahlzeit erinnern könnte. Es ist das Reich des Herumknabbern, am liebsten zu ungewöhnlichen Zeiten, nach Lust und Laune [...]. Feststellen lässt sich außerdem eine klare Präferenz für Schokolade; sie wird auf der Liste der weiblichen Freuden des Alleinlebens besonders oft genannt.«



Die Frau und ihre häusliche Aufopferung bilden immer noch die Grundlage der Familie.

Denjenigen Frauen, die eher unfreiwillig, bloß phasenweise, als Singles leben, bescheinigt der Soziologe im Übrigen zwei tief verwurzelte Neigungen: Zuflucht zum Traum vom »Märchenprinzen« und ständige Reflexivität, was die eigene Lebensform angeht. »Denn das Alleinleben ist (aufgrund seiner Abweichung von der Norm der Ehe) [...] gekennzeichnet durch eine innere identitäre Spaltung, einen ständigen Kampf zwischen tausend Widersprüchen im Inneren des Selbst.«

Kaufmanns Studie handelt natürlich auch von den radikalen, nicht mit sich selbst entzweiten Singles. Es sind vor allem beruflich und sozial sehr engagierte Frauen der Mittel- und Oberschicht, die mit ihrer Selbstständigkeit zurecht kommen und zur Identitätskonstruktion keines stabilen und dichten häuslichen Bezugsrahmens bedürfen.

Die Diagnose des Autors entspricht der Auffassung, dass es »kein Phänomen gibt, das nicht widersprüchlich ist«: Einerseits nennt er die Tendenz zur weiblichen Selbstverwirklichung »revolutionär« im Hinblick auf die allgemeine Struktur der Gesellschaft; denn die Frau und ihre häusliche Aufopferung oder Herrschaft »bilden noch immer die Grundlage der Familie, welche ih-

rerseits nach wie vor ein zentrales Grundelement der Gesellschaft ist. Das simple Ersetzen der Werte der Aufopferung durch die Werte der Autonomie könnte das gesamte Gebäude zum Einsturz bringen. Die Zunahme weiblichen Alleinlebens birgt, vor allem in ihren besonders bewussten und gewollten Formen, bereits die Saat unvorstellbarer Umwälzungen in sich.«

Andererseits stellt er fest, dass die Zunahme des Solo-Daseins das Modell der Paarbeziehung bisher keineswegs geschwächt und die Familie eine erstaunliche Anpassungsfähigkeit unter Beweis gestellt hat: Es sei ihr gelungen, den Autonomiewunsch der Frauen zu integrieren. Die Familie stehe heute »im Zentrum der individualisierten Identitätskonstruktion«. Demnach muss es aber fraglich erscheinen, ob die Autonomie- und Singledynamik die angekündigte »unvorstellbare Umwälzung« je auslösen wird, zumal die von inneren Turbulenzen heimgesuchten, nicht von Revolution, sondern vom Märchenprinzen träumenden alleinlebenden Frauen das Hauptkontingent der weiblichen Singles bilden.

Jean-Claude Kaufmann: Singlefrau und Märchenprinz. Über die Einsamkeit moderner Frauen, UVK Konstanz 2002, 271 S., € 24,00.

Autorinnen und Autoren

Konrad Adam, geb. 1942, ist Chefkorrespondent der Tageszeitung DIE WELT in Berlin.

Ulrich Baron, geb. 1959, lebt als freier Publizist in Hamburg.

Frank Bertsch, geb. 1937, war bis 2001 Leiter des Grundsatzreferates für wirtschaftliche Fragen im Bundesfamilienministerium, lebt als Publizist in Königswinter.

Bernd Buchner, geb. 1968, Historiker und Publizist, lebt in Bayreuth und München.

Susanne Gaschke, geb. 1967, Redakteurin bei der Wochenzeitung DIE ZEIT.

Paul Kirchhof, geb. 1941, Professor für Öffentliches Recht an der Universität Heidelberg und bis 2000 Bundesverfassungsrichter.

Judith Klein, geb. 1946, Publizistin und Übersetzerin, wohnt in Paris und Osnabrück.

Michael Kogon, geb. 1928, Autor, Übersetzer und Herausgeber der Gesammelten Schriften seines Vaters, Eugen Kogon; lebt in der Schweiz.

Joachim Perels, geb. 1942, Professor für Politische Wissenschaften an der Universität Hannover.

Roman Pliske, geb. 1970, Verlagsleiter des ELFENBEIN-Verlages in Berlin.

Joachim Riecker, geb. 1963, ist Parlamentarischer Korrespondent der MÄRKISCHEN ALLGEMEINEN ZEITUNG in Berlin.

Malte Ristau, geb. 1952, Leiter der Abteilung Familie, Wohlfahrtspflege, bürgerschaftliches Engagement im Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend.

Michael Roth, geb. 1970, MdB und Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

Dieter Rulff, geb. 1953, ist freier Publizist in Berlin, früher Redakteur bei der Wochenzeitung DIE WOCHE.

Christian Saehrendt, geb. 1968, lebt als bildender Künstler und freier Autor in Berlin.

Markus Herbert Schmid, geb. 1964, promoviert an der KATHOLISCHEN UNIVERSITÄT EICHSTÄTT.

Angelica Schwall-Düren, geb. 1948, MdB und Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion, Vorsitzende der DEUTSCH-POLNISCHEN GESELLSCHAFT.

Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)*
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistenz)

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Wieland Freund, Rainer Münz, Burkhard Reichert, Hans-Joachim Schabedoth, Uli Schöler, Dierk Spreen, Tina Stadlmayer, Johano Strasser und Jochen Thies*

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Gottfried Erb, Iring Fetscher, Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen, Norbert Greinacher, Tomas Kosta, Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer, Susanne Miller, Siegmars Mosdorf, Peter von Oertzen, Richard Schröder, Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel*

Anschrift der Redaktion c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
Hiroshimastraße 17, 10785 Berlin
Telefon 030/26 93 58-19, -20, -22
Telefax 030/26 93 58 55
www.frankfurter-hefte.de

Verlag und Anzeigenverwaltung Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn
Telefon 02 28/23 80 83
Telefax 02 28/23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 27 vom 1.1.2000

Anzeigenverwaltung:
Daniela Müller

Umschlagkonzept: Claudio Gallo
Innenkonzept: Groothuis + Malsy, Bremen
Satz, Lithografie, Druck und Verarbeitung:
Limberg Druck GmbH, Kaarst

Bezugsbedingungen

Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738

Einzelheft € 7,60 frei Haus;

Doppelheft € 15,10 frei Haus;

Jahresabonnement € 50,60 frei Haus.

Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).

In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten